Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 124. Morgen-Ausgabe. Siebenundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Freitag, den 19. Februar 1886.

Die kirchenpolitische Vorlage.

Für die Beurtheilung der kirchenpolitischen Vorlage geben die Motive des Entwurfs einen wichtigen Gesichtspunkt an die Hand. Die Regierung, so wird gesagt, würde eine solche Vorlage schon vor Jahren eingebracht haben, wenn nicht das Centrum durch seine Haltung, namentlich durch die von ihm eingebrachten Initiativanträge es der Regierung unmöglich gemacht hätte, einen solchen Schritt zu thun, ohne sich dem Verdacht der Schwäche auszusetzen. Mit anderen Worten, das Centrum soll dafür belohnt werden, daß es sich diesmal der Einbringung eigener Anträge, betreffend die Expatriirung oder die Messe und Sacramente, in den ersten vier Wochen der Session enthalten hat.

Es hat eine Zeit gegeben, in welcher die Regierung ein solches Motiv, wenn es ihr von anderer Seite untergeschoben worden wäre, mit aller Entschiedenheit, vielleicht Entrüstung zurückgewiesen hätte. Es wäre gesagt worden, die Regierung gehe ihren festen, sicheren Weg und lasse sich durch die wüsten Agitationen der Parteien nicht beeinflussen. Daß das Centrum bereit sein wird, die Belohnung, welche ihm gewährt werden soll, als eine solche anzuerkennen, ist nicht anzunehmen. Die clericale Presse hat an dem Gesetze verschiedene Ausstellungen zu machen. Die Partei ist überdies gewohnt, selbst wirkliche Concessionen, die ihr gemacht worden, ohne Dank hinzunehmen und verweilt mit Nachdruck nur bei dem, was ihr zu wünschen noch übrig bleibt.

Man wird annehmen dürfen, daß die kirchenpolitische Vorlage in Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage zu betrachten ist, daß sie mit dem Spiritusmonopol, mit dem Socialistengesetz und vielleicht mit noch anderen Dingen in Zusammenhang steht. Wie weit es gelungen ist, mit Rom zu einem wirklichen Einverständniß zu kommen, ist nicht bekannt. Es sind darüber der Einbringung der Vorlage die verschiedenartigsten Gerüchte vorausgegangen. Nach der ganzen Politik Roms ist es als sehr unwahrscheinlich zu betrachten, daß die Curie jemals zu dem Gesetze irgend eines Staates, dessen Regierung eine protestantische ist, die Erklärung abgeben wird, sie sei damit vollkommen zufrieden. Rom hat noch nie, so lange das Papstthum besteht, auf eine Forderung, die es stellt, auf ein Recht, welches es zu haben glaubt, endgiltig verzichtet, und wird es dies nie thun. Daß der Gesetzentwurf, abweichend von allen kirchenpolitischen Vorlagen, die bisher eingebracht worden sind, dem Herrenhause zugegangen ist, wird man als das Bestreben auffassen müssen, eine Entscheidung über denselben nicht sofort herbeizuführen, sondern einen Spielraum zu Verhandlungen zu gewinnen.

Unter allen Umständen wird auch dieses Gesetz noch nicht das letzte in der Reihe derjenigen sein, durch welche das Falk'sche System beseitigt ist. So lange auch nur noch ein Trümmerstück dieses Systems besteht, wird das Centrum fortfahren, gegen dasselbe zu kämpfen und die Regierung wird immer wieder die Nothwendigkeit fühlen, das Centrum für sich zu gewinnen. Alle diese Dinge vollziehen sich mit innerer Nothwendigkeit. Mit der Einbringung der Julinovelle von 1880 war entschieden, daß die Wege der früheren Gesetzgebung, für welche jetzt die Verantwortlichkeit ausschließlich Herrn Falk zugeschoben werden soll, verlassen worden sind, und gerade diejenigen, welche damals diesem Gesetze den entschiedensten Widerstand geleistet haben, haben mit der größten Bestimmtheit vorhergesagt, welche Consequenzen sich an dasselbe knüpfen würden. Wir können in diesem Augenblick weder überrascht, noch schmerzlich berührt sein. Eine solche Gesetzgebung kann selbst in den Augen desjenigen, der sie vollkommen billigt, nur so lange einen Werth haben, als eine Regierung besteht, welche diese Gesetzgebung mit allen Mitteln durchzuführen entschlossen ist. In den Händen dessen, der nicht kämpfen will, hat keine Waffe Werth. Und schließlich ist selbst ein fauler Frieden immer noch besser, als ein mit Waffengerassel verbundener blinder Kriegslärm.

Wir haben wirklich gar keine Veranlassung, den Gesetzentwurf auf den Secirtisch zu legen und in allen seinen Einzelheiten kritisch zu erörtern. An der Erhaltung eines besonderen Gerichtshofes für kirchenpolitische Angelegenheiten ist Niemand interessirt. Die Beibehaltung des wissenschaftlichen Staatsexamens auf dem Papier, nachdem praktisch von demselben seit langer Zeit kein Gebrauch gemacht worden ist, ist auch Nichts, worüber man sich lebhaft ereifern könnte. Hinsichtlich der Knabenconvicte bleibt dasjenige gewahrt, wofür wir den Kampf jederzeit mit der größten Energie aufnehmen müßten, die Staatsaufsicht über alle Unterrichtsanstalten. Wir meinen daher, die freisinnige Partei kann den Schicksalen, welcher dieser Entwurf haben wird, mit voller Ruhe zuschauen.

Was uns für den Augenblick interessirt, ist lediglich die Frage, ob es mit Hilfe dieses Entwurfs gelingen wird, die Parteiverhältnisse zu zersetzen und politische Projecte anderer Art zu fördern. Und dabei denken wir zunächst an das Spiritusmonopol. Daß die Centrumspartei gegen die Gefahr einer inneren Zersetzung nicht so gefeit ist, wie zu sein sie sich zuweilen rühmt, haben mancherlei Vorgänge gezeigt. Wir halten es nicht für unmöglich, daß viele Mitglieder des Centrums, die früher anderen Parteien angehört haben, auch in Zukunft wieder einmal anderen Parteien angehören. Die Regierung zählt darauf, aus den Reihen des Centrums eine Reihe von conservativen Parteigängern zu gewinnen; wir rechnen darauf, daß viele Mitglieder des Centrums dereinst wieder Veranlassung nehmen werden, sich offen zur liberalen Partei zu bekennen, wie sie es früher schon gethan haben.

Daß das Centrum sich entschließen sollte, als Gegenwerth für die Annahme dieses Gesetzwurfs das Spiritusmonopol zu gewähren, halten wir für völlig ausgeschlossen und wir sind darüber keinen Augenblick beunruhigt. Durch die Annahme eines Monopols auf einen Gegenstand so ausgedehnten Verbrauchs würde ein Zustand der Uebergewalt des Staates herbeigeführt, der mit dem Interesse der Kirche ganz ebenso unvereinbar ist, als mit den Interessen der richtig verstandenen Freiheit. In einem Staate, in welchem das Monopol besteht, ist das Uebergewicht der Regierung ein so gewaltiges, daß alle parlamentarischen Einrichtungen daneben zur bloßen Form herabsinken. Branntweinmonopol und Absolutismus sind nach unserer Ansicht ziemlich gleichbedeutende Dinge. Selbst wenn das Centrum den Nutzen der kirchenpolitischen Vorlage höher anschlüge, als es nach unseren Wahrnehmungen der Fall ist, könnte es dennoch nicht auf Grund desselben der Regierung so viel Vertrauen entgegenbringen, daß es sich selbst der Möglichkeit berauben möchte, ihr auf parlamentarischen Boden Widerstand entgegenzusetzen. Von den Wünschen seiner Wähler kann sich zur Zeit das Centrum vielleicht freier machen, als irgend eine andere Partei, aber ganz unabhängig von demselben ist es auch nicht, und in den Kreisen der Centrumswähler wird das Branntweinmonopol ganz ebenso verworfen, wie in den Kreisen der freisinnigen. Möglicher Weise liegen die Compensationen auf einem anderen Gebiete. Daß das Centrum, wie als feststehend betrachtet werden muß, das Socialistengesetz an eine Commission verweisen will, giebt einen Fingerzeig.

Die Verschlingung der verschiedenartigsten Fäden zu Einem Gewebe ist ein eigenthümlicher Charakterzug unserer Politik. Wenn man die kirchenpolitischen Gesichtspunkte loslösen wollte von Allem, was denselben Fremdes anhaftet, wären wir voraussichtlich längst zu einem befriedigenden Zustande gekommen.

Deutschland.

⌒ **Berlin**, 17. Febr. [Der socialdemokratische Antrag.] Der längst angekündigte Antrag der socialdemokratischen Fraction, der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Wahlgesetzes und Wahlreglements für den Reichstag, ist endlich eingebracht worden. Es ist vielleicht zu bedauern, daß sich die Fertigstellung desselben — schon vor mehreren Wochen wurde ein Theil der Bestimmungen, die die Socialdemokraten vorschlagen wollten, in der Presse und auch an dieser Stelle erörtert — so lange verzögert hat. Seine Vorschläge über die Sicherung der geheimen Abstimmung würden unseres Erachtens eine bessere Grundlage für die Berathungen des Reichstages und einer Commission gegeben haben, als der vom Abg. Rintelen eingebrachte Entwurf, welcher nur einen neuen Paragraphen im Strafgesetzbuch vorzuschlagen wußte. Schon bei der Debatte über diesen Antrag wurde von liberaler Seite betont, daß eine Aenderung des Wahlverfahrens viel erfolgreicher sein würde, als eine neue Strafandrohung. Vom Abg. Lenzmann wurde bei dieser Gelegenheit das Studium des in jüngster Zeit viel besprochenen belgischen Verfahrens empfohlen, während die Socialdemokraten jetzt an der schon früher häufig erörterten Einführung amtlich abgestempelter Umschläge, in denen der Stimmzettel abzugeben sein würde, festhalten. Daß auch diese Form der Stimmabgabe durchaus nicht vor Mißbrauch schützen würde, hat der Minister v. Puttkamer vor einiger Zeit mit vollem Recht offen ausgesprochen. Wir befürchten sogar, daß die Mißbräuche noch viel ärger werden würden, als bisher, weil die Praxis gar zu leicht einreißen könnte, in den Couverts, welche den Wählern vor der Wahl zugestellt werden müssen, gleich die Stimmzettel für die gouvernementalen Candidaten mit zu vertheilen. Immerhin aber wird der socialdemokratische Antrag hoffentlich Veranlassung geben zu einer gründlichen Erörterung der ganzen Frage, wie die geheime Abstimmung am zweckmäßigsten gesichert werden könne, und wenn auch zur Zeit nicht die geringste Aussicht auf das Zustandekommen eines Gesetzes vorhanden ist, so würde doch die Arbeit in keinem Falle verloren sein. Die Vorschläge des Abg. Auer und Genossen über den Wahltag, der ein Sonntag sein soll, und über Suspendirung der Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes während der Wahlcampagne werden auch außerhalb der Reihe der Unterzeichner Unterstützung finden. Weniger wird dies aber geschehen, den drei ersten Artikeln des Entwurfs gegenüber. Für eine Herabsetzung des wahlfähigen Alters vom 25. auf das 21. Lebensjahr können durchschlagende Gründe kaum geltend gemacht werden. Mit 21 Jahren ist heute nur eine kleine Minderheit wirthschaftlich selbstständig, und wenn auch das Gesetz mit Recht bestimmt, daß mit dem 21. Lebensjahre die Mündigkeit eintritt, so folgt daraus doch noch nicht ohne Weiteres, daß dadurch jeder Deutsche befähigt wird, die politischen Rechte des Bürgers in Anspruch zu nehmen. Zudem würden von vornherein die 400 000 jungen Männer, die ihrer Dienstpflicht genügen, ausgeschlossen werden müssen. Der Vorschlag, daß nicht diejenigen Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten Jahre vor der Wahl bezogen haben, sondern nur die, welche in öffentlichen Armenanstalten unterhalten werden, von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden sollen, wird wenig Zustimmung finden, während der fernere, daß die Zahl der Abgeordneten nach Maßgabe der Volkszählung vom 1. December 1885 festgesetzt werden soll, principiell von freisinniger Seite nicht abgelehnt werden wird; trotzdem wird man sich versagen, für denselben zu stimmen, weil die gegenwärtigen Verhältnisse eine Neueintheilung der Wahlbezirke nicht angezeigt erscheinen lassen. Dies ist eine Aufgabe der Zukunft.

[Zur kirchenpolitischen Vorlage] bringt die „N. A. Z." noch folgende Erläuterung:

Die Vorlage schließt sich der Novellengesetzgebung der letzten Jahre ergänzend an. Wie bei dieser sind die beiden Gesichtspunkte maßgebend geblieben: Wahrung der Staatssouverainetät, aber Modification der kirchenpolitischen Gesetzgebung in allen den Punkten, in welchen dieselbe von der katholischen Bevölkerung als Gewissensbedürfniß, oder vom Kirchenregiment als Belastung der inneren kirchlichen Ordnung empfunden worden war, während die Beseitigung derselben ohne Einbuße des Staats erfolgen konnte. Die vorausgegangenen Novellen haben eine geordnete Diöcesan-Verwaltung und, so viel von Staatswegen dazu geschehen konnte, eine ausreichende Seelsorge ermöglicht; die jetzige Vorlage beschränkt die Forderung des Staates beziehungsweise die Vorbildung der Geistlichen auf die Absolvirung des Gymnasial- und Universitätsstudiums auf deutschen Anstalten, ohne das Kirchenregiment zu hindern, in Convicten und Seminaren, welche natürlich wie alle Erziehungsanstalten der Staatsaufsicht unterliegen, die angehenden Geistlichen für ihren künftigen Stand vorzubereiten. Gegenüber dem Disciplinarrecht der kirchlichen Oberen aber bezieht sich der Staat auf das Schutzrecht, welches er nach gemeinem Recht allen Staatsangehörigen zu gewähren hat; speciell, wenn vermögensrechtliche Verhältnisse dabei in Frage kommen. Die Gesetzvorlage ist also als ein neuer und sehr bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Herstellung eines modus vivendi zu betrachten, mittelst dessen Staat und Kirche bei vorauszusetzender beiderseitiger Friedfertigkeit um so eher in die praktische Uebung des Friedens eintreten können, je enger damit das Agitationsgebiet begrenzt wird, welches bisher ebenso zum Nachtheile des Staates wie der Kirche so ergiebig verarbeitet wurde. Wir haben erst kürzlich nachgewiesen, in welcher Weise kirchliche und politische Agitation einander in die Hände arbeiten, und welches Interesse beide daran haben, einen Kampf fortzusetzen, in dessen Erhitzung die Unterscheidung zwischen den Zielen, welche die Agitation verfolgt, und denen, welche sie ihren Gefolgschaften vorspiegelt, verloren geht. Es wird daher nicht zu verwundern sein, wenn auch jetzt wieder von dieser Seite versucht werden wird, von vornherein gegen die neue Vorlage Stimmung zu machen, oder die ihr entgegenkommende durch Einwendungen zu irritiren, welche entweder nur die Bedeutung eines einseitigen Anspruchs haben, oder den Werth der Gewährung durch Ausklügelung von Möglichkeiten der praktischen Handhabung abschwächen sollen. . . . . Eine Regierung, welche mit so voller Selbstgewißheit von sich aus die Hand bietet zur Herstellung des confessionellen Friedens, wird auch das Vertrauen aller Friedfertigen finden, während die Intransigenten sich selber vor aller Welt ins Unrecht setzen — als Feinde des Friedens.

[Lettre ouverte d'un Polonais au Prince de Bismarck.] Unter diesem Titel wird, der „Köln. Ztg." zufolge, in den hohen Kreisen Berlins eine Schrift vertheilt, in welcher sich an eine Reihe von Ausfällen gegen den Reichskanzler und dessen Politik folgende Anrede an den Kronprinzen anschließt:

„Wir verlangen so wenig; Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat noch nichts für uns gethan; wir haben ihn nur flüchtig bei uns gesehen, und bei dem kurzen Aufenthalt, den er hier nahm, hat er uns die höfliche Liebenswürdigkeit eines Souveräns gezeigt. Er hat uns einen so angenehmen Eindruck gemacht, in seinen edlen Zügen war kein Ausdruck von Haß und Verachtung zu lesen, so daß viele unter uns bedauerten, nicht die Erlaubniß einer Annäherung an seine erhabene Person erbeten zu haben. Wenn er jemals die Gnade hat, unser Land wiederzusehen, wird es ihm an Beweisen ehrfurchtsvoller Sympathie nicht fehlen, und wie leicht würde es sein, dieselben in Enthusiasmus zu verwandeln!"

In der Zuschrift an das Kölner Blatt wird diesem Citat hinzugefügt: „Wir glauben kaum, daß nach den Erfahrungen König Friedrich Wilhelms IV. der Kronprinz des Deutschen Reiches geneigt sein könne, der polnischen Sache, so wie sie heute vom Centrum, von den Socialdemokraten und allen Auslandsfreunden im Reichstage unterstützt worden ist, in gleicher Weise wie der vorige König entgegen zu kommen."

[Ausweisung.] Wir lesen in der „Voss. Ztg.": „Wie man uns mittheilt, sind zwei hier lebende russische Aerzte, Dr. Ludwig Heftler und Dr. Lucian Heftler, Vater und Sohn, von einer Ausweisungsordre betroffen worden. Im Aerzteverzeichniß des Reichs-Medicinalkalenders finden wir nur den Dr. Lucian Heftler aufgeführt als Gesandtschaftsarzt, der im Jahre 1876 die medicinische Staatsprüfung (also doch wohl auf einer deutschen Universität) bestanden hat. Im Berliner Adreßbuch ist Dr. Ludwig H. als russischer Ober-Wundarzt a. D., Dr. Lucian H. als k. chinesischer Gesandtschaftsarzt bezeichnet. Wenn die Nachricht von der Ausweisung sich bestätigen sollte, so wäre es wünschenswerth, daß der Oeffentlichkeit auch die Begründung einer so einschneidenden Maßnahme nicht vorenthalten würde."

—e. [Gedenktafel für den „alten Marggraff".] Am Donnerstag, den 18. d. Mts., wird in Berlin am Hause Sophienstraße 12 die Marggraff-Gedenktafel enthüllt. Das Programm für diese Feier enthält außer passenden Gesängen im großen Saal des Handwerker-Vereins, Sophienstraße 15, eine Ansprache des Stadtrathes Friedel als Magistrats-Commissarius, die Festrede des Professor Dr. Euler und die Erwiderung darauf seitens eines Mitgliedes der Marggraff'schen Familie; hierauf Gang zum Hause Sophienstraße 12 und Enthüllung der Gedenktafel. — Ueber den Lebensgang des als Schulmann und Förderer des Turnwesens in Berlin allgemein bekannten Dr. Franz Eberhard Marggraff erhalten wir folgende Mittheilungen: Er wurde als das jüngste von 7 Kindern am 22. December 1787 in Köpenick geboren. Sein Vater, ein geborener Kurländer, war daselbst Kammerrath und Bürgermeister. 1799 kam der junge Marggraff nach Stendal, um das dortige Gymnasium zu besuchen. 1806 bezog er die Universität Halle, um Theologie zu studiren. Die Schließung der Universität nach der Schlacht bei Jena durch Napoleon zwang ihn, den Winter 1806/7 in Berlin zu verleben. Im Frühjahr 1807 ging er wieder nach Halle, später nach Frankfurt a. O., wurde 1808 Hauslehrer in Löwenberg bei Oranienburg, bestand 1810 die erste theologische Prüfung und siedelte dann nach Berlin über. Hier lernte er in der Dr. Plamann'schen Erziehungsanstalt, die auch Fürst Bismarck als Knabe besuchte, Friedrich Friesen und den Turnvater Jahn kennen, wurde ein treuer Freund und Anhänger des letzteren und ein fleißiger Turner. Schwimmen hatte er schon in der Knabenzeit gelernt. 1812 übernahm er die Leitung einer Privatschule, 1818 verlegte er dieselbe in das von ihm gekaufte Haus Sophienstraße 12, heirathete in diesem Jahre am 6. October Eleonore Engel, geb. am 5. Februar 1798 zu Kloster Malchow in Mecklenburg, und erhielt am 22. October seinen Bürgerbrief. 1860 beging er die 50jährige Jubelfeier als Lehrer, 1862 als Schulvorsteher, wobei er den Rothen Adlerorden 4. Klasse und von der Universität Greifswald den Doctortitel erhielt. Seine Schüler begründeten aus Anlaß dieser Feier eine Marggraff-Stiftung. Die Leitung der Schule gab er ab, blieb aber noch Lehrer bis 1876, so daß er nahezu 66 Jahre lang Lehrer gewesen. 1868 feierte er die goldene Hochzeit, 1878 die diamantene. Diese Hochzeiten und der neunzigste Geburtstag des „alten Marggraff" (1877) erregten in den weitesten Kreisen freudige Theilnahme. Der Tod ereilte ihn am Morgen des ersten Weihnachtsfeiertages, am 25. December 1879, nachdem 12 Stunden vorher, am heiligen Abend vor Weihnachten, seine Gattin gestorben war. Beide wurden vereinigt und unter zahlloser Trauerbegleitung auf dem Friedhofe in einem Grabe bestattet. Dr. Marggraff bekleidete viele städtische Aemter, stand bis zum Tode, 44 Jahre lang, einer Kinderbewahranstalt vor und war ebenso viele Jahre Schiedsmann. — Die ihm zu Ehren errichtete Gedenktafel ist 1 m hoch, 60 cm breit und besteht aus rothem Granit, welcher nur roh mit kräftiger Aderung bearbeitet ist und vertieft in glatt geschliffener Umrahmung das Bronze-Reliefbild Marggraff's enthält. Unter diesem Reliefbild befinden sich die Worte: Dr. Franz Eberhard Marggraff, geb. 22. 12. 1787, gest. hier den 25. 12. 1879. — Das Reliefbild ist von Herrn Professor Sußmann-Hellborn modellirt, die Tafel von Herrn Regierungs-Baumeister Gause entworfen. Der Bronzeguß ist von Koch und Bein, die Steinmetzarbeit von Gebrüder Zeitler in Berlin hergestellt.

[Ueber den neuen Erzbischof Dinder] macht in der „Gazeta Warszawska" ein Einwohner Warschau's, welcher eine Zeit lang (1879—81) in Königsberg gewohnt hat, folgende Mittheilung:

„Zur Zeit seines dortigen Aufenthalts existirte in Königsberg ein polnischer Verein, welcher aus Studirenden und anderen dort ansässigen Personen bestand. An einem für die Mitglieder denkwürdigen Tage beschlossen sie, eine Messe zu bestellen und während derselben einige religiöse polnische Lieder zu singen. Es begab sich nun eine Deputation des Vereins zu dem Propste Dinder mit der Bitte um die Erlaubniß, während der Messe polnisch zu singen. Vom Propste wurde aber diese Bitte mit der Erklärung abgeschlagen, daß dort noch nie in der Kirche polnisch gesungen worden sei, und daß dies einen üblen Eindruck auf die Deutschen machen würde. Der Verein wandte sich nun an den den Bischof mit einer Beschwerde, die jedoch zurückgewiesen wurde."

[Noch einmal das entwendete Repetirgewehr.] In der Mittheilung des „A. f. H." über die Entwendung eines der neuen Repetirgewehre war gesagt worden, daß das in der Schloßcaserne zu Spandau aufgetauchte, der Entwendung dringend verdächtige Individuum „in der Uniform eines sächsischen Offiziers" aufgetreten sei. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." entbehrt diese Angabe aller und jeder Begründung. Es liegt nicht

der mindeste Anlaß zu der Annahme vor, daß der Betreffende in sächsischer Uniform gewesen sei.

[Die Stadtverordneten in Frankfurt a. M.] haben mit 38 gegen 10 Stimmen eine Resolution gegen das Branntweinmonopol angenommen, in der erklärt wird, das Monopol schädige das Interesse zahlreicher Bürger und daher auch die Stadtgemeinde, weshalb die städtischen Behörden gegen die Einführung desselben Stellung nehmen sollten. Die Stadtverordnetenversammlung bedauert ferner, daß der Magistrat sich dem Beschluß vom 26. Januar wegen einer Petition an den Reichstag nicht angeschlossen habe.

Posen, 16. Febr. [Der Herr Erste Staatsanwalt] beim hiesigen Landgericht sendet der „Pos. Ztg." nachfolgende Berichtigung zu: „Die in Nr. 109 der „Posener Zeitung" vom 13. d. M. unter „Locales und Provinzielles" in dem unter der Ueberschrift: „Ein Ausnahmegesetz für die polnische Presse in Sicht", enthaltenen Referat über eine Strafkammer-Verhandlung gegen den Chef-Redacteur des „Kuryer Poznański" aus der gedachten Zeitung entnommene Behauptung, der Vertreter der Staatsanwaltschaft habe erklärt, er werde im Falle der Freisprechung des Dr. Kantecki bei der Regierung einen Antrag auf Abänderung der Preßgesetzgebung für die hiesigen Verhältnisse stellen, ist thatsächlich unrichtig, da vom Unterzeichneten als Vertreter der Staatsanwaltschaft wohl eine principielle Aenderung des Preßgesetzes, nicht aber ein Ausnahmegesetz für die polnische Presse erwogen ist. Der Erste Staatsanwalt. Martins."

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Heute wurde die Debatte über die Verstaatlichungsvorlage der Dux-Bodenbacher und Prag-Duxer Bahn fortgesetzt. Handelsminister Freiherr von Pino nahm das Wort, um seiner gestrigen Rede theils ergänzende, theils erläuternde Bemerkungen folgen zu lassen. Nach ihm sprach Dr. Rieger. Die gestrige Debatte, meinte der Redner, habe sich zu einer persönlichen Angelegenheit des Handelsministers zugespitzt. Der Handelsminister könne nicht für Alles, was in seinem Ressort geschehe, verantwortlich gemacht werden. Der Minister berufe sich mit vollem Recht auf seine Beamten, welche in dieser Beziehung Alles gethan haben, und die eigentlich verantwortlich dafür sind, ob die Sachen zweckmäßig oder nicht, ob sie ehrlich oder nicht ehrlich abgemacht worden sind. Hierauf ergreift Abg. Dr. Lueger das Wort. Wenn er auch die Linke wegen ihrer früheren wirthschaftlichen Sünden bekämpfe, so stimme er dennoch heute ihrem Verhalten rücksichtlich der in Verhandlung stehenden Vorlage zu. Die Erfüllung dieser Pflicht werde ihm um so schwieriger, als er mit der Thätigkeit des Handelsministers auf manchen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung rc., einverstanden und er überzeugt sei, daß die persönlichen Verhältnisse des Ministers von gewissenlosen Personen mißbraucht wurden. Die Actionen des Ministers im Eisenbahnwesen könne er aber nicht billigen. Bisher wurden nur nothleidende Bahnen verstaatlicht, wobei große Finanzgruppen glänzende Geschäfte machten und der Staat drückende Schuldenlasten auf sich nahm. Die Nordbahn, deren Verstaatlichung mit geringen Opfern verbunden gewesen wäre, wurde nicht verstaatlicht, offenbar deswegen, weil dort Mächte vorhanden waren, mit welchen die Regierung einen Kampf aufzunehmen außer Stande war. (Hört! hört! auf der äußersten Linken.) Dies Alles beweise, daß der Handelsminister der Schlauheit jener geriebenen Finanzmänner, welche bei derlei Gelegenheiten als „Vermittler" auftreten, nicht gewachsen sei, daß er sich entschieden zu gütig und zu nachsichtig solchen Elementen gegenüber verhalte, und daß diese seine sonst schätzbaren Eigenschaften auf Kosten des Staates mißbraucht werden. (Hört! links.) Der vorliegende Gesetzentwurf könne geradezu als ein Meisterstück jener Finanzgruppen bezeichnet werden, welche sich um das Schicksal der beiden Bahnen gekümmert haben. Der Brief des Handelsministers an Weniger erscheine ihm geradezu unverständlich. Hatte Se. Excellenz nicht genug Beamte zu seiner Verfügung, um jene Geschäfte durchführen zu lassen, welche Herr Weniger durchgeführt hat? Wozu brauchte er Herrn Weniger? Ein Erklärungsgrund über diesen Brief wurde uns trotz aller Reden des Ministers nicht gegeben. Der Minister habe gestern von „schmutzigen Quellen" gesprochen. Dem gegenüber verweise er auf das Zeugniß eines Mitgliedes des Staatsgerichtshofes, des Dr. Porzer, der vor Gericht die Erklärung abgab, daß in der Handlungsweise des Handelsministers ein Widerspruch gelegen sei. Das ist keine „schmutzige Quelle"! Das hat ein Mitglied des Staatsgerichtshofes vor einem anderen Gerichtshof gesprochen (Hört! links), und den Worten eines solchen Mannes sollte die Regierung Beachtung schenken. Wenn die von Dr. Steinwender vorgebrachten Daten der Regierung bekannt gewesen seien, wie es der Minister behaupte, so hätte sie, die Regierung, den Eisenbahn-Ausschuß veranlassen sollen, über diese Angelegenheit die nöthigen Erhebungen zu pflegen. Aber mit allgemeinen Schlagworten, wie „Verdächtigungen" und „Verleumdungen", werden so schwere Anklagen nicht zurückgewiesen. Abg. Poklukar beantragte hierauf unter dem stürmischen Widerspruch der Linken den Schluß der Debatte. Abg. Kronawetter verlangte hierüber die namentliche Abstimmung. (Lauter Beifall auf der Linken.) Für den Antrag Kronawetter erhoben sich die Linke und die Polen. Der Schluß der Debatte wurde bei der namentlichen Abstimmung mit 135 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Die Debatte wurde daher wieder aufgenommen, und zwar von den Regierungsvertretern Pußwald und General-Director Czedik, welche die von dem Abg. Lueger gegen den Handelsminister erhobenen Vorwürfe zurückwiesen. Der nächste Redner, Abg. Kronawetter, muß sein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß man die Volksvertretung bei einer so wichtigen Angelegenheit mundtodt machen wolle. (Zustimmung links.) Die Debatte scheine Einzelnen sehr unangenehm zu sein, und es werde wahrscheinlich aus diesem Grunde Schluß der Debatte beantragt. Er hält der Majorität vor, daß weder Czechen noch Deutsche ihr danken werden, wenn sie durch Schluß der Debatte die Erörterung so hochwichtiger Gegenstände abbrechen wolle. Nobel ist das nicht, das Parlament selbst um das Recht der Discussion zu bringen. (Lebhafte Zustimmung links.) Redner erörtert hierauf die Entstehung der Prag-Duxer Bahn, wobei die Unternehmer und Financiers einen enormen Gewinn erzielten. Durch die Concessionirung von Brüx-Mulde sei der Staat geschädigt worden. Die Bahn hätte seiner Zeit vom Staate sehr billig erworben werden können. Es sei bisher unaufgeklärt, warum der Staat die für ihn bestandenen Vortheile aus der Hand gegeben hat. Es sei nothwendig, daß man alle diese „Schweinereien" aufdecke, denn das Volk müsse ja in letzter Linie für alle Fehler aufkommen.

Die Verhandlung wurde hierauf abgebrochen und die nächste Sitzung auf Freitag, den 19. d. M., anberaumt.

[Die gegen den Handelsminister von Pino im Abgeordnetenhause erhobenen Anklagen] beschäftigen selbstverständlich die gesammte Presse. Die „N. Fr. Pr." schreibt in ihrem Leitartikel:

Kein Bürger, mag er den Höhen oder den Niederungen des Lebens angehören, ist davor geschützt, von der trüben Fluth der Verleumdungen erfaßt zu werden; jedes Glied der Gesellschaft kann dem Unglücke anheimfallen, der Lüge zu begegnen, aber ein Staatsmann, welcher von diesem quälenden Mißgeschicke heimgesucht wird, muß aus diesem läuternden Processe so rein hervorgehen, daß auch nicht der geringste Schatten zurückbleibt. Deshalb bemächtigte sich eine so hochgradige Erregung des Hauses, als der Abgeordnete Steinwender seine Rede beendet hatte und Baron Pino sich erhob, um einem so wuchtigen Angriffe zu begegnen. Eines gewissen Mitgefühls konnte sich Niemand erwehren, wenn er den bleichen, von der innern Bewegung erschütterten Mann sah, und man hätte es begreiflich gefunden, wenn der Minister, alle Schranken der Geschäftsordnung durchbrechend, in den Kampf für seine Ehre wie ein Gießbach einhergeschäumt, wenn er durch Leidenschaft, durch grimmigen Zorn, durch den schlichten Ton, welcher aus der Kränkung des männlichen Herzens entspringt und den Niemand nachzuahmen vermag, der nicht wirklich den tiefen Stachel des bitteren Unrechts empfindet, die Hörer mit sich gerissen hätte. Wie sprach Demosthenes, als er des Verrathes beschuldigt wurde? In solchen Augenblicken, wo es gilt, den Namen, den Ruf zu retten, kann auch ein Geringerer durch die moralische Triebkraft sich hoch über das gewöhnliche geistige Niveau emporschwingen. Dies Alles hat Freiherr v. Pino nicht gethan. Vielleicht hat ihm die Natur die Gabe, zu überzeugen, vollständig versagt, und dann war dieser Mangel heute sein Unglück. Er sprach von seinem unbescholtenen Vorleben, von seinen belobten dreißigjährigen Diensten, von der Weichheit seiner Anlage, welche von Abenteurern leicht mißbraucht werde; er betonte einen Unterschied zwischen seinen öffentlichen und privaten Handlungen, der eine bedeutungsvolle Reserve in sich schließt; er vermochte nicht gleichsam aus sich selbst herauszutreten und haftete ängstlich auf dem Papiere, welchem er die Grundzüge seiner Vertheidigung anvertraut hatte. Man hatte etwas ganz Anderes erwartet; man mußte glauben, der Minister werde sich über all diese Correspondenzen hinwegsetzen, er werde aus den Acten den zwingenden, niederschmetternden Beweis liefern, daß dieser Wust niedriger Intriguen, dieses Convolut von Briefen, Telegrammen, Schriften niemals dazu beigetragen habe, auch nur einen Beistrich in einer Entscheidung des Handelsministeriums zu ändern. Ein solcher Schluß ist nicht aus Redensarten abzuleiten, sondern da müssen die Prämissen wie stählerne Panzer gehämmert sein; da darf keine Lücke, keine Frage übersehen werden; da handelt es sich um die Zerstörung eines falschen Scheines, der jedem Beamten verderblich wird, wenn er ihn nicht zu beseitigen vermag. Der Minister gab zu, mit Klier verkehrt zu haben; er bedauert, diesen Mann verkannt, ihn nicht hinausgeworfen zu haben. Jeder kann sich in der Wahl seiner Gesellschaft irren, der Anständigste kann plötzlich entdecken, er habe sich mit einem Verlorenen befreundet. Nehmen wir aber an, Herr Klier würde nicht eines entehrenden Vergehens wegen verurtheilt worden sein, so bliebe noch immer die Frage übrig: Was veranlaßte den Minister, sich gerade mit diesem Ehrenmanne über die Angelegenheit der Eisenbahnpolitik zu unterhalten; welche Motive lagen vor, daß ernste und gewiegte Geschäftsleute ihm Einfluß zutrauten, ihre wichtigen Pläne mittheilten, seine Mitwirkung bei ihren Transactionen wünschten? Klier war keine officielle Persönlichkeit, er stand nicht an der Spitze einer finanziellen Association, er war nicht Director wie Weniger, nicht ein hervorragender Bauunternehmer wie Wessely, er war ein Privatier, der von seinem Witz leben mußte, und dessen zufällige Bekanntschaft mit dem Minister doch unmöglich die alleinige Veranlassung bieten konnte, um das große Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit zu rechtfertigen. Der Minister hat mit Entschiedenheit jede Verantwortung für diese Briefe abgelehnt; aber fühlte er nicht das Bedürfniß, auch nur mit Einem Worte die Möglichkeit zu erklären, daß sich Andere über die Bedeutung des Herrn Klier in so arger Weise täuschen konnten? Wehmüthig gesteht der Minister, daß er daran vergessen habe, wie die Menschen lieber dem bösen als dem guten Triebe gehorchen. Ist aber jeder gute Mensch berufen, selbst praktisch geschulten Leuten, die nicht so leicht als Opfer einer Verblendung werden, in einem solchen Lichte zu erscheinen, daß sie den höchsten Werth auf seine Unterstützung legen? Warum hat Baron Pino auch nicht mit Einem Worte dieses Räthsel gelöst, warum beantwortet er eine Frage nicht, die jetzt auf allen Lippen schwebt? So blieb ein Zweifel in jeder Brust zurück, und das Haus, welches der Handelsminister selbst zum Richter über seine Ehrenhaftigkeit anrief, wird das volle Licht in der Darstellung, welche von dem verantwortlichen Leiter des Ressorts vorgebracht wurde, schwer vermissen.

Das „N. W. Tgbl." schreibt: Eine solche Sitzung, wie die gestrige war, steht in den Annalen unseres Parlaments ohne Beispiel da. Wir haben bisher in Oesterreich keine ähnliche Debatte erlebt. Eine Debatte? Das ist hier nicht das bezeichnende Wort. Wir hörten die Rede eines Anklägers, wir hörten die Verantwortung eines Angeklagten, wir hörten die Vertheidigung eines Anwaltes. Der Ankläger war ein Abgeordneter, der Angeklagte ein Minister, der Vertheidiger ein hochgestellter Beamter im Ressort dieses Ministers. Das Parlament war zu einem Forum umgewandelt. Nicht ob das politische System eines Staatsmannes ein gutes oder ein schlechtes sei; nicht ob die Geschäftsführung eines Cabinets die Größe und die Macht des Staates, die Wohlfahrt und das Glück des Volkes erhöht, oder den Staat in gefährliche Bahnen lenkt und dem Volke Nachtheil und Unheil bereitet, nicht darum handelte es sich. Es war nicht das, was man einen politischen Kampf nennt, es war kein Angriff auf ein Regierungssystem, bestimmt, dieses System und mit ihm die Regierung zu stürzen, die dasselbe vertritt und handhabt. Nicht eine Parteifrage sollte entschieden werden und auch nicht, ob die Herrschaft einer Partei gestürzt werden, ob die Gegenpartei zur Herrschaft gelangen solle. Denn eine Parteifrage ist es nicht und auch keine Cabinetsfrage, die Frage, ob ein Minister in seiner Amtsführung unbedingt correct vorgegangen ist, oder, gebrauchen wir lieber das gute deutsche Wort, ob er ehrlich vorgegangen ist, ob dieser Minister in seiner Amtsführung nicht etwa die Gelegenheit gesucht hat, sich oder seinen Freunden und Bekannten einen unerlaubten persönlichen Vortheil zuzuwenden, einen Vortheil, der ein Nachtheil für den Staat und damit auch ein Nachtheil für die Bürger dieses Staates ist. Nein, das ist keine Parteifrage, und wehe dem Staat, wehe dem Parlament, wehe der Gesellschaft, wo solches als Parteifrage aufgefaßt und behandelt werden könnte.

Die der Regierung nahestehenden Blätter hüllen sich theils in Schweigen, theils versuchen sie den Minister zu rechtfertigen. Die „Presse" meint, „der Scandal sei das Lebenselement gewisser Politiker", man habe „ein Sensationsdrama angekündigt und statt dessen eine

---

Periodische Litteratur.

(December — Januar.)

„Unsere Mädchen werden zum Theil noch jämmerlich erzogen; ihre Seelen werden abgerichtet zu allerhand Scheinwesen und Flitter, aber sie werden nicht erfüllt mit dem Marke des Wissenswürdigen. Leer bleiben daher so viele, und dann sollen sie repräsentiren, sollen Damen sei, sollen über Alles zu sprechen im Stande sein." Vor etwa fünfzig Jahren hat Immermann in seinen Memorabilien diese Klage angestimmt und unzählige Male ist sie seitdem wieder erhoben worden. In wie weit sie auch heute noch berechtigt erscheint, und mit welchen Mitteln ihr abzuhelfen, bildet den Inhalt zweier Vorträge, welche Heinrich von Sybel in dem Berliner Victoria-Lyceum gehalten und unter dem Gesammttitel „Ueber Frauenbildung" in der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht hat. Der erstere, eine Gedächtnißrede auf Miß Archer, die Gründerin des genannten Instituts, giebt eine lebendige Schilderung seiner Entstehung und Entwickelung, seiner Ziele und Erfolge und damit die Einleitung und Grundlage für den zweiten Vortrag, welcher die Frage der weiblichen Erziehung und Bildung von allgemeineren und umfassenderen Gesichtspunkten, aber doch wieder gerade vermöge des Zusammenhangs mit den Bestrebungen des Lyceums, besonders sachlich und praktisch erörtert. Denn während die Theoretiker der Frauenfrage nicht selten hyperidealen Hoffnungen nachjagen, dem weiblichen Geschlecht die mannigfaltigsten, zum Theil einander widersprechenden Aufgaben setzen, den bisherigen Zustand als kläglich und überwunden darstellen und von der Verwirklichung ihrer Reform-Ideen ein neues Zeitalter für die Frauenwelt, für die ganze Menschheit verheißen, — sind diejenigen bescheidener, welche nicht nur zu verhandeln, sondern zu handeln sich berufen sehen. Uebrigens ist es mindestens eine starke Uebertreibung, daß man bisher die Frauen den edelsten Zwecken der Menschheit nicht für gewachsen erachtet hätte. Ein Blick in die Blüthezeit unserer classischen und romantischen Litteratur genügt z. B., um allenthalben geistreichen, hochgebildeten und als solche anerkannten und geehrten Frauen zu begegnen, deren Umgang auf die Entwickelung unserer bedeutendsten Dichter und Denker von maßgebendstem Einfluß gewesen. Offenbar darf der Durchschnitt der weiblichen Bildung unter den höheren und mittleren Ständen jener Zeit nicht unterschätzt werden. Und wenn es auch bei einzelnen imponirenden Frauengestalten an Schattenseiten und Flecken nicht gefehlt, so entsprangen diese weniger einem Mangel der intellectuellen Cultur, als jener das ganze vorige Jahrhundert erfüllenden Auffassung, welche von objectiven, feststehenden Pflichten nichts wissen wollte, sondern als höchste Lebensregel das innere Bedürfniß des persönlichen Genius proclamirte, aus jenem Cultus des freien Geistes, der nicht selten zu moralischen Verirrungen führte, aber auch geeignet war, dem Erkennen und Denken, der Einsicht und dem Schönheitssinn beider Geschlechter einen mächtigen Antrieb zu geben. Mit jenem geistigen Ringen, Forschen und Stürmen, das rücksichtslos alle abgestorbenen Ueberlieferungen durchbrach, um von der Welt des Schönen Besitz zu ergreifen, standen die äußeren Lebensverhältnisse damals in einem beinahe rührenden, in Wahrheit aber günstigen Contrast. Das sociale Dasein war einfach und schlicht, abgeschlossen und stetig. Die Ruhe der äußeren Existenz beschränkte den Kreis der Kenntnisse, welche wissenswerth oder nothwendig erschienen, in den von außen kommenden Eindrücken war wenig Wechsel oder Vielseitigkeit. Dafür war das Hauptthema aller Culturbestrebungen die Ausbildung und Entfaltung des eigenen Seelenlebens; der geistige Trieb ging nicht in die Breite, sondern in die Tiefe. So konnte ein nach unserem Maßstab kümmerlicher Schulunterricht auch für ein weibliches Talent der Ausgangspunkt eines bedeutenden und fruchtbaren Geisteslebens werden.

Heutzutage ist an die Stelle dieser in sich befriedeten Ruhe der Wellenschlag einer schrankenlosen Bewegung getreten, welche die ganze Bevölkerung in ihre Wirbel reißt. Auf der einen Seite wird das Material der echten Wissenschaft immer kolossaler, der gewissenhafte Forscher wird zum Specialisten, verzichtet damit aber auch auf schöpferische Gedanken, die nur aus umfassender Combination großer Wissensstrecken erwachsen können, — auf der andern Seite stürmt das Leben aus allen Richtungen der Windrose auf die geistige Arbeit mit zerstreuenden, verwirrenden und ablenkenden Eindrücken und Anregungen ein, so daß an jedem Tage eine gewisse Festigkeit und Entschlußkraft dazu nöthig ist, um wenigstens einigermaßen die Vertiefung und Concentration zu behaupten, ohne welche dem Menschen die innerlich belebende und befruchtende Thätigkeit ein für alle Mal versagt ist. Der Kreis der völlig Unwissenden wird allerdings fortdauernd kleiner, eine oberflächliche Halbbildung breitet sich in den Massen aus. Kleiner wird auch der Kreis der wahrhaft und von Grund aus cultivirten Geister, die zu einem harmonischen Gleichgewicht des Erkennens, des Gefühls und der Sitte gelangt sind.

Wie hat sich nun die Schule dem gegenüber zu verhalten? Man wird Sybel wohl beipflichten, wenn er gegen die Forderung, einer unterschiedslosen Gleichstellung des weiblichen Unterrichts mit dem männlichen, der Töchterschule mit dem Gymnasium, warnenden Einspruch erhebt. Allerdings dürfen einzelnen besonders begabten Frauen die Pforten einer gelehrten Laufbahn nicht versperrt bleiben. Aber das normale Ziel der Mädchenschule bleibt doch die Vorbereitung auf den Lebensberuf als Hausfrau und Mutter. Den Lerntrieb und die Lernfähigkeit zu entwickeln, die Denkkraft zu stärken und der Seele die Richtung auf die idealen Daseinsgüter zu geben, das ist ihre Aufgabe. Die Ueberlieferung des Lernstoffs ist nur Mittel zum Zweck. Eben darum kommt es nicht auf die Menge, sondern auf den Bildungswerth der zu erwerbenden Kenntnisse an. Nur zu häufig findet sich bei großem Wissenskram geistige Flachheit und innerliche Rohheit. Man kann aber recht wohl allerlei nützliche Kenntnisse entbehren und eine solche, aus der Abneigung nicht gegen das Wissen, sondern gegen das Halbwissen entsprungene Unwissenheit offen eingestehen, und dennoch als innerlich hochgebildet anerkannt werden. Eine Frau, welche gelernt hat, immer weiter zu lernen und den Fortschritten des menschlichen Geistes mit Genuß und Verständniß zu folgen, die auf solchem Grunde harmonische Bildung gewonnen, wird nicht blos in sich selbst inneres Genügen, Seelenfrieden und Selbstständigkeit finden, sondern auch in ihrer näheren und weiteren Umgebung ihrerseits belebenden Antrieb zu geistiger Arbeit und idealer Bestrebung geben, und damit den höchsten Beruf des Weibes erfüllen, die äußere Ordnung und die innere Beseelung des Hauses.

Diese Anschauungen und Grundsätze, welche Sybel seinen jungen Hörerinnen mit eindringlicher Beredsamkeit entwickelt, beherrschten auch Leben und Wirken der Miß Archer, deren Bild aus Sybels Schilderung ungemein sympathisch entgegentritt.

Es ist hier nicht am Platze, mit Sybel das äußere Anwachsen und die innere Ausreifung des Lyceums näher zu verfolgen, zumal nach dessen Muster, wie in zahlreichen anderen Städten, auch hierorts ähnliche Institute ins Leben getreten sind.

Da unsere Umschau das Thema über die Frauen einmal angeschlagen, so liegt es nahe, heute diejenigen Beiträge in den vorliegenden Monatsheften zu mustern, welche von weiblicher Seite dargeboten werden: Eine Novellette von Eufemia Gräfin Ballestrem (Frau v. Adlersfeld) „Um eine Königskrone" (in der „Deutschen Revue") ist technisch nicht unwirksam componirt. Auch Ossip Schubin's Neujahrsmärchen „Die Hoffnung" bleibt, offen gestanden, in Idee und Ausführung einigermaßen hinter den Erwartungen zurück, welche sich an den Namen dieser geistreichen Schriftstellerin knüpfen. Vielversprechend ist dagegen der Anfang einer Novelle von Helene Böhlau (in der „Deutschen Revue") „Der Herr läßt die Sonne aufgehen über Gerechte und Ungerechte", deren nähere Würdigung aber bis zum Vorliegen des Ganzen aufgespart bleiben muß. Das Gleiche gilt, beiläufig gesagt, auch von den übrigen, durchweg noch „laufenden" Romanen und Novellen: „Martin Salander" von Gottfried Keller und „Eingeschneit in Eagles" von Bret Harte in der „Deutschen Rundschau", „Bivi" von Jensen, „Eine vornehme Frau" von Heiberg, „Große und kleine Leute in Alt-Weimar" von Roquette in „Westermanns Monatsheften" und „Simson" von Taubert in „Unsere Zeit". Complett ist nur eine einzige Novelle „Die Mütter" von Ernst Wichert in „Nord und Süd", eine reizende Humoreske, welche Wichert's liebenswürdige Erzählertalente wiederum ins hellste Licht zu setzen geeignet ist.

Eine interessante literarische Physiognomie begrüßen wir in Clara Biller, die sich mit einer in den frischesten Farben gehaltenen Skizze „Menah's Hochzeit, Episoden aus einer Afrikareise" (in der „Deutschen Rundschau") höchst vortheilhaft einführt. Die „Afrikareise" bildet nicht etwa eine Forscherexpedition in das Innere des dunkeln Welttheils, sondern eine Badereise von Cadiz nach Tanger, deren specieller Anlaß: ein Diebstahl, ein wirklicher, echter Diebstahl, begangen an einem Kruge Trinkwasser, äußerst launig geschildert wird. In Tanger macht die Verfasserin, auf der Suche nach einem Modell, die Bekanntschaft eines allerliebsten Judenmädchens, Menah, einer

Parodie auf Nestroy's „Tritsch-Tratsch" aufgeführt; es gab wohl im ganzen Hause keinen für die Begriffe des Anstandes und der Ehrlichkeit zugänglichen Abgeordneten, welcher nicht die Entrüstung des Handelsministers getheilt hätte, der, nach 35jähriger aufopfernder Thätigkeit für Kaiser und Staat, sich in die Lage versetzt sah, auf derartige Angriffe zu antworten. Schließlich meint das Blatt, die Herren von der äußersten Linken seien nach den Ausführungen des Regierungsvertreter sehr niedergeschlagen gewesen. — Mit solchen Redensarten werden die Angriffe auf den Minister gewiß nicht entkräftet.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 18. Februar.

Der in unserem Abendblatt vom Mittwoch, 17. (Nr. 120), mitgetheilte Beschluß des Landgerichts in Glogau in Sachen der Eintragung von Hypotheken hat, wie zu erwarten stand, ein mit Rücksicht auf die Tragweite des Entscheides erklärliches Aufsehen erregt. Heute werden uns von einem Freunde unseres Blattes (gez. M. W. H.) drei Fälle mitgetheilt, in denen Eintragungen von Hypotheken in Breslau und Freiburg i. S. im December vorigen Jahres nach folgendem Schema stattgefunden haben:

„Schuldner verpflichtet sich, Capital und Zinsen in deutschem Golde, d. i. für je Zwanzig Mark zwei goldene Kronen oder eine Doppelkrone zu berichtigen.

Sind zur Zeit der Zahlung diese Münzen nicht mehr im Umlauf oder ist die Doppelwährung eingeführt, so ist für je Mark 20,32 ein englischer Sovereign zu zahlen."

Durch die Stipulation, daß für je Mark 20,32 ein englischer Sovereign zu zahlen sei, sind die vom Amtsgericht zu Freistadt gegen die Eintragung geltend gemachten und vom Landgericht zu Glogau adoptirten Bedenken praktisch widerlegt, wonach „die zurückzuzahlende Summe nicht genügend ihrer Quantität nach feststehe, weil man nicht wissen könne, welches Werthverhältniß an Gold und Silber zu und gegen einander ein etwaiges späteres Gesetz über einzuführende Doppelwährung bestimmen werde".

— In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurden die beiden langjährigen Mitglieder der Versammlung, Herr Juwelier Julius Frey und Herr General-Agent Theodor Schäfer zu unbesoldeten Stadträthen gewählt.

• **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 7. bis 13. Februar c. fanden in Breslau 44 Eheschließungen statt. — In der Vorwoche wurden 253 Kinder geboren, davon waren 209 ehelich, 44 unehelich, 239 lebendgeboren (114 männlich, 125 weiblich), 14 todtgeboren (8 männlich, 6 weiblich). — Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 159, gegen 140 in der Vorwoche. — Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 41 (darunter 6 unehelich geborene), von 1 bis 5 Jahre 20, über 80 Jahre 4. — Es starben an Diphtheritis 3, Brechdurchfall 1, andere acute Darmkrankheiten 7, Gehirnschlag 2, Krämpfe 13, anderen Krankheiten des Gehirns 6, Lungenschwindsucht 22, Lungen- und Luftröhrenentzündung 16, anderen acuten Krankheiten der Athmungsorgane 3, anderen Krankheiten der Athmungsorgane 14, allen übrigen Krankheiten 68, Verunglückung und nicht bestimmt festgestellte, gewaltsame Einwirkung 3, Selbstmord 1. — Nach der berechneten Einwohnerzahl von 297000 kommen auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Gestorbene 27,64.

• **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 7. bis 13. Februar cr. wurden in Breslau 33 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modificirten Pocken 4, Diphtheritis 10, Typhus 1, Scharlach 11, Masern 5, Ruhr 1, Wochenbettfieber 1.

• **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 7. bis 13. Februar cr. betrug hierselbst die mittlere Temperatur — 4,4° C., der mittlere Luftdruck 759,6 mm, die Höhe der Niederschläge 5,88 mm.

!! **Von der Universität.** Gegenwärtig liegt bei dem Oberpedell der hiesigen Universität, Herrn Bünning, eine Petition der Studirenden der neueren Philologie Deutschlands an den Reichskanzler zur Unterzeichnung aus. In dieser Petition wird, wie wir bereits vor einiger Zeit mittheilten, der Reichskanzler um Errichtung von Instituten für das Studium der modernen Sprachen in London und Paris angegangen. Motivirt wird dieselbe u. A. damit, daß für eine gründliche Erlernung und Auffassung der modernen Sprachen Studien im Centralorte des betreffenden Landes und im Herzen des wissenschaftlichen Lebens desselben unerläßlich erscheinen.

K. V. **Lobe-Theater.** Als Remplaçantin des aus dem Verbande des Lobe-Theaters ausgeschiedenen Fräulein Lindemann trat am Mittwoch Fräulein Pitsch als Sora in „Gasparone" auf. Mit dem äußeren Erfolge, den das Publikum der Darstellerin bereitete, darf dieselbe zufrieden sein. Die „Estrella" am Schlusse des ersten Acts mußte Fräulein Pitsch auf lebhaftes Begehren wiederholen, das Duett „Stockfinster war die Nacht" trug ihr viel Beifall ein. Die Debutantin zeichnete sich in höherem Grade durch ihr gewandtes, degagirtes Spiel aus, als sie durch ihren Gesang glänzte. Ihre Stimmmittel scheinen, soweit ein Urtheil darüber nach einer einzigen Rolle gefällt werden kann, nicht über das Maß dessen hinauszureichen, an was uns das Lobe-Theater im Allgemeinen auf dem Gebiete der Operette gewöhnt hat. Die zwar wohlklingende Stimme ist nicht groß; nach der Höhe scheint sie nicht allzu ergiebig; die Schulung jedoch läßt bei nicht übertriebenen Ansprüchen nichts zu wünschen übrig. Soll Fräulein Pitsch in das Rollenfach des Fräulein Lindemann eintreten, so wird man übrigens abzuwarten haben, was von ihr als Possen-Soubrette zu halten sei.

X. **Graf Burghauß'sche Erbschaftsstreitsache.** Wir wir vor einiger Zeit mittheilten, hatten die Mandatare des Grafen Reichenbach, die Rechtsanwälte Dr. L. Cohn und Hennig von hier, im Auftrage ihres Mandanten die Klage gegen den Grafen Pückler zurückgenommen, weil dieselbe in Folge der Aussagen des vernommenen Geh. Medicinalraths Dr. Wolff aussichtslos wäre. Nunmehr scheint Graf Reichenbach seinen Entschluß geändert zu haben, denn wie verlautet, ist Rechtsanwalt Poppe mit der Einreichung einer neuen Klage von ihm betraut worden.

T. **Zur Breslauer Verbindungsbahn-Angelegenheit** wird uns geschrieben: „Die von dem Agitations-Comité für Mittwoch, den 17., einberufene öffentliche Versammlung war verhältnißmäßig zahlreich besucht. Sämmtliche Anwesenden waren mit den bis jetzt getroffenen Maßnahmen des Comité's völlig einverstanden. — Immerhin bleibt es eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade die Haus- und Grundbesitzer, deren Interessen am meisten durch die sich jetzt vollziehende Agitation gewahrt werden sollen — wie die der Garten-, Zimmer-, Höfchen- und Kaiser Wilhelmstraße — sich so wenig bei der Agitations-Thätigkeit betheiligen. Die bis jetzt entstandenen und noch entstehenden Kosten sind nicht unbedeutend; es hat fast den Anschein, als ob dieselben größtentheils durch das Comité werden aufgebracht werden müssen. Die Opferwilligkeit während der Agitationszeit im Jahre 1867 war allerdings eine andere, damals wurden sämmtliche Kosten am ersten Abende gedeckt und es leisteten einige Herren, der verstorbene A. Friebe an der Spitze, für etwaige unerwartete Mehrausgaben Garantie. Diesmal ist der Kaufmann Fr. W. Pohl (Friedrichstraße 22) Schatzmeister; etwaige freiwillige Beiträge sind an den genannten Herrn einzusenden. — Das Referat an dem Sitzungsabende hatte Herr R. Tamme übernommen. Während der Debatte kamen mehrere Fragen zur endgiltigen Entscheidung. Schließlich wurde von den Interessenten eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition unterschrieben. Dieselbe wird noch einige Tage in dem Comptoir von Herrn Pohl und in dem Restaurationslocal von Herrn A. Herrmann, Neue Schweidnitzerstraße Nr. 7, behufs Sammlung von Unterschriften ausliegen. — Die nächste Comité-Sitzung dürfte Freitag, den 19., stattfinden. Sollte bis dahin die bereits erwähnte Brochure schon im Druck erschienen sein, so würde das Comité alsdann seine Thätigkeit bis zu dem Zeitpunkte, wo die Interpellation des Herrn Ministers im Abgeordnetenhause beginnt, vertagen.

—d. **Kaufmännischer Verein.** In der Versammlung vom 17. d. M. ertheilte der Vorsitzende, Kaufmann D. Mugdan, zunächst dem Commerzienrath Leop. Schöller das Wort zu einem Dringlichkeits-Antrage. Derselbe wies darauf hin, daß nach langjährigen Verhandlungen nunmehr in der Thronrede, mit welcher der Landtag eröffnet worden, die Anlage eines Oder-Spree-Canals in Aussicht gestellt worden sei. Im Bau-Etat pro 1886/87 sei aber noch keine Summe für den in Rede stehenden Zweck eingestellt. Wenn unsere Abgeordneten die Regierung dieserhalb noch nicht interpellirt hätten, so müßte man glauben, sie wären überzeugt, daß doch noch eine diesbezügliche Vorlage bestimmt zu erwarten sei. Neuere Mittheilungen officiöser Zeitungen ließen es aber doch etwas fraglich erscheinen, ob in dieser Session des Landtages noch eine Vorlage eingebracht werden wird. Da diese Angelegenheit für die Provinz Schlesien von so eminenter Bedeutung und Wichtigkeit sei, so beantrage er, der Verein wolle die schlesischen Abgeordneten ersuchen, die Staatsregierung über die Sachlage zu interpelliren. Die Versammlung trat einstimmig diesem Antrage bei. — Hierauf wurde in eine Generaldiscussion über die Verfrachtungsbedingungen eingetreten, welche von den Binnenschifffahrts-Rhedereien der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft, des Oderschifffahrts-Comptoirs von Christian Priefert, der Oderdampfschifffahrts-Gesellschaft vereinigter Schiffer, der Firmen Krause u. Nagel, Stehr u. Schartmann und A. Wolff, sämmtlich zu Breslau, sowie der Märkischen Dampf-Schleppschifffahrts-Gesellschaft Ed. Schulze und Genossen zu Fürstenberg a. O. festgestellt worden sind. Der Vorsitzende bezeichnete das Vorgehen der vereinigten Rhedereien als ein rücksichtsloses, welches unter den Kaufleuten, da es deren Interessen zu schädigen geeignet sei, große Aufregung hervorgerufen habe. Der Vorstand des Kaufmännischen Vereins habe sich deshalb veranlaßt gesehen, eine Versammlung einzuberufen, um zu berathen, wie diesem einseitigen Vorgehen zu begegnen sei. Die Verfrachtungs-Bedingungen der vereinigten Rhedereien schlössen sich, wie Redner fortfährt, zum Theil an die Priefert'schen Bedingungen vom Jahre 1883, zum Theil aber auch an die der Elb-Schleppschifffahrts-Gesellschaft „Kette" an, ja sie schienen noch etwas weiter zu gehen. Die vereinigten Rhedereien stellten sich mit ihren Bedingungen außerhalb des Gesetzes. Die Verpflichtungen, zu denen sich die Rhedereien in dem einen Paragraphen bekannt, wurden durch folgende Paragraphen wieder aufgehoben. Es wäre Sache der Rhedereien gewesen, sich mit den Kaufleuten in Verbindung zu setzen und dieselben in dieser für sie so wichtigen Frage zu hören. Dies sei nicht geschehen. Die Handelskammer, welcher auf ihr Erfordern die Verfrachtungs-Bedingungen von den vereinigten Rhedereien nachträglich eingereicht worden seien, habe sich auf den Standpunkt gestellt, den genannten Gesellschaften keinen Vorspann zu leisten, wenn sie nicht mit ihr (der Kammer) wegen der Bedingungen in Verhandlung treten wollten. Die Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft habe sich übrigens erboten, nachträglich einige Bedingungen zu ändern. Die Kaufleute würden und könnten sich diesen lästigen Bedingungen, wie sie jetzt beschaffen, in keiner Weise unterwerfen. Herr D. R. Schlesinger tadelt, daß die vereinigten Dampfer-Gesellschaften keinen Vertreter in die Versammlung geschickt hätten, um ihr Vorgehen zu vertreten. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß die Verfrachtungs-Bedingungen der „Kette" den Grund ihrer Berechtigung in sich selbst trügen, weil die Verkehrsverhältnisse auf der Elbe ganz andere, als bei uns seien. Hier lägen die Verhältnisse weit ungünstiger. Es könne also auch keine Parallele gezogen werden zwischen den Verfrachtungs-Bedingungen der „Kette" und denen der hiesigen Gesellschaften. Es wurde nunmehr in eine Specialdiscussion über die einzelnen Paragraphen der Bedingungen eingetreten. Dieselbe war eine so eingehende, daß wir auf eine genauere Wiedergabe verzichten müssen. Im Allgemeinen sei hervorgehoben, daß wiederholt das Bestreben bekämpft wurde, die Verantwortlichkeit des Frachtführers, welche vom Handelsgesetz vorgeschrieben sei, möglichst illusorisch zu machen und die Beweislast im einzelnen Falle auf Absender resp. Empfänger der Waaren abzuwälzen. Ferner wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die höchst unglückliche Fassung einzelner Paragraphen vielleicht auch zu irrigen Auffassungen Veranlassung gebe. Die Forderung einer Uebernahmegebühr für Petroleum an den Petroleumspeichern in Hamburg, Magdeburg, Berlin rc. wurde als durchaus unzulässig bekämpft. Bezüglich der Haftverbindlichkeit für das Manko wurden die Bedingungen als unannehmbar bezeichnet und gewünscht, daß in dieser Beziehung eine Anlehnung an das Eisenbahn-Betriebs-Reglement platzgreife. Herr Rosenthal wies darauf hin, daß die Rhedereien und Kaufleute auf einander angewiesen seien. Die Kaufleute aber seien in einer günstigeren Position, da sie sich Fahrzeuge auf der Oder schaffen könnten, die Rhedereien aber keine Güter. Er schlage vor, da man unmöglich die umfangreichen Bedingungen im Plenum durchberathen könne (man war am Schlusse des § 4 angelangt), eine Commission zu wählen, welche die Bedingungen durchberathen und dann mit den Rhedereien in Verhandlung treten soll. Herr Kuhn wünscht, die Commission möge sich mit Stettiner Rhedereien in Verbindung setzen, damit diese Dampfer nach Breslau sendeten. Herr Steinitz theilt mit, daß die Gesellschaft zu Fürstenberg von den Abmachungen bereits zurückgetreten sei und daß eine neue Schifffahrts-Gesellschaft hierselbst ins Leben gerufen werden solle. Von anderer Seite wurde die Mittheilung gemacht, daß von Stettiner Rhedereien bereits in Aussicht gestellt sei, Schiffe nach Breslau zu senden. Die Versammlung trat dem Antrage des Herrn Rosenthal auf Wahl einer Commission bei. In dieselbe wurden gewählt die Herren D. Mugdan, Rosenthal, Becker, Kuhn, Mendelssohn, D. R. Schlesinger, Ende, Arthur Stenzel und Steinitz. Der Commission wurde das Recht der Cooptation gegeben. Schließlich theilte Herr Mendelssohn noch mit, daß die vereinigten Rhedereien gegen die Märkische Dampf-Schleppschifffahrts-Gesellschaft klagbar geworden sei, weil sie sich von den Abmachungen losgesagt habe.

• **Tonkünstler-Verein.** Der am 22. c. stattfindende Musik-Abend ist eine musikalische Carnevals-Vorfeier. Zum Vortrage kommen: Carneval von Schumann, Pester Carneval von Liszt, eine Humoreske, Gaudeamus igitur, von demselben, Papageno-Rondo von Ernst und Rodenstein, Lieder von Jensen. An der Ausführung des Programms betheiligen sich die Herren: Professor Kühn, Kammervirtuos Otto Lüstner, Kuron und Ludwig.

---

fünfzehnjährigen Waise, die bei ihrer blinden Goßmutter in vollständigster Abgeschlossenheit von der Welt aufgewachsen. Zwischen der Erzählerin und dem reizenden kindlichen Geschöpf bildet sich bald ein freundschaftlicher Verkehr, bei dem auch die Erstere nicht blos gab, sondern zugleich empfing: „Ich war die Lernende, nicht sie. Was jede höhere deutsche Tochter weiß, war ihr allerdings vollkommen fremd, aber sie hatte einen Instinct der Liebe und Barmherzigkeit, der sie scharfsinnig machte, wo manche andere ewig unwissend bleibt." Plötzlich fällt ein ungewöhnliches Ereigniß in dieses stille Dasein: Menah soll heirathen. Der designirte Bräutigam, ein begüterter Pantoffelhändler, naht zur Brautschau, und zwar soll er wählen zwischen Menah und einer andern Braut, Ruth. Auch diese „Concurrenzbraut" wird von der Erzählerin aufgesucht. Die Begegnung mit diesem von einer tiefen Leidenschaft verzehrten Mädchen, ein Gang nach dem Bazar, um Menah's Brautschmuck zu besorgen, die Ankunft des Bräutigams, Ruth's Flucht mit einem französischen Christen, Menah's Verlobung und schließliche Hochzeit mit ihren seltsamen orientalischen Bräuchen und Feierlichkeiten, all dies huscht, eine Reihe von Momentbildern, fremdartig, blendend, rasch, aber eindrucksvoll an dem Leser vorüber. Den eigentlichen Mittelpunkt des Ganzen aber bildet, vielleicht unbewußt, die Erzählerin selbst, deren fesselnde Persönlichkeit scharf, charakteristisch, gleichsam als ein Wesen von Fleisch und Blut inmitten der übrigen halb schemenhaften Gestalten plastisch hervortritt.

Aus Frauenhand empfangen wir endlich als hochwillkommene Gabe ein theures Andenken eines großen Todten, nämlich eine Anzahl Briefe, welche Gustav Nachtigall auf seiner ersten großen 1869 begonnenen Expedition an einen ihm eng befreundeten deutschen Gelehrten und dessen herzlich verehrte Gattin richtete, und Letztere nunmehr in der „Deutschen Rundschau" der Oeffentlichkeit übergiebt. Alle jene schon früher einmal an dieser Stelle hervorgehobenen Züge, welche den genialen Forscher auch unserem Herzen menschlich nahe rücken, seine rührende Bescheidenheit, sein unverwüstlicher liebenswürdiger Humor, selbst den ernstesten Situationen gegenüber, leuchten auch aus diesen Briefen, welche, unmittelbar unter dem frischen Eindruck der wundersamsten Erlebnisse niedergeschrieben, in ihrer packenden Lebendigkeit ein redendes Zeugniß von der Stimmung ablegen, in die ihn dieselben versetzt hatten. Aus Tripolis überrascht er die Freunde mit der Nachricht von seinem Entschlusse, sich in's Innere von Afrika zu begeben: „Du weißt, es war immer eine Lieblingsidee von mir, und bevor ich Afrika gänzlich verlasse, will ich noch einige seiner Centralgeheimnisse erlauschen. — Diese unbekannten Regionen intriguiren mich schon lange und ehe ich den alten Continent hier verlasse, muß ich wissen, was in seinem Herzen ist. — Glaube nicht zu früh, daß ich umgekommen bin, und wenn Du während 1869 nichts hörst, so warte 1870 ab und denke, daß Livingstone nach unglaublicher Zeit wieder an's Licht kam. — Erst jetzt fühle ich, wie es mir bei Euch gefallen und wie gern ich bei Euch ferner sein möchte. Doch Jeder muß seinem Schicksal folgen." Die demnächstigen Reiseberichte sind oft in einem fast burschikosen Tone gehalten. So stellt er unter seinen Reisebegleitern die Eingeborenen Ali und Saad, und Feida, eine arabische Hündin, folgendermaßen den Freunden vor: „Letztere, wenn auch weit entfernt, so civilisatorische Anlagen zu entwickeln, als Euer „Bauschan", indem sie noch jetzt, nach monatelangem Zusammenleben, mich mit dem Mißtrauen des ersten Tages betrachtet, hat wenigstens die Neigung des „Rausschmeißens" mit dem genannten edler Repräsentanten der Familie „Hund" gemein, mit dem alleinigen Unterschiede, daß sie zu Objecten dieser rohen, doch nützlichen Handlung Menschen wählt, und daß ihre Kauwerkzeuge dabei nicht als einfache Pincetten wirken. Ali und Saad können nur mit den Kameelen zusammen abgehandelt werden, indem ihre Intelligenz sie mit jenen in eine Kategorie wirft, ihre Nützlichkeit jedoch sie den genannten Thieren weit unterordnet."

Einzig in ihrer Art ist die Beschreibung, die er nach der Rückkehr von Tibesti von seiner namenlos mühevollen und gefahrdrohenden Wanderung entwirft: „Von Anfang an wurde ich von Widerwärtigkeiten verfolgt. Zu Bidan gelang es den energischen Bestrebungen meiner Diener, sich bis zur gänzlichen Bewußtlosigkeit zu berauschen, während ich im Schatten einer Dattelpalme Siesta hielt. Mein schlummerndes Haupt blieb allerdings im Schatten, aber die fortschreitende Sonne liebkoste meine beiden Unterschenkel und Füße bis zur Erzeugung einer ausgedehnten Verbrennung zweiten Grades. Langsam genesen, ergriff eine eitrige Conjunctivitis mit furchtbarer Schwellung, Lichtscheu und Schmerzen mein harmloses rechtes Auge, und als dieses sich zu bessern begann, konnte sich das linke nicht entbrechen, denselben Proceß durchzumachen. Nach einem leidensvollen Zuge durch die sonnige Wüste kam ich gebessert in Tümmo an und sollte mich nun von hier südöstlich in die Büsche schlagen. Der eigentliche Weg zweigt sich zwar schon früher ab, doch wir hatten den Umweg nicht gescheut, um einer räuberischen Tibbubande zu entgehen, welche mir dort auflauerte, um mich meiner Habe zu berauben. Nach zweieinhalb Tagen war unser Wasservorrath erschöpft. Am vierten Tage war der berühmte Verdurstungstag, an dem wir dem Tode näher ins Auge schauten, als uns lieb war. Doch Rettung erschien auf der Bühne, wie es so oft zu geschehen pflegt, und unter mannigfachen Abenteuern weiter wandernd, gelangten wir zu den beiden Hauptflußthälern Tibesti's, Tao und Suar." So flüchtig eilt Nachtigall über diese schauerliche Episode hinweg. Dagegen legte er eine völlig objective detaillirte Beschreibung der Symptome des nahenden Verdurstungstodes, auf Grund der an sich selbst gemachten Beobachtungen verfaßt, für Professor Niemeyer zur wissenschaftlichen Verwerthung bei, ähnlich wie der bekannte Socialist Saint-Simon einen mißlungenen Selbstmordversuch zum Studium des Verblutungsprocesses benutzte.

Köstlich ist weiterhin die Schilderung des Wüstenzuges in den letzten kritischen Tagen: „Trotz unserer unsäglichen Leiden mußte ich, als die Hoffnung auf Rettung wuchs, zuweilen über den Anblick unserer Fußcaravane lachen. Ali und Saad, in adamitischer Einfachheit gekleidet (oder vielmehr auch nicht), mit Wasserschläuchen auf den Schultern; der ernste, würdige Gatroni, mein ganzes Gepäck auf dem Rücken, die Handhabe desselben zwischen den Zähnen haltend und, seinem Alter und seiner Stellung entsprechend, sich eines langen, wenn auch lückenhaften Hemdes erfreuend; Giuseppe Valpreda, mein piemontesischer Diener, mit kranken Füßen sich mühsam dahinschleppend und den Mangel des nothwendigsten Kleidungsstücks in unvollständiger Weise durch ein paar Wasserstiefel ersetzend, die vergeblich sich einem kurzen Flanellhemde zu nähern bemüht schienen; endlich ich selbst, barfuß, die Beine mit einigen leinenen Fetzen umwickelt, doch die obere Hälfte in einen Pariser Sommerpaletot gehüllt und das Haupt bedeckt mit einem pilzähnlichen Gebäude, das die Engländer für ihre indischen Offiziere gegen den Sonnenstich erfunden haben. So wankten wir dahin, bei nächtlicher Weile, da unsere Schwäche und geringer Wasservorrath uns verhinderten, uns dem Feinde des Wüstenwanderers, der Sonne, auszusetzen. Spätestens Morgens 9 Uhr krochen wir in den Schatten einiger Steine, jede unnütze Bewegung, also jede lebhafte Verdunstung, vermeidend, um ungefähr um 5 Uhr Nachmittags unseren saueren Weg fortzusetzen. — Oft glaubte ich, das Schwanken meiner Gehwerkzeuge fühlend, erliegen zu müssen, doch stets gelang es mir, durch Zusammenraffen aller meiner Willenskraft, der letzteren den nothwendigen Tonus zu verleihen und meine Hoffnung wieder zu beleben. Und siehe, während der letzten sauersten Strecke marschirte ich, den Uebrigen zum Beispiel, mit Leichtigkeit und Energie an der Spitze, dem leidenden Giuseppe noch seine Waffen tragend. Als am fernen Horizonte endlich nach wochenlangen Leiden eine grüne Linie, die Palmen Tedzerri's, auf der Bühne erschien, füllten sich meine Augen mit Thränen, welche ebensowohl meiner körperlichen Schwäche, als meinem kindlich frommen Gemüthe zuzuschreiben sind. Wir stürzten, so sehr es unsere Kräfte erlaubten, auf die Dattelbäume zu und — Unmäßigkeit ist in allen Verhältnissen ein Laster — füllten unsere abgeschwächten Mägen mit ihren Früchten in so ausgiebiger Weise, daß ich noch heute von der Indigestion nicht wieder hergestellt bin."

Recht charakteristisch für Nachtigall's in gewissem Sinne fatalistische Lebensauffassung ist endlich der Schluß dieses inhalreichen Briefes: „Als ich Abschied von meiner Reisegefährtin, Frl. Alexine Tinne (der bekannten holländischen Forscherin) nahm, sprachen wir nur von den Gefahren meiner Reise zu einem Volke, dessen Verrätherei, Treulosigkeit, Habsucht, Grausamkeit und Mangel an Wort bekannt waren, während sie, unter dem Schutze eines mächtigen Sultans zu einem Volke gehend, dem das gegebene Wort heilig ist, kaum irgend eine ernstliche Gefahr zu laufen schien. Und wie bald ereilte sie ihr grausames Geschick, während ich, monatelang dem kalten Eisen der Tibbu-Canaillen ausgesetzt, mit einem einzigen „Flachen" von jenem verhaßten Circumflex, den der Araber Schangorenangor nennt, und der Eingeborene mit ekler Gewandtheit schleudert, davonkam! So folgt Jeder seinem Schicksale in dunklem Drange, entgeht Gefahren, deren ganze Größe er erst nach der Rettung erkennt, und unterligt anderen, welche kaum seine Beachtung zu verdienen schienen." H. P.

* **Schlesischer Protestanten-Verein.** Den Vortrag für Freitag, den 19. d. M., hat Herr Diakonus Schultze übernommen. Das Thema lautet: „Der Jesuitenorden“.

a. **Schlesischer Provinzialverband der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.** Die Ausschußsitzung vom 6. Februar eröffnete Herr Rector Dr. Carstädt mit einem Bericht über die General-Versammlung der Gesellschaft in Posen. Daran schloß sich eine Schilderung der Thätigkeit des Vorstandes. Die Vortragsvermittelung durch den Provinzialverband ist bis jetzt in 11 Fällen in Anspruch genommen worden. Außerdem haben die Herren Dr. Gräffner zweimal und Bergschullehrer a. D. Grundmann, der Wanderlehrer des Verbandes, zehnmal in Vereinen der Provinz gesprochen. Herr Apotheker Müller theilte mit, daß sich das Volksmuseum eines lebhaften Zuspruchs erfreut hat. Das Modell des Auges ist leider zerbrochen an den Vorstand zurückgekommen. Das Sciopticon ist weniger oft versandt worden, hat jedoch einmal großen Beifall gefunden. Der Vorstand geht mit der Absicht um, ein Sciopticon mit größerer Lichtstärke zunächst zur Ansicht kommen zu lassen, um es eventuell der nächsten General-Versammlung vorzuführen. Eine eingehende Debatte knüpfte sich an den Bericht über die Verhandlungen des Herrn Dr. Wislicenus mit dem Vorstande in der Sitzung vom 31. Januar. Derselbe plant, die bestehenden Verpflichtungen der Provinzialverbände gegenüber der Gesellschaft in einer gleichmäßigeren und einfacheren Weise zu regeln, damit aber zugleich der Centralkasse eine größere Einnahme zuzuführen. Wenn auch die Mehrbelastung des schlesischen Provinzialverbandes nach dem neuen Zahlungsmodus eine verhältnißmäßig geringe ist, so stellte sich ihr doch das Bestreben des Ausschusses ganz entschieden entgegen, den Verband in seiner Stellung als Mitglied der Gesellschaft zu Gunsten der einzelnen Vereine möglichst zu entlasten. Eine scharfe Kritik fand der „Bildungsverein“. Der Ausschuß beschloß, denselben nur unter der Bedingung zum weiteren Abonnement zu empfehlen, daß sich die nächsten Nummern durch ihren Gehalt wesentlich vor den früheren auszeichnen. Der Verbandskassirer Herr L. Mugdan berichtete alsdann über die Kassenverhältnisse; es stellte sich ein vorläufiger Ueberschuß von ca. 426 M. heraus. — Der Ausschuß bestand seit dem Ableben des Herrn Dr. Stern-Steinau nur aus 20 Mitgliedern; er cooptirte daher in seiner letzten Sitzung die Herren Dr. Müller-Liegnitz, Löwenberg-Glogau, Jonas Hirschel und Dr. Mertins-Breslau. Der Ausschuß beschloß ferner, darauf hinzuwirken, daß dem schlesischen Provinzialverband eine zahlreichere Vertretung im Centralausschuß als bisher zuerkannt würde.

* **Der Verein der Literaturfreunde** hat über seine Thätigkeit im Vereinsjahre 1885, dem vierten seines Bestehens, einen Bericht erscheinen lassen, denen wir Folgendes entnehmen: Das Jahr 1885 wurde eingeleitet durch die Herausgabe eines Monatsblattes unter dem Titel „Schlesische Blätter“. Der Verein bezweckte damit, ein Organ zu besitzen, das, als Nachfolgerin der „Provinzialblätter“, speciell die schlesische Literatur pflegen sollte. An dem geringen Interesse aber, das dem Unternehmen hierbei entgegengebracht wurde, scheiterte schließlich dasselbe, nachdem es ein halbes Jahr hindurch bestanden und dem Verein große finanzielle Opfer auferlegt hatte. Inzwischen erfolgte eine Erweiterung der Vereinstendenz insofern, als ein Vortrag über ein literarisches Thema mit daranschließender Debatte, kritische Berichterstattungen über den literarischen Markt und Recitationen eingeführt wurden. Außerdem wurde die Mitgliederzahl in ordentliche (active) und außerordentliche (inactive) getheilt und die Frist zwischen den einzelnen Sitzungen von 8 auf 14 Tage verlängert. Nachdem die Statuten demgemäß abgeändert, wurde deren Drucklegung beschlossen. Von Vorträgen, die von Mitgliedern im Verein gehalten wurden, sind folgende hervorzuheben: 1) Paul Heyse's „Alkibiades“, 2) die Shakespearemanie der Gegenwart, 3) die Lear-Fabel und 4) Heinrich Heine's Jugendjahre. — Am 5. December v. J. feierte der Verein sein 4. Stiftungsfest im großen Saale des Concerthauses durch eine Soirée. — Gegenwärtig zählt der Verein 30 Mitglieder.

* **Personal-Chronik.** Ernannt: der Gerichts-Assessor Häberlin zu Landsberg a. W. zum Staatsanwalt und als solcher bei dem Königlichen Landgericht zu Glatz angestellt. — Widerruflich ernannt: 1) der Königlich-Prinzliche General-Direction-Secretär Wolff zu Camenz an Stelle des Bürgermeisters Faulhaber zu Reichenbach: a. zum Amtsanwalt bei dem Königlichen Amtsgericht zu Reichenstein für sämmtliche durch die Gesetze dem Amtsanwalt übertragenen Geschäfte, ausschließlich jedoch der Verfolgung der in den zur Oberförsterei Camenz gehörigen Forstrevieren begangenen Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahlsgesetz, für die ein besonderer Forstamtsanwalt bestellt ist, b. zum Vertreter des Forstamtsanwalts für die Forstreviere der Oberförsterei Camenz, insoweit dieselben zum Bezirk des Königlichen Amtsgerichts zu Reichenstein gehören; 2) der Königliche Amtsgerichts-Secretär Dreyschuch zu Reichenstein an Stelle des Kämmerers Sandmann zum Vertreter des Amtsanwalts am Königlichen Amtsgericht zu Reichenstein. — Dem Forstmeister Reimann zu Oels sind unter Entbindung von den Functionen als Forstamtsanwalt für die Reviere Bartkerey, Weißensee und Spahlitz — Amtsgericht Oels — die Functionen des Amtsanwalts bei dem Königlichen Amtsgericht zu Bernstadt für die Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahlsgesetz vom 15. April 1878, welche in dem Forstrevier Wilhelminenort begangen werden, übertragen; zu seinem Vertreter ist der Bürgermeister Dr. Kronisch zu Bernstadt ernannt. — Mit der Verfolgung der bei dem Königlichen Amtsgericht zu Oels abzuurtheilenden Zuwiderhandlungen gegen das Forstdiebstahlsgesetz für die Reviere Bartkerey, Weißensee und Spahlitz ist der Oberförster von Hahn zu Bernstadt beauftragt.

Versetzt: der Stationsvorsteher II. Klasse (diätarischer Staatsbeamter) von Heydebrand von Breslau nach Guhrau.

* **Zoologischer Garten.** Bei den Bella-Coola-Indianern stehen die Schamanen (Zauberer), ähnlich wie bei den Binnenlands-Indianern die Medicinmänner, in besonderem Ansehen und nehmen in vielfacher Beziehung eine Ausnahmestellung ein. Ihrem Rufe als Zauberer wissen sie durch mancherlei geheimnißvolle und räthselhafte Mittel aufrecht zu erhalten. Dazu gehört namentlich, daß sie sich in feierlicher Weise, unter aufregenden Tänzen und Beschwörungen der Mitwirkenden, einer freiwilligen Verbrennung unterwerfen, um sodann durch ihr Wiedererscheinen zu beweisen, daß sie der Vernichtung durch Feuer nicht unterworfen sind. Dieser Gebrauch steht zweifellos im Zusammenhang mit der in früherer Zeit allgemein verbreitet gewesenen, gegenwärtig mehr und mehr verschwindenden Sitte der Bella-Coola-Stämme, ihre Todten mit Ausnahme der Schamanen zu verbrennen, diese letzteren aber in besonderen Häuschen, mit ihren Amuletts, Masken und „Doctorgeräthen“ umgeben, überirdisch beizusetzen und durch die Einwirkung der Luft zu Mumien eintrocknen zu lassen. Eine Anzahl derartiger Mumien hat Herr Capitän Jacobsen für das Berliner ethnographische Museum und Herrn Professor Virchow von seiner Reise mitgebracht. Eine solche Schamanenverbrennung werden am Freitag, den 19. d. Mts., zum Dunkelwerden die Bella-Coola auf der Fläche am Elephantenhause zur Ausführung bringen. Nach den Berichten der Dresdener und Leipziger Zeitungen über die in den dortigen Zoologischen Gärten ebenfalls producirten Schamanenverbrennungen macht der Hergang bei denselben einen in hohem Grade räthselhaften und aufregenden Eindruck. — Durch eine gestern aus britisch Columbia eingetroffene umfangreiche Sendung, welche die Gebrüder Jacobsen wegen mangelnder Transportgelegenheit daselbst vor fast Jahresfrist zurückzulassen genöthigt gewesen waren, ist die ethnographische Sammlung um eine Reihe von werthvollen und der Beachtung werthen Gegenständen bereichert worden, die heute, Freitag, zur Aufstellung gelangen. Besonders sei auf eine große, geschnitzte und bemalte Bildsäule alten Ursprungs, von Vancouver-Island stammend und einen Quakjuk-Indianer darstellend, aufmerksam gemacht.

=ßß= **Tariffatz-Ermäßigung.** Während der Tarif für den städtischen Packhof bei Verladungen von Getreide, Hülsenfrüchten, Oelsaaten und Rohzucker den Satz von 2 Pf. pro 100 Kilo vorschreibt, enthält der Tarif für die offenen Verladungsplätze am Schlunge eine derartige Position überhaupt nicht; demgemäß wurden bei Verladungen oben gedachter Producte daselbst 3 Pf. pro 100 Kilo erhoben. Magistrat hat nun in Uebereinstimmung mit der Packhofs-Deputation beschlossen, nunmehr für diese Producte eine Verladegebühr von 2 Pf. pro 100 Kilo auch am Schlunge zu erheben.

* **Pulver-Transporte.** Der königl. Polizeipräsident bringt folgende Bekanntmachung des königl. Regierungspräsidenten Frhrn. Juncker von Ober-Conreuth in Erinnerung: „In Ergänzung der ministeriellen Polizeiverordnung vom 29. August 1879, betreffend den Verkehr mit explosiven Stoffen, wird in Folge Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien hierdurch bestimmt, daß in Zukunft als zeitige Anzeige im Sinne des § 15 obiger Verordnung eine solche von mindestens 24 Stunden vor Eintreffen des Pulver-Transports zu fordern ist.“

B. **Thätigkeit der Feuerwehr im Jahre 1885.** Die Hilfe der Breslauer Feuerwehr wurde im verflossenen Jahre insgesammt 414 Mal beansprucht; auf die einzelnen Monate vertheilt stellt sich die Zahl der Alarmirungen folgendermaßen: Januar 61 Mal, Februar 28, März 20, April 22, Mai 24, Juni 36, Juli 41, August 53, Septbr. 27, October 27, November 40 und Decbr. 35 Mal. Viermal war „Großfeuer“, nämlich am 19. Januar in der Roßschlächterei am Zehndelberge; 29. Juli Kaiser Wilhelmsstraße 64 (Kemna'sche Maschinenfabrik); 11. August Mühlgasse 15/16 (Bäckermeister Thiel) und am 30. Sept. Salzgasse 35/39 (Hauswaldt'sche Fabrik „Mittelfeuer“, (d. i. Brände, bei denen 1 bis 2 Spritzen resp. Hydranten in Thätigkeit gesetzt werden) waren in 10 Fällen „Kleinfeuer“ (Brände, bei denen vermittelst der Handspritze, des Löschpinsels oder einiger Eimer Wasser die Beseitigung der Gefahr erfolgt, sind 128 zu verzeichnen gewesen. „Schornsteinbrände“ veranlaßten 30 Mal die Alarmirung. In Folge „blinden Lärms“, also ohne eine vorliegende Gefahr, wurde die Feuerwehr 48 Mal gerufen. Zur Hilfeleistung bei „Landfeuer“ rückte der dafür bestimmte Doppelspritzenwagen 9 Mal aus und zwar 4 Mal nach Brockau, 2 Mal nach Herdain, je 1 Mal nach Kawallen, Grüneiche und Gräbschen. Bei „Wasserschaden“ waren einzelne Commandos der Feuerwehr insgesammt 121 Mal thätig. Als der bedeutendste Vorfall ist hierbei der am Morgen des 30. Juni erfolgte Bruch des Hauptrohres an der Ecke der Albrechts- und Catharinenstraße zu erwähnen. Bei dieser Gelegenheit war bekanntlich das Wasser fußhoch in die Kirche St. Adalbert eingedrungen. Für anderweitige Hilfeleistungen erfolgte die Requisition 33 Mal. „Auspumpen der Keller“ — bei den großen Regengüssen im Juli und August — mußte in 31 Fällen durch die Feuerwehr besorgt werden. Daß außerdem die Besprengung der Straßen, die Beaufsichtigung bei Reinigung der Schlammfänge und Canäle und bei Wegschaffen von Schnee aus den Straßen, endlich die sich täglich wiederholenden Besetzungen von Sicherheits-Commandos in den Theatern und bei sonstigen Schaustellungen einen bedeutenden Theil der vorhandenen Arbeitskräfte der Feuerwehr in Anspruch nahmen, dürfen wir als bekannt voraussetzen.

B. **Alarmirung der Feuerwehr.** In der vergangenen Nacht rückte die Feuerwehr vor das Grundstück Kohlenstraße 11. Dort waren in einem im Vordergebäude gelegenen, als Tischlerwerkstatt benützten Keller, durch Herausfallen glühender Kohlenstücke aus dem Ofen eine Partie Hobelspähne, Brettstücke und ein Theil der Dielung in Brand gerathen. Die Meldung der Gefahr hatte ein Droschkenkutscher um 1 Uhr 15 Min. mündlich in Feuerwache Nr. 3 (Oderthor) erstattet. Die Ablöschung erfolgte mittelst einer Handdruckspritze der Feuerwache Nr. 3. Um 2 Uhr trafen die Fahrzeuge wieder in den Wachen ein.

\+ **Artesischer Brunnen.** In der Zuckerfabrik zu Rosenthal bei Breslau wurde vor 2½ Jahren die Anlage eines artesischen Brunnens beabsichtigt. Nach 18monatlicher mühevoller Arbeit mußte dieses Project jedoch aufgegeben werden, da keinerlei Resultate erzielt worden waren. Vor circa 11 Monaten wurde nun zur Bohrung eines zweiten Brunnens geschritten, welche Arbeiten unter der Leitung des Brunnenbaumeisters R. Lange aus Bremen ins Werk gesetzt wurden. In diesen Tagen ist es nunmehr gelungen, einen artesischen Brunnen zu erbohren, dessen Wasser die Mächtigkeit besitzt, 20 Meter hoch über die Erdoberfläche zu steigen und der 10 Cubikmeter Wasser in der Minute zu Tage fördert.

—ρ **Unglücksfälle.** Der 44jährige Kohlenarbeiter August Winkler aus Neukirch, welcher am 8. d. M., Abends 11 Uhr, beim Ueberschreiten der Geleise des Rangirbahnhofes zu Mochbern durch eine Locomotive überfahren wurde und eine Zermalmung des linken Unterschenkels erlitt, ist gestern in der kgl. chirurgischen Klinik hierselbst, wo er Aufnahme gefunden hatte, an den Folgen seiner schweren Verletzung verschieden. — Ein Arbeiter auf der Thiergartenstraße wollte gestern mit einem Carabinerstutzen nach einem Sperling schießen. Als er vorher das Schloß nochmals revidirte, verfuhr er dabei so unvorsichtig, daß sich die Schußwaffe entlud. Die Schrotladung drang dem Arbeiter in die linke Hand und riß ihm den Daumen vollständig fort. Der Verunglückte fand im Allerheiligen-Hospital Aufnahme. — Das 1jährige Töchterchen eines Eisenbahnbeamten fiel in einem unbewachten Augenblicke von einem Kinderstuhl auf den Zimmerboden hinab und brach hierbei den linken Oberschenkel. Das Kind wurde in der kgl. chirurgischen Klinik aufgenommen.

—ρ **Brutalität.** In der kgl. chirurgischen Klinik befinden sich ein Musiker und ein obdach- und beschäftigungsloser Arbeiter in ärztlicher Behandlung. Ersterer gerieth auf dem Heimwege von Pöpelwitz, wo er zum Tanze aufgespielt hatte, mit mehreren seiner Begleiter in Streit und erhielt dabei sechs Messerstiche in den Kopf. Der Arbeiter wollte in verflossener Nacht in einem Pferdestalle Unterkommen suchen, wurde dabei jedoch von einem Haushälter abgefaßt und mit einem Stocke so unbarmherzig geschlagen, daß er eine Anzahl schlimmer Wunden, insbesondere am Kopfe, davontrug.

\+ **Auch ein Wiedersehen.** Einem hiesigen Maler war dieser Tage mittelst Taschendiebstahls eine silberne Cylinderuhr entwendet worden. Als der Bestohlene nun gestern die Kupferschmiedestraße passirte, erblickte er im Schaufenster eines dortigen Trödlergeschäfts die entwendete Uhr zum Verkauf ausgehängt. Auf sofortige Erkundigung, wer die Uhr dem Trödler verkauft habe, wurde ihm eine Frauensperson bezeichnet, auch deren genaue Beschreibung gegeben. Dieser Umstand führte zur Ermittelung der Diebin, welche alsbald festgenommen wurde.

\+ **Erwischte Einbrecher.** In das Grundstück Altbüßerstraße 35 waren gestern zwei Individuen eingedrungen. Dieselben hatten in der dortigen zweiten Etage einen Schlüssel, der im Schlosse der Entréethür steckte, entwendet und damit die im ersten Stockwerk belegene Wohnung geöffnet. Die beiden Eindringlinge hatten bereits eine Menge Kleider und Wäschestücke zusammengepackt, auch verschiedene Koffer und Schränke geöffnet, als die Bewohnerin der zweiten Etage zurückkehrte und ihren Schlüssel im Schlosse der ersten Etage steckend vorfand. Einen Diebstahl vermuthend, machte sie sofort Lärm, worauf die beiden Diebe (ein Tapezierer und ein Arbeiter) von hinzugekommenen Hausbewohnern festgenommen wurden. Zwar gelang es einem derselben zu entspringen, doch wurde der Ausreißer am Abend bereits ermittelt und in Haft genommen.

\+ **Vermißt** wird seit dem 15. d. Mts. das 8jährige Schulmädchen Anna Gertig, bisher Sonnenstraße Nr. 3 bei ihren Pflegeeltern wohnhaft. Die Genannte ist ihrem Alter nach von ziemlich starker Statur, hat hellblondes Haar und trug ein schwarzcarrirtes Flanellkleid, graue Capotte mit blauem Besatz, rothe Strümpfe und Lederschuhe.

\+ **Tod durch Erfrieren.** Die verwittwete Lumpensammlerin Anna Stephan wurde in der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. durch Nachtwachbeamte auf der Matthiasstraße im bewußtlosen Zustande aufgefunden und nach ihrer Wohnung „Mittelfeld“ gebracht, woselbst die Betreffende in der Nacht 2 Uhr verstarb. Ein herbeigerufener Arzt constatirte, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten war.

\+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen: einem Gastwirth von der Bohrauerstraße aus seinem Hofraume ein zweirädriger blau gestrichener Kastenwagen mit 2 Deichseln; einem Ofenbaumeister von der Klosterstraße zwei an der Hausfront angebrachte Metallschilder mit der Aufschrift „G. Tschammer, Ofenbaumeister“; der Frau eines Kürschners von der Großen Groschengasse aus ihrer Wohnung ein schwarzer Damen-Mantel mit Krimmerbesatz; einem Stellmachermeister vom Ritterplatz das Vordergestell nebst Rädern von einem Möbelwagen; einem Arbeiter von der Brunnenstraße in einer Restauration auf der Weißgerbergasse eine silberne Cylinderuhr; einem Fräulein von der Brigittenthalstraße ein goldener Reifring mit grünem Stein. — Beschlagnahmt: ein Reisekorb, enthaltend Wäsche und Kleidungsstücke, sowie ein Poesie-Album mit dem Namen „Emma Schlesinger“, der Korb ist vor 14 Tagen in einem hiesigen Gasthofe abgegeben, aber bis jetzt nicht wieder abgeholt worden.

□ **Sprottau,** 16. Februar. [Der städtische Haushaltungsetat pro 1886/87] vernichtet vollständig die Hoffnung derer, welche meinten, daß die Einführung der Communalsteuer nur ein an die Wand gemaltes Gespenst sei. Nach dem aufgestellten Etat sind als Einnahme pro 1886/87 215065,63 M. verzeichnet, die Ausgabe ist dagegen auf 242238,76 M. fixirt. Zur Deckung der letzteren fehlen demnach 27173,13 Mark. Bereits früher ist hervorgehoben worden, daß die Mindereinnahme aus dem Forst wesentlich die Unterbilanz verschuldet. Nach dem Etat pro 1886/87 wird aus dem Forst nur ein Ueberschuß von 69069,66 M. erzielt, gegenüber dem Etat von 1885/86 weniger 45875,54 M. Unter diesen Umständen wird die Einführung der Communalsteuer kaum ausbleiben. Ueberschüsse gewähren ferner: Die Domainen-Verwaltung 66042 M., die Eichamts-Verwaltung 6922 M., die Gasanstalts-Verwaltung 4065 M. und die Ziegelei-Verwaltung 3582 M. Zuschüsse erfordern: das Realgymnasium 25990 M. (Etat 36740 M.), evangelische Stadtschule 22864 Mark (Etat 26858 M.), katholische Stadtschule 6339 M. (Etat 7647 M.), Armenkasse 12122 M. (Etat 19157 M.) Außerdem die evang. Kirchenkasse 1472 M., die katholische Kirchenkasse 1254 M. Zuschuß. Die Stadtschuld beträgt 875650 M., zu ihrer Verzinsung sind 52001 M. nothwendig.

|| **Reichenbach,** 16. Febr. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurden zunächst die neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt. In das Bureau wurden gewählt: Justizrath Hundrich (Vorsteher), Justizrath Hack (Stellvertreter), Buchhändler Schilder (Protokollführer), Realgymnasiallehrer Hoffmann (Stellvertreter). Die neugewählten Magistrats-Mitglieder, Beigeordneter Rechtsanwalt Gloger und Rathsherr Apotheker Behschnitt, wurden durch Bürgermeister Cupel eingeführt und verpflichtet. Dem aus dem Magistrat auf eigenen Antrag ausscheidenden Rathsherrn Teuber wurde das Prädicat „Stadtältester“ verliehen. Der Etat pro 1886/87 in Höhe von 82850 M. (12350 M. mehr Ausgaben, als im Vorjahre) wurde genehmigt. Außer den aufs Doppelte gestiegenen Kreislasten bedingen die erhöhten Armenlasten die Steigerung der Ausgaben. Während Langenbielau mit 16000 Einwohnern 8000 M., Ernsdorf mit nahe 7000 Einwohnern 6000 M. auf Armenpflege verwendet, beträgt dieser Posten in Reichenbach mit 7280 Einwohnern 16000 Mark. Die disponiblen Sparkassen-Ueberschüsse sind zu einer Höhe von 94000 Mark angewachsen; hoffentlich bewilligt die Regierung hiervon Mittel zur Deckung des Deficits, da sonst ein Steuerzuschlag von 33⅓ pCt. in Aussicht ist. Bei dem Wasserwerk steht einer Einnahme von 5500 M. eine Ausgabe von 19360 M. gegenüber. Demzufolge beschließt die Versammlung auf Antrag des Dr. Herrnstadt, den Magistrat aufzufordern, die Einführung der obligatorischen Wasserentnahme vorzubereiten. Bis zum 1. Octbr. c. wird der bisherige Tarif 7 Pf. pro Quadratmeter Wohnungsraum mit 50 pCt. Ermäßigung beibehalten. Die städtischen Brunnen bleiben erhalten und sollen auch zum Gebrauch geöffnet bleiben, bis die obligatorische Wasserentnahme eingeführt ist. Für Pflasterung der Breslauerstraße wurden 4000 M. bewilligt; auch die definitive Anstellung des Polizei-Sergeanten Reichel beschlossen. Ein Entwurf zu einem neuen Gemeinde-Einkommensteuer-Regulativ wurde einer Commission zur Berathung überwiesen. Die Erhöhung der Hundesteuer auf 9 M. pro Jahr erhielt die Bestätigung.

⨯ **Brieg,** 17. Februar. [Stadtverordneten-Versammlung.] Nachdem in der heute Nachmittag, unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Apotheker Werner, stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten durch Bürgermeister Heidborn der wiedergewählte Stadtverordnete Uhrmacher Klebert verpflichtet und in sein Amt eingeführt worden war, nahm die Versammlung Kenntniß von der Rechnung der Anna Freitag-schen Fundation, sowie von der keinerlei Ausstellungen ergebenden Revision der Stadthauptkasse, der Sparkasse, des Leihamts und bewilligte hierauf 1) div. Hypotheken-Darlehne, 2) die Erhöhung der Position des Armen-Etats „Fortlaufende Geld-Unterstützungen“ um 2500 M., 3) die Erhöhung für Aufeisen der Brückenpfeiler und Freimachung der Eisböcke um 150,75 Mark, 4) Remuneration in Summa von 219,34 M. an die bei der Landtagswahl und Volkszählung beschäftigt gewesenen Communalbeamten, 5) eine Etats-Ueberschreitung von 66,17 M. für Unterrichtsmittel bei den katholischen Elementarschulen und von 177,59 M. für bauliche Unterhaltung der Schulgebäude. Alsdann wurde genehmigt der Vertrag betreffs Verkauf des Grundstücks Hyp.-Nr. 118 Klein-Leubusch an den Bauerauszügler Gottfried Metzner aus Zindel auf dessen Gebot von 1525 M., sowie der Vertrag betreffs Verpachtung des Platzes zwischen dem städtischen Bauhofe und der Ziegelstraße. Beigestimmt wurde a. der beantragten Verzichtleistung auf das Recht der Stadtgemeinde, die Dampf-Bade-Anstalt an der Gartenstraße beim Verkauf an Dritte gegen eine Taxe zu übernehmen, b. der Berufung des Lehrers Rutsch von der städtischen Abtheilung der Ober-Realschule an die evangelischen Schulen vom 1. April c. mit einem Jahresgehalte von 2400 M., c. der beantragten Entschädigungen für Unterbringung dreier Schüler der hiesigen Ober-Realschule in der Ober-Realschule zu Breslau, d. dem Regulativ für die Gemeinde-Einkommensteuer zu Brieg, e. der Verwendung der Ueberschüsse des Sparkassen-Reservefonds auf Pflasterungen diverser Straßen, f. der Bewilligung von 550 M. für Einrichtungen zur Aufnahme der höheren Töchterschule des Fräulein Müller in die Parterre-Räume des Ober-Realschulgebäudes und Zustimmung zu den Vereinbarungen behufs Abschließung des betr. Mieths-Vertrags. Schließlich genehmigte die Versammlung die Feststellung des Zuschlages zur Klassen- und klassificirten Einkommensteuer auf 165 pCt. für Erhebung der Communalsteuer und des Stadthaushalts-Planes für das Etatsjahr 1886/87, worauf der Schluß um 6½ Uhr erfolgte.

⊙ **Beuthen O.-S.,** 15. Februar. [Der hiesige Jungfrauenverein] veranstaltete gestern zu Wohlthätigkeitszwecken eine musikalisch-theatralische Aufführung, welcher ein sehr zahlreiches Auditorium beiwohnte. Frl. D.'s sympathische Altstimme kam in den gewählten Liedern zur besten Geltung. Frl. W. errang durch ihre vorzüglich geschulte, klangvolle und umfangreiche Sopranstimme, verbunden mit einer äußerst anmuthigen Vortragsweise, allgemeinen Beifall. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die „Frühlingszeit“ von Becker. Zwei Duette von C. Reinecke wurden von den beiden Damen ebenfalls sehr gut vorgetragen. Ein Trio von Gade (Clavier, Violine, Cello), ausgeführt von den Herren F. L. und Dr. H., wurde mit künstlerischer Vollendung gespielt. Hierauf folgten die beiden einactigen Lustspiele von Moser „Splitter und Balken“ und „Wie denken Sie über Rußland“. Die Leistungen sämmtlicher Mitwirkenden sind als vortrefflich zu bezeichnen. Auch der hiesigen Stadtkapelle gebührt für ihr exactes Spiel vollste Anerkennung.

---

* **Umschau in der Provinz. Bunzlau.** Zum Innungswesen meldet der „Nied. Cour.“, daß die hiesige Innung der Schlosser, Büchsenmacher, Klemptner, Gürtler, Nadler, Mechaniker und Uhrmacher in einer kürzlich abgehaltenen außerordentlichen Versammlung beschlossen hat, die erforderlichen Schritte zu thun, um der Innung das in § 100 e 3 der Gewerbeordnung vorgesehene Recht auszuwirken. — n. **Friedland,** Reg.-Bez. Breslau. Der hiesige Stenographen-Verein beging vergangene Woche den 97. Geburtstag Gabelsberger's in feierlicher Weise. Eingeleitet wurde die Feier durch eine Musikpiece (Stenographen-Marsch). Der Vorsitzende, Buchdruckereibesitzer Walter, begrüßte die Gäste, und brachte ein Hoch auf Se. Maj. den Kaiser aus. Die Festrede hielt Herr Stiller. Herr Rogmann gab eine Lebensbeschreibung Gabelsberger's, und führte die Entstehung und Entwickelung der Stenographie bis zum Tode des Meisters aus. Die Zwischenpausen wurden durch Vorträge ausgefüllt. — Vergangene Woche hielt der hiesige Verschönerungs-Verein seine General-Versammlung. Die Mitgliederzahl beträgt 146. Die Gesammt-Einnahme belief sich auf 376,13 Mark. Die Ausgabe dagegen 408,62 Mark. Der bisherige Vorstand wurde per Acclamation wiedergewählt. —][**Münsterberg.** Musikdirector Mettner gab am Sonntag im Saale des Seminars zum Besten der hiesigen Armen ein Concert. Sämmtliche Piecen des sehr gewählten Programms wurden mit großem Beifall aufgenommen. Das Publikum war aus Stadt und Umgegend recht zahlreich erschienen. — Vor einigen Tagen wurde endgültig entschieden, daß das Postamt Münsterberg aus dem angrenzenden Bürgerbezirk nach der Stadt zurück verlegt und in einem nur für Postzwecke einzurichtenden Gebäude auf der Breslauerstraße untergebracht wird. Der betreffende Neubau ist am 1. April 1887 seiner Bestimmung zu übergeben. — **Ratibor.** Zum Thurmbau der katholischen Pfarrkirche, welcher bekanntlich am 1. April n. J. in Angriff genommen werden soll, sind, der „R. Z. f. O.“ zufolge, bis jetzt etwa 12—13000 M. beigesteuert worden. — gr. **Rybnik.** In der Strafproceßsache geben den Lederfabrikanten Julius Haase aus Rybnik hat, einem Telegramm seines Vertheidigers, des Rechtsanwalt Munkel zufolge, das Reichsgericht in dem am 16. d. Mts. in Leipzig angestandenen Termine dahin entschieden, daß diese Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Ratiborer Landgericht zu verweisen ist. — § **Schildberg.** Der Postassistent R., seit mehreren Monaten beim hiesigen Postamt angestellt, hat sich Unterschlagungen im Dienst zu Schulden kommen lassen und war flüchtig geworden. Es gelang indeß, denselben nach einigen Tagen in hiesiger Umgegend zu ermitteln und in das hiesige Amtsgerichtsgefängniß abzuliefern. Ueber die Höhe der unterschlagenen Gelder ist noch nichts bekannt. — Δ **Steinau a. O.** Dem Thierarzt Baß ist die interimistische Verwaltung der Kreisthierarztstelle des Kreises Steinau übertragen worden. Am 15. d. M. hat derselbe sein Amt hierselbst angetreten. — b. **Wohlau.** In der letzten Sitzung des Gewerbevereins hielt Rector Dr. Carstädt aus Breslau einen Vortrag „über das Gewitter“. Die sachgemäßen und allgemein verständlichen Ausführungen des Redners ernteten vielen Beifall. — Am 24. d. Mts. wird Consistorialrath Reichard aus Posen zum Besten der hiesigen Diakonissen-Anstalt in der Aula des Gymnasiums einen Vortrag über seine Erlebnisse als französischer Feldprediger während des Krimkrieges, besonders während der Belagerung von Sebastopol, halten. — Das Abiturienten-Examen für die Schüler des hiesigen Gymnasiums findet am 19. Februar statt; für zwei Extranei ist der Termin auf den 25. März festgesetzt.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

— **Lissa,** 16. Februar. [Strafkammer. — Anklage wegen Untreue.] Dem „N. Anz.“ wird geschrieben: Heute stand Probst Zingler

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

aus Seide vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter der Anklage der **Untreue**. Demselben wurde zur Last gelegt, daß er aus dem Kirchenvermögen, welches er in seiner Verwaltung hatte, einige Rentenbriefe verkauft und die dafür erzielte Summe in seinem Interesse ausgegeben habe. Der Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft beantragte demgemäß **drei Monate Gefängniß und 300 Mark Strafe**, eventuell noch weitere zwei Monate Gefängniß und Aberkennung der Ehrenrechte. Der Gerichtshof erkannte jedoch, da er annahm, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gemangelt habe, auf **Freisprechung** von Strafe und Kosten. — Die Staatsanwaltschaft wird, wie verlautet, die Revision des Urtheils beantragen.

△ **Lissa**, 16. Februar. [**Gewerbeverein. — Reichsfechtschule.** Gestern Abend fand im **Kutzner**'schen Saale die constituirende Versammlung des neuen Gewerbevereins statt. Fabrikant **Contenius** eröffnete die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser. Nachdem Landrichter **Kolisch** zum Vorsitzenden gewählt, erklärt sich die Versammlung auf bezügliche Anfrage nach Darlegung der Verhältnisse einstimmig für die Gründung eines Gewerbevereins. Es wurden die Statuten des Rawitscher Handwerkervereins vorgelesen, durchberathen und mit unwesentlichen Aenderungen auch für den hiesigen Verein angenommen. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes, und zwar wurden gewählt die Herren: Landrichter **Kolisch** (Vorsitzender), Apotheker **Jankowski** (Stellvertreter), Fabrikant **Contenius**, Fleischermeister **Wurst**, Buchhalter **Krüger** und Fabrikant **Bornhagen**. — Dieser Tage ist dem hiesigen Verbande der **Deutschen Reichsfechtschule** die Nachricht zugegangen, daß ihm eine Stelle im Waisenhause zu **Magdeburg**, welches am 1. April 1886 eröffnet werden wird, zur Besetzung übertragen worden ist.

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 18. Februar. Die heutige Sitzung nahm einen überraschenden Verlauf, denn es sprachen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht über die letztjährige Ausführung des Socialistengesetzes, nur socialdemokratische Abgeordnete und der Minister v. Puttkamer. Abg. Viereck gab einen interessanten historischen Rückblick über das Socialistengesetz und behauptete dabei u. A., daß der Reichskanzler bereits 1874 beabsichtigte, dasselbe zu erlassen und nicht erst nach den Attentaten. Die Herren Singer und Frohme besprachen die Versammlungsverbote, die Ausweisungen u. s. w. im Wesentlichen in der von früheren Jahren gewohnten Art und führten eine Reihe besonders eclatanter Fälle polizeilicher Maßregelungen an, darunter auch die Frankfurter Friedhofsaffaire. Herr Singer führte einen Fall an, wo ein Polizeispion unter falschem Namen sich in einen Arbeiter-Bezirksverein eingeschlichen und dort Zwecks Herbeischaffung von Belastungsmaterial zu Attentaten und Verbrechen gerathen haben soll. Minister v. Puttkamer nahm wie immer die Polizeibeamten in Schutz, lehnte die Verantwortlichkeit für vorgekommene Mißgriffe ab und protestirte lebhaft dagegen, daß man die Regierung einer Schandthat, wie der vom Abg. Singer behaupteten, für fähig halte. Die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes, die darnach folgte, wurde eingeleitet durch eine kurze, kernige Rede des Volksparteilers Mayer, der sich gegen die Verlängerung aussprach und forderte, daß man nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für Alle" auf den Boden des allgemeinen Rechts zurückkehre. Ihm folgte der Abg. Bebel, der in gewohnter ruhiger und schneidiger Weise die Wirkungen des Socialistengesetzes geißelte und in ironischer Weise das Verhalten der Nationalliberalen in Bezug auf das Gesetz kennzeichnete. Er schloß mit großem Pathos: „Sie wollen uns vernichten, wir aber werden Sie besiegen!" Die Weiterberathung findet morgen statt.

49. Sitzung vom 18. Februar.

12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. **Bötticher**, v. **Puttkamer**.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Verlängerung des Socialistengesetzes**, in Verbindung mit der Berathung der Darlegung über die von der preußischen, sächsischen und hamburgischen Regierung auf Grund jenes Gesetzes getroffenen Anordnungen (den sogen. kleinen Belagerungszustand).

Abg. **Hasenclever** beantragt die Trennung der Debatten, weil sonst die Socialdemokraten in ihren Reden verkürzt würden.

Die Abgg. **Richter**, **Windthorst** und **Marquardsen** erkannten es als zweckmäßig an, daß man erst über den Bericht discutire, dann über die Verlängerung des Gesetzes. Trotzdem die Abgg. **von Helldorff** und **von Maltzahn-Gültz** für die vereinigte Discussion sich aussprachen, entschied sich das Haus gegen die Stimmen der Reichspartei und der Deutschconservativen für die Trennung der Debatte.

In der Berathung des Berichts erhielt zuerst das Wort

Abg. **Viereck**, welcher ausführte, daß der Belagerungszustand eine französische Erfindung sei. Der Reichskanzler gehe von dem Grundsatze aus: Wer nicht für mich ist, ist wider mich, wer wider ihn ist, gilt als Reichsfeind, dem gegenüber keine Rücksicht geübt zu werden braucht. Die ganze innere Politik des Reichskanzlers bilde eine Illustration zu diesem Satze. Ausnahmemaßregeln gegen die Reichsfeinde seien an der Tagesordnung. Das Jesuitengesetz, der Culturkampf, in welchem jetzt die Regierung einen unrühmlichen Bußgang nach Canossa angetreten, hat endlich die Socialdemokratenhetze herbeigeführt. Weil alle Versuche, auf die Socialdemokraten einen Einfluß zu gewinnen, scheiterten, deshalb wurde der Kampf gegen dieselbe begonnen. Die Berichte der Polizeispione gaben den Behörden Mittel in die Hand, gegen Vereine u. s. w. einzuschreiten. Die Folge war, daß die Zahl der socialdemokratischen Stimmen sich bedeutend vermehrte. Der Schrecken darüber, daß 1877 zwei Socialdemokraten in Berlin gewählt wurden, die socialistischen Demonstrationen bei den Begräbnissen der Genossen Heinz und Deutler haben wohl den ersten Gedanken zu dem Ausnahmegesetz angeregt, der nach den Attentaten Hödel's und Nobiling's zur Ausführung kam. Durch den Umfall der Nationalliberalen kam das Gesetz zu Stande. Man ging dann daran, die „sociale Frage" zu lösen, freilich nicht die des armen Mannes, sondern die der Großindustriellen und Großgrundbesitzer. Unter dem Schutz des Socialistengesetzes konnte dir Schmach der Stöcker'schen Judenhetze sich hervorwagen, sonst wäre sie nicht möglich geworden. Jetzt ist die Polenhetze an der Tagesordnung. Die Ausweisungen sind noch stärker gewesen, als bei den Socialdemokraten. Mit der Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes hänge das Branntweinmonopol zusammen. Durch das Socialistengesetz solle nur die Opposition gegen das Branntweinmonopol, welche in den Arbeiterkreisen am stärksten sei, geschwächt werden. (Präsident v. **Wedell** ruft den Redner zur Sache!) Wenn die Socialdemokraten den Ausspruch des Reichskanzlers, er wolle das Deutsche Reich gegen den Willen der Mehrheiten retten, für sich anwenden wollten, dann hätten sie ein umstürzlerisches Programm, aber sie seien keine Umstürzler, sie hofften vielmehr, daß das Uebermaß der capitalistischen Production schließlich zur Aenderung der Productionsverhältnisse im socialistischen Sinne führen werde. Die deutschen Socialdemokraten hätten niemals sich zu solchen ungesetzlichen Schriten hinreißen lassen, wie dies in London, zu Decazeville, in Frankreich u. s. w. geschehen sei. Das einzige Vorkommniß, welches einer Ausschreitung ähnlich sah, die Unruhen in Bielefeld, sei kein Ausfluß der socialdemokratischen Agitation gewesen. Unter den Verhafteten habe sich keiner der Arbeiter aus der Fabrik von Koch befunden, welche wegen Lohnstreitigkeiten gestrikt hätten. Die Verhängung des großen Belagerungszustandes über Bielefeld müsse vom Reichstage gemißbilligt werden, da diese Maßregel nicht der Competenz der Einzelstaaten, sondern nur des Reiches unterliege. Das Fortschreiten der Fachvereine biete keinen Anlaß zu Ausnahmemaßregeln. Man müsse doch den Arbeitern ebenso gut wie anderen Bevölkerungsklassen die Vertretung ihrer wirthschaftlichen Interessen gestatten. Der „Socialdemokrat" werde wiederum als Grund angeführt. Man könne doch nicht verlangen, daß ein im Auslande erscheinendes Blatt etwa Artikel wie die „Nordd. Allg. Ztg." bringe. Die Anarchisten seien nur ein Product des Ausnahmegesetzes, welches in Berlin und Leipzig nur dazu beigetragen habe, die Zahl der socialdemokratischen Stmmen zu vermehren. Redner schilderte dann die Ausweisungsmaßregeln, welche die socialdemokratischen Abgeordneten, speciell auch ihn, betroffen haben. Den Polizeibeamten sei es selbst unangenehm, an der Handhabung solcher Gesetze mitzuwirken. In Leipzig habe sich ein Polizeibeamter das Leben genommen, weil er nicht mehr die Härten der Ausnahmegesetze habe verautworten wollen. Gegen das Comité, welches in dem Leipziger Formerstrike fungirt habe, sei man auf Grund des Vereinsgesetzes vorgegangen, indem man es als einen politischen Verein bezeichnet habe.

Abg. **Frohme** kam auf die vorjährige Debatte zurück, in welcher namentlich gegen einen Polizeicommissar in Altona schlimmste Vorwürfe erhoben worden wären. Wegen des unerhörten Vorgehens dieses Commissars gegen die Socialisten habe man den Staatsanwalt zur Anklageerhebung aufgefordert. Derselbe habe aber diesen Antrag abgelehnt, weil die angegebenen Zeugen Socialdemokraten seien, die event. auch im Interesse der Partei einen Meineid zu leisten bereit wären, wie es in dem „Socialdemokraten" ausgesprochen sei. In diesem Falle habe sich die Justiz zur feilen Dirne der Polizei erniedrigt. (Präsident von Franckenstein ruft den Redner zur Ordnung!) Redner brachte dann noch mehrere Fälle von Mißbrauch der Amtsgewalt gegen Socialisten zur Sprache, die sich in Hanau und in Hamburg zugetragen haben sollen. Die brutalen Angriffe der Polizisten auf dem Friedhofe in Frankfurt a. M. seien eine Consequenz des Puttkamer'schen Systems; niemals habe Herr v. Puttkamer Mißbräuche und Ausschreitungen der Beamten getadelt, sondern sie stets schneidig vertheidigt. Deshalb hätten die Polizisten geglaubt, es sei ihnen Alles erlaubt. Wenn die Menschen auf dem Friedhofe sich zur Wehre gesetzt hätten, dann hätte man daraus sicherlich ein Argument für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Frankfurt am Main entnommen. Die Motive, welche der Bericht für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes anführe, widersprächen einander. In Hamburg rühme man, daß die Maßregel zur Verminderung der Gewerkschaftsbewegung geführt habe, in Berlin führe man die Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung als Grund für die Maßregel an. Auch die Wahlthätigkeit der Socialdemokraten führe man als Grund an, trotzdem doch die berechtigten Bestrebungen der Socialisten nicht unterdrückt werden sollten. Alles, was man den Socialdemokraten an Aufhetzung der einzelnen Bevölkerungsklassen u. s. w. vorwerfe, reiche lange nicht an die frivolen Hetzereien der Stöcker'schen antisemitischen Presse u. s. w. heran. (Präsident **von Franckenstein** ruft den Redner zur Ordnung, weil er die Bezeichnung frivol auf einen Abgeordneten angewendet habe.) Nicht aus freiem Willen, sondern der Noth gehorchend, habe man die Socialreform begonnen. Das Volk werde aber eine Socialreform aus Furcht nicht billigen, es fordere eine Reform aus Erkenntniß der unhaltbaren Zustände. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister v. **Puttkamer**: Der Abg. Frohme macht mich verantwortlich für alle Ausschreitungen von Polizeibeamten. Ich habe aber nie, wie er behauptet, den Amtsmißbrauch in Schutz genommen. Ich habe es nur stets für meine Pflicht gehalten, bisher untadelhafte Beamte so lange gegen schnöde Angriffe zu schützen, bis man mich von der wirklichen Schuld dieser Beamten überzeugt. Wie würde denn sonst auch unter den jetzigen Verhältnissen überhaupt noch die Staatsordnung bestehen können? Wenn man, ohne Beweise zu haben, durch beliebige Anschuldigungen den Zorn der Massen gegen ganze Beamtenklassen, z. B. gegen die Polizei aufstachelt, dann trägt das so blutige Früchte, wie die Ermordung des Polizeiraths Rumpff. Auch die Ausführungen des Abg. Frohme sind deshalb, wenn er keine Belege bringt, unqualificirbar und gemeingefährlich. Ueber die Frankfurter Friedhofsangelegenheit kann ich ein abschließendes Urtheil noch nicht aufstellen: der Beamte, dessen Schuld oder Nichtschuld wesentlich in Frage ist, unterliegt zur Zeit noch der criminalgerichtlichen Untersuchung; im März wird erst Termin sein. Der Vorfall ist allerdings überaus traurig, und es ist charakteristisch für die socialdemokratische Partei, daß man hier wie in anderen Fällen Leichenbegängnisse benutzt hat zu politischen Demonstrationen. Der Ernst des Todes sollte doch davon abhalten. Sie klammern sich aber an jeden Strohhalm, um Ihre Agitation zu machen. Man hatte also bei Gelegenheit des Begräbnisses eines Socialdemokraten die übliche Massendemonstration inscenirt mit rothen Schleifen, Kränzen u. s. w. Ich allerdings würde als Polizeipräsident ganz anders gehandelt haben; ich würde die ganze Geschichte einfach verboten haben, was vollkommen berechtigt gewesen wäre, nicht nur auf Grund des Socialistengesetzes, sondern auf Grund des Vereinsgesetzes, wonach Versammlungen unter freiem Himmel der polizeilichen Genehmigung unterliegen und verboten sind, wenn Gefahr für Ruhe und Ordnung zu befürchten ist. Letzteres ist aber stets der Fall bei socialdemokratischen Massendemonstrationen. Ich habe deshalb auch gesagt, daß in Berlin prophylaktisch solche Dinge verboten sind, und das mit dem besten Erfolge. Massendemonstrationen gehören nicht an den Rand eines offenen Grabes; Sie haben ja Gelegenheit genug, Ihre Ansicht auf andere Weise zu äußern. (Ruf: Wo denn?) In Versammlungen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Hier in Berlin sind allwöchentlich große socialdemokratische Versammlungen, die nicht verboten werden. Ich weise also das Vorgehen des Abg. Frohme, der, bevor der Richter sich ausgesprochen hat, hier auf einen bisher unbescholtenen Beamten eine Summe von Anschuldigungen häuft, im Interesse der öffentlichen Ordnung zurück. Ich werde auch künftig jeden Beamten in Schutz nehmen, so lange seine Schuld nicht erwiesen ist. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer**: Daß die Socialdemokraten gezwungen sind, selbst so ernste Vorkommnisse, wie Leichenbegängnisse, zur politischen Agitation zu benutzen, verdanken sie gerade Herrn von Puttkamer selbst, der es ihnen durch seine Maßregeln unmöglich gemacht hat, sich bei anderen Gelegenheiten nach Wunsch und Bedürfniß zu vereinigen. In dem uns vorgelegten Bericht heißt es, die socialdemkoratischen Agitatoren fänden bei den Wahlen stets so viel Gelegenheit, den Saamen ihrer Agitation unter die Arbeitermassen zu streuen, daß derselbe sich auch für die Folgezeit noch in Vereinen und Versammlungen fortpflanze. Hiermit motivirt die Regierung die von ihr angeordneten zahlreichen Verbote und Auflösungen von angeblich gemeingefährlichen Versammlungen. Auf der Tagesordnung dieser Versammlungen standen aber Themata, wie Getreidezölle, Colonien, die Errichtung neuer Sanitätswachen, die Frage der Sonntagsruhe, die Landtagswahlen, die allgemeine Situation und ähnliches. Ist die Erörterung eines dieser Stoffe gemeingefährlich? Das Gefährliche am ganzen System Puttkamer ist gerade, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, daß die socialdemokratischen Versammlungen anders behandelt werden, als die übrigen. Es herrscht in Bezug auf Versammlungsauflösuugen und Verbote eine erorbitante Willkür, die verübt wird unter dem Deckmantel des Socialistengesetzes, ohne daß man nachzuweisen braucht, ob dies Gesetz im einzelnen Falle wirklich nach der Absicht der Gesetzgeber angewendet war. Der Bericht weist auf die loyale Handhabung des Gesetzes bei den Ausweisungen hin. Ich erinnere an den bekannten Fall des ausgewiesenen Apothekers Vogel, dem erst vom Polizeipräsidenten und dann vom Minister von Puttkamer ein eintägiger Aufenthalt in Berlin verweigert wurde. Dies geschah, obgleich Vogel bereits fünf Jahre fern von Berlin gelebt hatte, und obgleich der Aufenthalt zum Zweck der Einkassirung alter Schulden erbeten war, die für den durch die Ausweisung in seiner Vermögenslage zurückgekommenen Vogel eine Lebensfrage war. Ein Arbeiter Müller in Berlin erschien der Polizei auf Grund anonymer Denunciationen verdächtig, ein Socialdemokrat zu sein. Jeden Tag erschien ein Polizist auf der Arbeitsstätte, bis Müller schließlich von seinem Arbeitgeber, der nicht mehr von der Polizei belästigt sein wollte, entlassen und brotlos wurde. Ein ganz ähnlicher Fall ist in Kiel vorgekommen. Der Bericht weist ferner darauf hin, daß unter der socialdemokratischen Bevölkerung die Neigung zu Excessen im Steigen begriffen sei. Thatsächlich werden die Excesse aber von anderer Seite provocirt. Denken Sie an den bekannten Vorfall, wo tausende von Berliner Parteigenossen mit Frauen und Kindern harmlos bei Gelegenheit einer Landpartie im Freien versammelt waren, als 20 Gendarmen plötzlich mitten in die Versammlung hineinsprengten, offenbar in der Absicht, einen Exceß zu provociren. Nur die von meinen Parteigenossen bewährte Ruhe und der feste Wille, sich das Fest nicht stören zu lassen, haben bewirkt, daß ein beklagenswerthes Vorkommniß vermieden wurde. Gerade wir Führer der socialdemokratischen Bewegung sind am eifrigsten bemüht, dafür zu sorgen, daß in unseren Arbeiter-Versammlungen Excesse niemals stattfinden, denn solche würden zu Consequenzen führen, die für die friedliche Gestaltung der Dinge verhängnißvoll werden könnten. Redner behauptet ferner, daß durch die Schrift eines Schweizer Staatsanwalts erwiesen sei, daß deutsche Polizei-Agenten in der Schweiz als Agents provocateurs die Sache der Anarchisten ermuthigten. Aber auch in Berlin kommen solche Dinge vor. In einen hiesigen Arbeiter-Bezirksverein ließ sich ein Mann aufnehmen, der sich Mahlow nannte, sich gleich am Anfang als sehr eifriger Parteigenosse gerirte, bald aber weiter ging und es in seinen Aufforderungen zu Gewaltthaten, die er an die Vereinsgenossen richtete, immer ärger und ärger trieb. (Redner führt aus solchen Aeußerungen dieser Person Details an, die den Unwillen des Hauses erregen und den **Präsidenten** zur Unterbrechung des Redners veranlassen, da durch dergleichen Dinge die Gefühle des Hauses verletzt würden.) Dieser angebliche Mahlow sagte u. a. noch zu einem Vereinsmitgliede, man möge doch nicht hinter den russischen Nihilisten zurückstehen, da sich die Weltgeschichte, die bisher immer von oben gemacht sei, auch von unten machen lasse, und Rußland bereits von den Nihilisten beherrscht werde. Er sagte ferner, die Socialreform helfe nichts; das einzige Mittel sei die Gewalt. Er beschäftigte sich auch mit der Organisirung eines Clubs, in dem er Vorträge hielt über Verbesserungen in der Anwendung von Dynamit; er brachte auch mehrmals Proben von Dynamit mit, zeigte sie umher und suchte mehrere Vereinsmitglieder zu überreden, sie sollten von ihm angefertigte Dynamitbomben, die er das nächste Mal mitbringen wolle, an sich nehmen und verwenden. (Hört! Hört!) Das wurde den besonnenen Arbeitern doch zu arg. Man forschte dem Gebahren des Mahlow nach, und eines Tages kam der Mann denn auch mit seiner eigentlichen Tendenz heraus, indem er ein Vereinsmitglied aufforderte, doch gleich in die Dienste der politischen Abtheilung des Polizeipräsidiums zu treten; mit ehrlicher Arbeit komme man doch nicht weiter; es sei ja gleichgiltig, ob ein Spitzel mehr oder weniger vorhanden sei; das sogenannte gute Gewissen möge man ruhig bei Seite werfen. Der betreffende Arbeiter ging denn auch scheinbar auf das Ansinnen ein, worauf ihm denn Mahlow sagte: „Strebe mit mir dahin, die Leute zu einem Club zu organisiren, damit wir dann das ganze Nest auf einmal aufheben können, denn wir brauchen Material zur Verlängerung des Socialistengesetzes." Er schrieb dem Arbeiter auch einen Brief des Inhalts: „Lieber Freund, wie ich aus Deinem Briefe sehe, hat sich Dein Nasenbluten wieder eingestellt; kaufe Dir deshalb für 10 Pf. Eisenchlorid und bestreiche damit den oberen Theil; damit ist das Uebel beseitigt."

Als der Arbeiter darauf den Brief auf der oberen Seite mit Eisenchlorid bestrichen hatte, kamen die Worte zum Vorschein: „Ich erwarte Dich um die und die Zeit an dem und dem Ort." Die Entlarvung des Mahlow fand demnächst statt. Er entpuppte sich thatsächlich als Beamter der politischen Polizei Namens Ihring, wohnhaft Gollnowstraße 36. (Lebhafte Bewegung.) In der betreffenden Sitzung des Bezirksvereins, der ich selber beiwohnte, wurde der Mann in ziemlich unsanfter Weise aus dem Local entfernt. Er legitimirte sich auch dem überwachenden Polizeibeamten, in dessen Schutz er sich begab, durch seine Marke als Beamter der politischen Polizei. (Abg. **Richter**: Das ist stark! pflichtgetreue Beamte, Herr von Puttkammer!) Ich klage meinerseits die Regierung vor dem Lande an, solche Zustände, die durch eine ihr untergeordnete Behörde, das Berliner Polizei-Präsidium, veranlaßt sind, geduldet zu haben. Welches Elend wäre über Berlin hereingebrochen, wenn jener verruchte Mann wirklich zu einem Attentat veranlaßt hätte! Die Regierung kann die Verantwortung für jene Dinge nicht von sich abwälzen, sie kann namentlich, nachdem solche Dinge vorgekommen sind, nicht mehr die Verlängerung des Socialistengesetzes vor dem Hause motiviren. Einer solchen Verlängerung sehen wir übrigens mit Ruhe entgegen. Wir lassen uns durch solche Maßregeln nicht um Zolles Breite von unserem Standtpunkte abdrängen. Ich constatire für heute nur vor dem Lande und der Welt, daß die deutsche Socialdemokratie selbst in der schlimmsten Zeit der Bedrückung nichts gethan hat, wodurch irgend welche Ausnahmemaßregel gegen sie mit Fug und Recht motivirt werden könnte. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister v. **Puttkamer**: Ich bin allerdings mit großem Actenmaterial versehen, aber es ist doch nicht möglich, von mir zu verlangen, daß ich auf jeden unerwarteten Ueberfall hier vorbereitet sein soll. (Oho! und Lachen links und bei den Socialdemokraten, lebhafte Zustimmung rechts.) Herr Singer konnte sich ja zu mir bemühen und mir die Sache erzählen, dann hätte ich ihm hier Rede stehen können. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich gehe zunächst über zu dem Fall Vogel. Wenn gegen ihn nichts weiter vorgelegen hätte, als daß er auf Grund des Socialistengesetzes von hier hat ausgewiesen werden müssen, so würde ich auf eine in angemessener Form an mich gerichtete Bitte wohl den Herrn Polizeipräsidenten angewiesen haben, daß er ihm einen eintägigen Aufenthalt gestatte. Hier liegt aber die Sache so: wie Herr Singer angeführt hat, ist dem Herrn Vogel schon früher einmal ein solcher Urlaub gewährt worden zur Regulirung von Privatangelegenheiten. Diesen Urlaub hat der Herr dazu verwendet, aufs neue Agitationen anzustellen. (Hört! hört! rechts.) Deshalb ist ihm der zweite versagt worden. Sodann hat Herr Singer gemeint, daß in dem Berichte des schweizerischen General-Staatsanwalts Müller betreffs der anarchistischen Umtriebe die Behauptung stehen soll, daß der Anarchismus in der Schweiz durch die preußische Regierung angezettelt sein soll. Ich habe den 2-—300 Seiten starken Bericht gelesen, und wenn ich auch nicht in der Lage bin, augenblicklich über den Inhalt Rechenschaft zu geben, so kann ich doch sagen, daß auch nicht die Spur einer solchen Andeutung darin enthalten ist. Mit dem von ihm so harmlos hingestellten Ausfluge in die Umgegend von Berlin hat es seine eigenthümliche Bewandtniß. Ich will Ihnen den ganzen Bericht darüber nicht vorlesen, aber doch die Stelle über den nach der Meinung des Herrn Singer charakteristischen Punkt, daß 20 Gendarmen ganz unmotivirt in die friedliche Volksmenge hineingeritten seien, und daß es nur dem besonnenen Eingreifen des Herrn Singer gelungen sein soll, blutige Scenen zu vermeiden. (Heiterkeit rechts.) Davon will ich gar nicht sprechen, daß die Arbeiter ausgezogen sind mit rothen Fahnen unter Absingung der Arbeiter-Marseillaise, und daß sie in dem königlichen Forst Unfug verübt haben, das sind dabei Nebensachen. Die Hauptscene war folgende: Man hatte auf einem hohen Baume, an einem hervorragenden Orte eine rothe Fahne, wie ich annehme, als Symbol der Revolution aufgerichtet, und ein Herr Kreutz hielt dabei eine Ansprache, in der es hieß: „Genossen, der heutige Tag zeigt uns, daß wir stark sind. Diese Fahne ist unser Zeichen! Heute ist der Todestag Lassalle's! haltet fest zur Fahne! Die Socialdemokratie lebe hoch!" Darauf sind einige Gendarmen, vier nur, hinzugeritten und haben den Versuch gemacht, die Fahne zu entfernen. Ich glaube, das ist doch ein sehr berechtigter Gedanke (sehr gut! rechts), denn eine rothe Fahne, an einer solchen Stelle aufgerichtet, pflegt man doch bei uns, Gott sei Dank, als ein Zeichen der Revolution und des Aufruhrs zu betrachten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch der Socialdemokraten.) Da schaarten sich die Leute um das rothe Banner zusammen, nahmen eine drohende Stellung an, indem sie leere Bierflaschen und Seidel erhoben und riefen: „Blut muß fließen!" (Schallendes Gelächter links; Unruhe rechts.) „Reißt die Söldlinge herunter von den Pferden." (Rufe links: hu! hu! Heiterkeit.) „In Frankfurt sind wir unterlegen, in Berlin bleiben wir Sieger!" Eine nette harmlose friedliche Versammlung! (Heiterkeit.) Die Gendarmen haben der Uebermacht weichen müssen. (Abg. **Hasenclever** ruft: Wer hat denn aber den Bericht gemacht? Spitzelbericht.) Ich will übrigens dem Herrn Singer bestätigen, daß er bemüht gewesen ist um einen friedlichen Ausgang der Sache. Ich möchte ihn doch aber bitten, nicht auf Grund einer einseitigen Darstellung den Versuch zu machen, die Vorgänge anders zu schildern (Lachen bei den Socialdemokraten. Rufe: Auch einseitiger Bericht), und einen Bericht zu geben, welcher nur darauf berechnet ist, unvorbereiteter Weise mich hier in Verlegenheit zu setzen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Lachen links.) Nun komme ich auf Herrn Mahlow. Ich habe nicht die Ehre, den Herrn zu kennen (Heiterkeit rechts), und bin in vollkommener Unkenntniß darüber, was er im Auftrage der Polizei gethan oder unterlassen hat. Der von Herrn Singer verfolgte Zweck ist ja ganz klar. Es soll der Verdacht erweckt werden, als wenn die Staatsregierung bestrebt wäre, durch agents provocateurs (Sehr wahr! links) Unruhe zu erregen, die sie nachher fructificiren könnte zur Verlängerung des Belagerungszustandes. (Abg. **Hasenclever**: Ja wohl, sehr wahr! Widerspruch rechts.) Ich erlaube mir, die Frage zu stellen, ob außer den Herren Socialdemokraten hier ein Mitglied ist, welches die Regierung einer solchen Schandthat fähig hält? (Lebhafte Zustimmung rechts. Lachen links.) Ich habe schon früher einmal dargethan, daß ich ein solches Verhalten als über die Grenze des Erlaubten weit hinausgehend halten würde. Ich kann es bis auf Weiteres nicht glauben, werde aber Untersuchung darüber anstellen lassen, und wenn es sich herausstellen sollte, daß in mißbräuchlicher Weise ein untergeordnetes Organ der Polizei sich erlaubt hat, auf die von Herrn Singer angedeutete Weise Unfug zu treiben, so würde ich dies mit den schärfsten Disciplinarmaßregeln ahnden. (Zustimmung rechts.) Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß sich die Polizei nicht eines Verbrechens bedienen darf, um ein Verbrechen zu erzeugen. Aber die Sache so darstellen, als ob hier kein Anarchist wäre, welcher polizeilicher Ueberwachung bedürfte, ist falsch. Ich kann und will keine Verpflichtung übernehmen, daß ich nicht unter Umständen eine geheime Beobachtung tolerire und auch an-

erdue; das will ich frei und offen sagen. (Beifall rechts.) Aber dagegen, daß man durch Anreizung zu Verbrechen Leute in Versuchung führt, etwas zu thun, was für die Pläne der Regierung von Vortheil sein könnte, muß ich mich verwahren. Führt Herr Singer objectiv den Beweis für seine Behauptung, dann würde ich nicht anstehen, die nöthige Remedur eintreten eintreten zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts. Vereinzeltes Zischen links.)

Nach einer längeren Polemik zwischen dem Minister von Puttkamer und den Abgg. Frohme, Heine und Singer erklärt der Präsident, daß durch die Vorlegung der Denkschrift den gesetzlichen Erfordernissen genügt ist.

Es folgt die Berathung der Vorlage, betreffend die Verlängerung des Socialistengeses bis zum 30. September 1891.

Abg. Mayer (Würtemberg): Die Volkspartei hat von jeher aus ihren demokratischen Parteiprogramm die Verpflichtung gefolgert, alle Ausnahmegesetze ohne Unterschied zu bekämpfen; sie hat daher gegen die Culturkampfgesetze, soweit solche dem Reichstage vorgelegt wurden, gegen den elsässischen Dictaturparagraphen und gegen das Socialistengesetz von 1878 gestimmt. Sie hat auch 1880 und 1884 der Verlängerung dieses Gesetzes ihre Zustimmung versagt und wird das auch diesmal wieder thun. Schon das Gesetz von 1878 war insofern ein Unglück, als es in eine Zeit fiel, wo gerade mannigfache Zeichen in der socialdemokratischen Bewegung darauf hindeuteten, daß sie aus ihrer Erbitterung und Verwirrung heraus sich auf den uns gemeinsamen Boden der constitutionellen Verhandlung sich begeben werde Dieser Fehler würde sich bei einer dritten Verlängerung verstärkt wiederholen; die Socialdemokratie betheiligt sich jetzt mehr und mehr praktisch an unseren gesetzgeberischen Arbeiten, wie die Initiativanträge ihrer Vertreter im Reichstage, das Arbeiterschutzgesetz u. a. ihr Verhalten in der Frage der Dampfersubvention, in der Frage des Nordostsee-Canals u. s. w. erweisen. Herr Liebknecht hat uns wiederholt versichert, daß die Socialdemokratie selbstverständlich nicht darauf ausgehe, die Wehrkraft des Vaterlandes zu schwächen. Wir würden diese in der Bildung begriffene Zustimmung zu den Grundlagen unseres Reichsrechts stören, wenn wir zum dritten Male das Gesetz bestätigten, welches so viel Klassenhaß hervorgerufen hat. Von dem Nothwehrrechte des Staates kann heute keine Rede mehr sein. Heute wäre dessen Anwendung nur noch eine Nothwehr ohne Noth. (Sehr gut! links.) Wir sind hier an der Arbeit, die socialen Schäden in ihren Ursachen und Folgen zu ergründen und durch die Gesetzgebung zu beseitigen; dazu bedürfen wir der Mitberathung gerade desjenigen Standes, dessen Verhältnisse den Hauptgegenstand der socialen Gesetzgebung bilden; die Verlängerung des Gesetzes würde ihm den Mund weiter verschlossen halten. Nur die wenigen Vertreter denen es gelingt, in diesen Saal einzudringen, würden sich geltend machen können, nicht aber die Tausende von Intelligenzen der Arbeiterklasse, die durch ihre Sachkenntniß und Erfahrung zur Mitarbeit in der Presse und in Volksversammlungen berufen sein werden. Ohne dies aber würde unsere Socialgesetzgebung auf eine Octroyirung hinauskommen, und noch immer ist octroyirten Gesetzen Unfruchtbarkeit beschieden gewesen Für fünf Jahre sollen wir dieses finstere, in einem freien Lande unerhörte Gesetz verlängern! Glaubt man etwa die socialdemokratischen Arbeiter würden sich mit der Zeit an dieses System der Rechtsverminderung und Polizeiwillkür gewöhnen? Dann kennen Sie diese Plebejer schlecht; sie sind Deutsche, sind die Söhne einer großen Nation. Deutsche Männer werden eine unwürdige Behandlung auf die Dauer nicht ertragen. (Zustimmung links.) Das Gesetz war ja auch, wie ich zu Gunsten seiner Urheber annehme, zuerst als ein Gesetz auf Zeit gedacht; heute sind Sie rathlos, wie Sie von dem Dinge wieder loskommen sollen. Der blindeste Hödur merkt aber jetzt, daß die Verlängerung bis 1891 mit einer Verewigung des Ausnahmezustandes gleichbedeutend wäre. Auf den Beifall des Volks für diese Maßregel kann sich die Regierung nicht stützen, im Volke haben diejenigen Klassen, die in der socialen Frage ein gutes Gewissen besitzen, auch vor den Socialisten keine Angst. Das Schlimmste, was allen diesen Ausnahmegesetzen anhaftet, ist der Charakter der Gewaltsamkeit. In den Polenausweisungen ist dieses gewaltsame Dreinfahren auf seinen Gipfel gelangt. Das deutsche Volk ist ein durch und durch humanes und kehrt sich mit Schaudern ab von dem, was die preußische Regierung in ihren polnischen Grenzländern vollzieht. Es giebt auch bei uns Bismarckschwärmer, namentlich unter der protestantischen Geistlichkeit, welche in diesen Maßregeln eine große und weise Staatskunst finden. Viele aber, die blindlings den großen Mann verehrten, sind jetzt stutzig geworden und geht es so fort, dann dürften auch seine treuesten Bekenner ihm untreu werden. Mit der kaiserlichen Botschaft zugleich hätte man das Socialistengesetz aufheben sollen, aber nachzuholen ist diese Versäumniß noch jeden Tag. Das Gesetz hat bereits die Furcht vor ferneren Attentaten überdauert, soll es auch noch die Regierung des ersten Kaisers, des Gründers des Reiches und der Reichsverfassung, überdauern? Ich bitte dringend alle Parteien des Hauses, lassen Sie uns so bald als möglich zurückkehren auf den Boden des allgemeinen Rechtes, den einzig sicheren Boden für die Zukunft unserer Nation! (Beifall links.)

Abg. Bebel: Ich hätte gewünscht, daß diese Berathung durch eine Rede des Herrn von Puttkamer eingeleitet worden wäre; denn bei dieser Vorlage kann er sich nicht entschuldigen, daß er nicht vorbereitet sei. Wenn er trotzdem verzichtet hat, so wird das im Gefühl der Schwäche seiner Argumente geschehen sein, und weil er weiß, daß auf die Mehrheit, welche für die Verlängerung dieses Gesetzes bereits vorhanden ist die Verhandlungen hier ohne Einfluß sind. Auffallend sind die Widersprüche, in welchen sich die Begründung bewegt. Auf der einen Seite wird zugegeben, daß das Gesetz nichts genützt hat, auf der andern Seite soll die Thatsache, daß ohne dieses Gesetz die Zustände noch viel schlimmer sein würden, schon Beweis genug für die Nothwendigkeit der Verlängerung sein. Die Regierung weiß sicher, daß ihr Vorschlag hochbedenklich ist, aber sie weiß nicht, was ohne dieses Gesetz anzufangen ist. Man sieht, daß alle Maßregeln fruchtlos gewesen sind, die socialistische Fluth einzudämmen. Es ist ganz unzweifelhaft, daß nur aus Angst die Regierung zu der Verlängerung geschritten ist; aber mit derselben wird weder für sie, noch für die herrschenden Klassen etwas erreicht. Wenn etwas dazu beigetragen hat, den Haß gegen die bestehenden Einrichtungen zu steigern und demoralisirend zu wirken, so ist es dieses Gesetz gewesen. Wie kann die Regierung verlangen, daß man an ihre Unparteilichkeit und Gerechtigkeit glauben soll, wenn große Klassen geächtet sind, und wenn die Willkür so offen zu Tage liegt, daß sie den Stoff zur Erbitterung und Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen immer mehr häuft. Herr von Puttkamer hat gesagt, er habe gar nicht Gelegenheit gehabt, die hier vorgebrachten Beschwerdefälle zu prüfen. Das ist gar nicht nöthig. Das Studium der Zeitungen sollte dem Minister schon beweisen, mit welcher Willkür in der Handhabung des Gesetzes vorgegangen wird. Die Sache liegt jetzt noch schlimmer, als in den ersten Jahren nach Erlaß des Gesetzes. Damals verbot man einfach alle unsere Versammlungen, und darin lag System. Die gegenwärtige milde Praxis ist weit schlimmer, denn sie macht die Massen aufmerksam auf die irreguläre Handhabung des Gesetzes. Es heißt in der Vorlage, daß die großen Massen noch heute einverstanden seien mit der Verlängerung des Ausnahmegesetzes. Mich würde es mit Genugthuung erfüllen, wenn es aus Anlaß dieses Gesetzes zu einer Auflösung des Reichstages käme. Die Neuwahlen würden denen eine arge Enttäuschung bringen, welche hoffen, daß die Mehrheit des Volkes für die Verlängerung stimmen werde. Man hat sich in weiten Kreisen von der Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit dieses Gesetzes überzeugt. Interessant würde mir besonders das Votum der Centrumswähler sein, die 14 Jahre lang unter dem Druck von Ausnahmegesetzen gelebt und dieselben aufs schärfste verurtheilt haben. Die Regierung hat auf das Anschwellen der socialdemokratischen Stimmen und auf die Ermordung des Polizeiraths Rumpff hingewiesen. Ich meine, wenn ein Moment das Gesetz als verfehltes hinstellt, so ist es der Ausfall der letzten Wahlen. Sie werden es erleben, daß die Zunahme sich auch bei den nächsten Wahlen bemerklich macht. Man weist weiter auf die zunehmende Verbreitung socialdemokratischer Schriften hin. Ich habe früher bereits gesagt, daß gerade unter dem Ausnahmegesetz die verbotenen Schriften an Anziehungskraft gewinnen werden. Der „Socialdemokrat“ hat gerade in den letzten Jahren bedeutend an Ausbreitung gewonnen. Es wird den Behörden auch schwer, socialdemokratische Schriften und Zeitungen abzufangen, weil mit den Jahren auch Organisation der Schriftenversendung geschickter eingerichtet ist. Jetzt ist sie der Art, daß jedes Quantum verbotener Schriften eingeführt werden kann. (Hört! hört!) Das sollte Ihre Meinung in Betreff der Haltbarkeit des Socialistengesetzes erschüttern. Die Fachvereine sollen denn noch der socialdemokratischen Bewegung dienen. Man hat dieselben 1878 aufgelöst. Es hat jahrelang gedauert, bis dieselben sich wieder organisirt, weil die Männer an ihrer Spitze zum großen Theil auswandern mußten. Jetzt sind dieselben ersetzt worden, und ich wundere mich, weshalb, wenn man sich von der socialdemokratischen Tendenz der Fachvereine überzeugt hat, man nicht bereits wieder zu einem Verbot derselben geschritten ist. Das ist wohl in einzelnen Fällen geschehen, aber man hält es doch wohl für bedenklich, in der alten Weise gegen die Vereine einzuschreiten. Ich meine allerdings, auch wenn eine Organisation nutzbringend ist, so ist es die der Fachvereine, deren Aufgabe in der Errichtung von Krankenkassen, in der gewerblichen Fortbildung der Genossen und allerdings auch in dem Kampf gegen die Unternehmerklasse besteht. Es ist freilich eine Thatsache, daß eine große Anzahl von Mitgliedern der Fachvereine Socialdemokraten sind, aber doch nur aus dem Grunde, weil das Nachdenken über die wirthschaftlichen Zustände jeden Arbeiter zum Socialdemokraten machen muß. Auch der Anarchismus soll eine bedeutende Ausdehnung gewonnen haben. 4500 Nummern der „Freiheit“ sollen allein nach Deutschland und Oesterreich gehen. Auch der Anarchismus ist durch das Socialistengesetz gefördert, die Väter desselben sind die moralischen Mörder Rumpff's. Ohne jenes Gesetz wäre auch die „Freiheit“ nicht, und Hans Most wäre in Deutschland und säße in unserer Mitte oder im Gefängniß, wo er ja früher bereits den größten Theil seiner Zeit verbrachte. (Heiterkeit.) Der Minister verlangt Beweise dafür, daß die preußische Polizei agents provocateurs unterstützt. Ich bin überrascht, daß eine solche Forderung gestellt wird. Bisher hat meine Partei noch keinen Polizeispion genannt, der nicht auch Anarchist gewesen wäre. Ich erinnere an Neumann, der hier in Berlin die „Freiheit“ mit Erlaubniß des Polizeipräsidiums colportirte und dann nach London in die Expediton derselben ging, bis er als Spion entlarvt wurde. Ich erinnere an Wolff, der notorisch mit der Polizei in Verbindung stand und von hier aus Correspondenzen für die „Freiheit“ schrieb, in der er die parlamentarische Socialdemokratie mit Hohn überschüttete. Ich nenne endlich noch den sächsischen Polizeispion Schmidt, der in der Schweiz bemüht war, einen Attentatsfonds zu gründen, den aus Berlin ausgewiesenen Friedemann, der in Zürich im anarchistischen Sinne thätig war. In dem Berichte des Schweizer Generalstaatsanwalts wird Weiß als preußischer Spion verzeichnet. Ich sehe den Herrn Minister suchen. Die Bemerkung steht auf Seite 112. (Heiterkeit.) Die Untersuchung in der Schweiz ist veranlaßt durch die Thatsache, daß der Bundes palast solle in die Luft gesprengt werden. Diese Drohung schien umsomehr Hintergrund zu haben, als in der Schweiz anarchistische Elemente vorhanden sind Es wurde nun eine gründliche Untersuchung angestellt, welche ergab, daß die Briefe von einem Friseur Huff sind, der in der Schweiz als agent provocateur gilt, wenn er auch im Bericht nicht als solcher bezeichnet wird. Der Bundesanwalt nun kommt zu einem ganz anderen Resultat, als es hier von uns vorgeführt wird. Er stellt die ganze anarchistische Bewegung in der Schweiz hin als das Werk auswärtiger Emissäre. Der bundesstaatsanwaltliche Bericht verwirft dann die Einführung eines Ausnahmegesetzes in der Schweiz als eine Gefahr für den Staat. Ein solches Ausnahmegesetz würde die Zahl der Socialdemokraten nur vermehren. In Deutschland würde ein Staatsanwalt schwerlich ein so objectives Urtheil abgeben. Wie unendlich groß steht das Verfahren der Schweizer Behörden da gegen fremde Ausländer, und wie erbärmlich klein das Deutsche Reich! (Präsident v. Wedell ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung. Beifall rechts.) Ihr Beifall ändert nichts an der Thatsache. Nach den früheren Aeußerungen des Reichskanzlers hätte man diese Vorlage nicht erwartet. Er wollte es ja der Socialdemokratie ermöglicht wissen, ihr Programm vor aller Welt zu entwickeln, und 1884 sagte auch Herr v. Puttkamer, wenn erst die Welt das wahre Angesicht der Socialdemokratie zu sehen bekäme, würde sie erschrecken. Wie paßt dazu dieses Gesetz? Von den Parteien dieses Hauses werden zwei unbedingt für die Verlängerung des Socialistengesetzes eintreten: die Rechte und die Nationalliberalen. Diese haben bei den letzten Wahlen in den verschiedensten Wahlkreisen um unsere Stimmen gebuhlt. (Hört! Hört! links.) Unser College von Fischer (Heiterkeit links) that dies in München in dem Wahlkreise, wo sich die Nationalliberalen und das Centrum gegenüberstanden. Er sprach in einer Versammlung die Meinung aus, daß das Socialistengesetz schließlich überflüssig sein werde, daß das Anwachsen der socialdemokratischen Abgeordneten keineswegs ein Beweis für die zunehmende Gefährlichkeit der Partei sei. Die Socialdemokraten seien gar nicht so schlimm, wie sie dargestellt würden. Er erinnere sich, wie er in seiner Jugendzeit, als er ins politische Leben eintrat, hingestellt worden sei, und wie stehe er jetzt da? (Große Heiterkeit links.) Er habe sich garnicht geändert, nur die Verhältnisse. (Erneute Heiterkeit.) Zum Schluß sagte Herr von Fischer: „Stimmen Sie nie für einen Ultramontanen, treten Sie dem frechen Ultramontanismus entgegen.“ Deutlicher kann man sich nicht an die Socialdemokraten wenden, als es damals geschehen ist. Was in Köln, wo die Socialdemokraten 3—4000 Stimmen zu vergeben hatten, ein angeblicher Socialdemokrat in einer Versammlung erklärte, seine Partei würde für den nationalliberalen Candidaten stimmen, stimmte die „Köln. Zeitung“ einen wahren Dithyrambus an, die Zunahme der socialdemokratischen Abgeordneten seien durchaus kein Unglück, die Revolutionäre in dieser Partei bildeten die verschwindende Minorität, die Socialdemokraten seien gar nicht die schlimmsten Feinde des Staats und der Gesellschaft. Wie will man dann aber ein solches Ausnahmegesetz rechtfertigen? Von demselben Blatte wurde auch der Socialdemokrat für weniger gefährlich erklärt, als ein Demokrat, wie Sonnemann, oder als ein Welf, wie Brühl in Hannover. Von diesem, von der Regierung inspirirten Blatt wurden also diese drei Parteien für gefährlicher erklärt, als die Socialdemokraten. (Abg. Windthorst: hört! hört!) Das Centrum wird auch diesmal den Ausschlag geben. Es wird zweifellos auch diesmal der Regierung Heeresfolge leisten. (Abg. Rake: warum?) Ich freue mich, daß Sie es nicht thun wollen, es werden genau soviel dafür stimmen, als nothwendig ist, daß das Socialistengesetz angenommen wird. (Heiterkeit.) Das entspricht ganz der Natur des Centrums. Es ist durchaus nicht demokratisch, sondern conservativ. (Abg. Windthorst: Sehr richtig!) Es sind sogar viele Reactionäre darunter. Dann die hochadligen Herren, die Geistlichen, welche immer für die Erhaltung des bestehenden Zustandes eintreten, die Bourgeois. Die Herren im Rheinland und Westfalen werden nicht für das Gesetz stimmen, um es nicht mit den industriellen Arbeitern zu verderben, die politisch gebildeter sind, als die schlesischen Bauern und die Ost- und Westpreußen. Dann bestimmt sie auch der gegenwärtige Stand des Culturkampfes, nicht mehr so feindselig wie früher gegen die Regierung zu sein. Ich habe schon 1872 bei Berathung des Jesuitengesetzes vorausgesagt, daß sich doch schließlich Staat und Kirche als alte Verbündete in die Arme sinken würden. Ich mache dem Centrum keinen Vorwurf, aber den Wählern möchte ich jede Täuschung über die Stellung des Centrums benehmen. Wenn man für die Verlängerung des Gesetzes anführt, daß unter demselben sich unsere Tactik verändert hätte, so ist das ein Irrthum. Wir haben keineswegs dem Drängen unserer Wähler nachgegeben, wir haben unsere Taktik niemals geändert. Von 1867 bis jetzt haben wir eine große Reihe von Anträgen gestellt, und wenn deren Zahl jetzt zugenommen hat, so geschah das, weil wir selbstständig Anträge stellen konnten. Es giebt in unserer Parei sogar Elemente, welche glauben, daß wir bereits zu viel geleistet haben; daher die Differenz in unserer Fraction anläßlich der Dampfersubvention. Vor zwei Jahren hat man nur eine Verlängerung des Gesetzes auf zwei Jahre beantragt, jetzt auf fünf Jahre ohne weitere Begründung. Damals geschah dies mit Rücksicht auf eine Veränderung in der Spitze des Staates. Wenn man nun, trotzdem dieser Moment näher herangekommen, doch die Verlängerung auf 5 Jahre will, so schließe ich daraus, daß es nicht gelungen ist, bei dem künftigen Träger der Krone die Zustimmung zu dem Gesetz zu erhalten. Man weiß, wie gern man sich Illusionen macht bei Aenderungen der Staatsgewalt. Je rascher die Illusionen zerstört werden, um so besser. Sie denken, uns mit diesem Gesetz zu vernichten, wir werden Sie besiegen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Um 5¼ Uhr wird die weitere Berathung auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.

Landtag.

Berlin, 18. Februar. Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung wurde heut erledigt, nachdem die gestern begonnene Discussion über die ungünstige Lage der Montanindustrie fortgesetzt worden war, ohne wesentlich Neues zu bringen. Seitens der rheinisch-westfälischen Vertreter wurden erneut Tarifermäßigungen verlangt und im Uebrigen Excursionen auch auf das wirthschaftliche Gebiet unternommen, so in Betreff der Wirkungen der Schutzzollpolitik auf die Bergwerksindustrie und deren Ueberproduction, auch ein neuer Zollvorschlag tauchte wieder auf, ein Rohkupferzoll nämlich, den Herr von Schorlemer und der berufsmäßige Silberwährungsmann Arendt befürworteten, die Freisinnigen Büchtemann und Schmidt-Stettin energisch bekämpften. Morgen wird die Etatsberathung bei der Eisenbahnverwaltung fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. 22. Sitzung vom 18. Februar.
11 Uhr.

Am Ministertische: Maybach und Commissarien.

Eingegangen ist ein Entwurf, betreffend die anderweite Feststellung des Geschäftsbereiches mehrerer communalständischen Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau.

Die Specialberathung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Schmieding führte zunächst Klage über den schroffen Ton, in welchem der Minister ihm geantwortet habe. Derselbe habe überdies seine Anfragen bezüglich der Bergwerksteuer und des Schicksals der Canalvorlage gar keiner Antwort gewürdigt.

Abg. Büchtemann hob hervor, daß in den Kreisen der rheinischen Kohlenindustriellen sich eine Erschütterung des Glaubens an die segensreichen Wirkungen des mit den Agrariern eingegangenen Schutzbündnisses bemerkbar mache. Die Schutzzollpolitik habe die Ueberproduction gebracht, und anstatt die Lage der Arbeiter zu verbessern, sehen sich die rheinischen Industriellen veranlaßt, die Löhne ihrer Arbeiter herabzusetzen. Daß das Staatseisenbahnsystem zu einer Stabilisirung der Tarife führen werde, hätten er und seine Freunde vorausgesehen, ebenso wie sie früher bereits hervorgehoben hätten, daß Herr Maybach dereinst noch Hilfe bei der Linken suchen werde gegen den Sturm nach Tarifermäßigungen, der von Seiten der Freunde des Staatseisenbahnsystems sich erheben werde.

Minister Maybach erwiederte, daß er lediglich erklärt habe, daß die Staatseisenbahn-Verwaltung nicht auf alle Wünsche der Interessenten eingehen könne. Er habe jedoch hinzugefügt, daß dieselbe unausgesetzt auf eine Abstellung der Nothlage der Montanindustrie Bedacht nehme. Er könne in dieser Beziehung erklären, daß in Bezug auf den Kohlenexport ein Entgegenkommen werde bewiesen werden können. Es sei übrigens gar nicht geschäftsklug, Wünsche auf Tarifermäßigungen hier so offen zur Sprache zu bringen. Die ausländischen Concurrenten erhielten so Kenntniß von denselben und wurden in den Stand gesetzt, sich ihrerseits Verkehrserleichterungen zu erwirken, welche die diesseitigen Maßregeln wirkungslos machten. In Bezug auf die Bergwerkssteuer erkenne er an, daß dieselbe nicht auf dem richtigen Fundament ruhe. In Bezug auf das Canalproject liege gar kein Grund zu der Annahme vor, daß dasselbe nicht demnächst an das Haus gelangen werde.

Abg. Dr. Hammacher hob hervor, daß gerade von den rheinischen Interessenten niemals maßlose Wünsche mit Bezug auf Tarifermäßigungen laut geworden seien.

Abg. v. Schorlemer-Alst meinte, vor dem Namen Agrarier schrecke jetzt auch kein Bauer mehr zurück. Das Bündniß der Agrarier und Industriellen habe die Folge gehabt, daß unsere vaterländische Production vor der Gefahr gerettet sei, von der ausländischen Production verdrängt zu werden.

Abg. Achenbach bat den Minister, auch den Industriebezirken an der Lahn und der Sieg eine wohlwollende Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen.

Abg. Natorp hob hervor, daß die Einführung einer zweiten Stückgutklasse auch der Großindustrie zu gute kommen werde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Büchtemann und v. Heede wurde der Titel: „Einnahmen aus den Bergwerken“ bewilligt.

Bei den Einnahmen aus den Hüttenwerken entspann sich auf Anregung des Abg. Hammacher eine längere Debatte darüber, ob man nicht darauf verzichten solle, auf den Sorger Hüttenwerken ausländische Silbererze zu verschmelzen oder wenigstens diese Verschmelzung einzuschränken. Von Seiten der Regierung wurde erwidert, daß eine Erhöhung des Quantums zur Verschmelzung eingeführten Erzes nicht in Aussicht genommen sei.

Bei der Position Einnahmen aus den Communionwerken am Unterharz tritt Abg. v. Schorlemer für die Einführung eines Rohkupferzolls ein, um der Calamität der Mansfelder Gewerkschaft abzuhelfen, welche in Folge der steigenden amerikanischen Concurrenz und des dadurch erzeugten fortgesetzten Preisrückganges mit immer stärkerer Gewalt hereinbreche. Tausende von Arbeiterfamilien und Gewerbetreibenden würden durch die immer bedrohlichere Verschlechterung der Bilanz der Kupferwerke in Mitleidenschaft gezogen. Amerika führe sein Kupfer frei bei uns ein, während es sich selbst durch einen hohen Schutzzoll gegen die Einführung von Kupfer gesichert habe.

Abg. Schmidt (Stettin) weist darauf hin, daß die Eisenwerke in ebenso übler Lage sich befinden, wie die Kupferwerke, ohne daß sie auf einen höheren Schutzzoll dringen.

Abg. v. Rauchhaupt empfiehlt mit dem Abg. v. Schorlemer der Staatsregierung die Frage, wie der schweren Calamität der Mansfelder Gewerkschaft abzuhelfen sei, in eingehende Erwägung zu nehmen, ebenso Abg. Arndt, der die Lage der Gewerkschaft als eine nahezu verzweifelte schildert und die Einführung eines mäßigen Kupferzolles für den einzigen Ausweg erklärt.

Abg. Büchtemann warnt davor, ohne Weiteres und speciell ohne Kenntniß des Gesammtbildes der bezüglichen Productionsverhältnisse auf dem Weltmarkte im Schutzzoll das einzige Remedium der Calamität zu sehen.

Der Titel wird genehmigt.

Zu den Ausgaben liegt ein Antrag Vopelius vor, die im Etat ausgeworfene Summe von rot. 71400 M. für die Hinterbliebenen der am 18. März 1885 auf der Grube Camphausen zu Tode gekommenen Bergleute zu zahlenden fortlaufenden Unterstützungen um 28642 M. zu erhöhen, um dieselben Unterstützungen auch den Hinterbliebenen der zwischen dem bezeichneten Tage und dem 1. October 1885 zu Tode gekommenen Bergleute der übrigen Saarreviere zuzuwenden.

Der Antrag wird mit dem dazu gehörigen Etatstitel der Budget-Commission überwiesen, im Uebrigen die Ausgaben ohne erhebliche Debatte bewilligt, desgleichen das Extraordinarium.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr. Eisenbahnetat.

Der Branntwein-Monopol-Entwurf im Bundesrath.

Berlin, 18. Febr. Das Branntweinmonopol ist heute vom Bundesrathe angenommen worden. Die süddeutschen Staaten haben sich dabei der Abstimmung enthalten, und das Monopol soll nach § 89 des Entwurfs in Baiern, Würtemberg und Baden erst nach erfolgter Zustimmung dieser Staaten in Kraft treten. Bremen und Hamburg sollen gegen den Entwurf gestimmt haben. Die Nachricht, daß der Minimalpreis des Rohspiritus auf 35 Mark festgesetzt sei, bestätigt sich nicht. Die wichtigsten Abänderungen, die das Gesetz im Bundesrathe erfahren hat, sind ferner, daß die Freihafengebiete von Hamburg und Bremen eximirt werden, ferner, daß Raffinerien von Branntwein für den Export und zur Fabrikation von Getränken in geeigneten Privatanstalten unter Controle gestattet sein sollen, und daß für gewerbliche Zwecke die Monopolverwaltung Spiritus auch unter dem Ankaufspreise abgeben soll. Unverändert geblieben sind die §§ 1 bis 3 des ursprünglichen Entwurfs.

§ 4 lautet jetzt: Alle Brennereien, welche am 1. October 1885 vorhanden waren, dürfen in Zukunft jährlich so viel rohen Branntwein bereiten, als sie vorher regelmäßig hergestellt haben. Für die einzelnen Brennereien werden die Branntweinmengen, welche sie hiernach zu bereiten befugt sein sollen, Seitens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung und nach Anhörung des Gutachtens der bereits im ursprünglichen Entwurf erwähnten Commission festgesetzt. Brennereien, welche am 1. October 1885 zwar vorhanden waren, aber einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben, oder welche am 1. October 1885 erst in der Herstellung begriffen waren, sollen künftig in derselben Weise und unter gleicher Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse zur Branntweinbereitung verstattet werden. Für kleinere Brennereien, welche keinen regelmäßigen Betrieb gehabt haben, wird die Menge rohen Branntweins, welche sie bereiten dürfen, unter billiger Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse Seitens der Landesregierung festgesetzt.

§§ 5 bis 9 sind unverändert geblieben.

§ 10 lautet jetzt: Die Kosten für die Anschaffung der Sammelgefäße, der Meßapparate, der Ueberrohre und der nothwendig werdenden Kunstschlösser trägt die Monopolverwaltung.

§§ 11 bis 16 unverändert.

§ 17 lautet: Denjenigen Brennereien, welche in einem Betriebsjahre aus mehligen Stoffen höchstens eine Branntweinmenge von 100 Hektolitern reinen Alkohols herstellen, und eine Brennvorrichtung mit unmittelbarer Feuerung benutzen, oder welche nur Abfälle der eigenen Biererzeugung verwenden, oder welche in einem Betriebsjahre höchstens 70 Hektoliter andere, nicht mehlige Stoffe verarbeiten, ist unter Nachlaß der in den §§ 6 bis 9 und 14 bis 16 angeordneten Betriebseinrichtungen und Controlen der Betrieb bei Einhaltung

der hierüber zu erlassenden Verwaltungsvorschriften mit der Maßgabe zu gestatten, daß die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus von der Steuerbehörde bindend festgesetzt wird. In Fällen, in welchen es sich örtlicher oder zeitlicher Verhältnisse wegen, insbesondere wegen günstigen Ausfalls der Ernte, als Bedürfniß erweist, können kleine Brennereien nicht mehliger Stoffe nach den vorstehenden Vorschriften behandelt werden, auch wenn sie mehr als 70 Hektoliter dergleichen Stoffe verarbeiten.

Der Absatz 3 des § 21 hat eine Einschaltung erfahren. Er lautet jetzt: Den Besitzern der nach Maßgabe des § 17 betriebenen Kleinbrennereien, sowie denjenigen Personen, welche Selbsterzeugnisse, nicht mehlige Stoffe durch Dritte zu Branntwein verarbeiten lassen, kann von der Steuerbehörde die Erlaubniß ertheilt werden, den gewonnenen Branntwein ganz oder theilweise zum eigenen Hausbedarf zu behalten u. s. w.

§ 22 hat im Absatz 2 einen Zusatz erfahren, wonach der Brennereibesitzer den Transport des Branntweins auch bis zur nächsten Verschiffungsstelle auszuführen hat.

§ 23 (Aukaufspreise des Branntweins) lautet jetzt: Der den Brennereibesitzern für den abgelieferten Branntwein zu zahlende Preis wird durch einen von dem Bundesrathe festzusetzenden Tarif bestimmt. Für die Gestaltung dieses Tarifes soll bis auf Weiteres die Maßgabe gelten, daß bei Kartoffelbranntwein ein Preis von 30 bis 40 M. für das Hektoliter reinen Alkohols, bei anderen Branntweinarten aber ein auf der Grundlage des Tarifsatzes für Kartoffelbranntwein angemessen berechneter Preis zu bestimmen ist. Für Kartoffelbranntwein, welcher aus Getreide, Kern- oder Steinobst, Beeren, Wurzeln, Weinhefe und Trestern bereitet ist, wird jedoch unter billiger Berücksichtigung der seitherigen Preise dieser Branntweingattungen ein dem höheren Werthe derselben entsprechender Preis festgesetzt. Die übrigen Bestimmungen des Paragraphen sind unverändert geblieben.

§ 25 hat nur den Zusatz erhalten, daß die Errichtung von Branntweinmagazinen im Einvernehmen mit der Landesregierung erfolgt.

§ 26 hat vom zweiten Absatz an folgende Fassung erhalten: Zur Herstellung von Genußmitteln, welche nicht als alkoholische Getränke anzusehen sind, wird Branntwein zu vom Bundesrath festzusetzenden abgeminderten Preisen abgegeben. Für gewerbliche Zwecke, einschließlich der Essigbereitung, für wissenschaftliche, Heizungs- und Beleuchtungszwecke verabfolgt die Monopolverwaltung Branntwein zu den Ankaufspreisen. Für Branntwein, welcher zur Herstellung von zum Export gelangenden Fabrikaten Verwendung findet, kann noch weitergehende Preisermäßigung bewilligt werden.

§ 27 hat einen Zusatz erhalten: Der zum Absatz im Auslande bestimmte Branntwein wird in der Regel, und zwar im rohen Zustande, durch die Monopolverwaltung im Wege öffentlicher Versteigerung an den Plätzen und in den Zwischenräumen, welche vom Bundesrath bestimmt werden, zum Verkauf gebracht.

§ 28 lautet jetzt: Apothekern bleibt zu Heilzwecken die Herstellung und der Verkauf von Alkohol und alkoholischen Getränken gestattet.

Neu und wichtig ist der § 31: Die Reinigung des für das Ausland bestimmten Branntweins und die Herstellung von alkoholischen Getränken aus demselben zum Absatz im Auslande kann in dazu geeigneten Privatanstalten bewerkstelligt werden.

In § 37 ist die Branntweinmenge, welche ohne amtliche Bezettelung transportirt werden kann, auf drei anstatt einem Liter, festgesetzt.

Neu ist § 40: Die Verabfolgung von Branntwein zu ermäßigten Preisen, sowie zur Reinigung und Verarbeitung in Privatanstalten geschieht nach Maßgabe der hierfür zu erlassenden Control-Bestimmungen. Die Strafbestimmungen sind sehr rigoros. Bei Contrebande oder Defraudation tritt eine Geldstrafe von 10 Mark pro Liter ein, mindestens aber 30 Mark; im Wiederholungsfalle das Doppelte, bei jedem ferneren Rückfalle Gefängniß bis zu 3 Jahren.

§ 78 bestimmt jetzt, daß kleinen Brennereien zu den Kosten, welche durch die Aufstellung von Sammelgefäßen oder Meßapparaten entstehen, ein Beitrag gewährt wird.

§ 80 hat einen Zusatz erhalten, wonach von der Realentschädigung solche Betriebe ausgeschlossen werden, welche erst nach Publikation des Gesetzes angelegt sind.

Im § 81, welcher von der Personalentschädigung handelt, sollten nach dem ursprünglichen Entwurf nur diejenigen Personen entschädigt werden, welche vier Jahre in der Branche thätig sind. Diese Frist ist jetzt auf zwei Jahre herabgesetzt.

Im § 84 werden Zuwiderhandlungen gegen die im § 73 bestimmten Anmeldungen mit Ordnungsstrafen bis 500 M. bedroht.

§ 85 bestimmt: Ausgeschlossen aus dem Monopolgebiet bleiben das Freihafengebiet in Hamburg und die für Bremen und Bremerhafen zugestandenen Freigebiete.

Dies sind sämmtliche materiellen Aenderungen des Entwurfs.

Berlin, 18. Februar. Die Commission des Reichstages für den Befähigungsnachweis (Antrag Ackermann) nahm den § 14b in der von dem Abg. von Kleist-Retzow beantragten erweiterten Fassung an. Demnach ist der Bundesrath ermächtigt, den für die einzelnen Handwerke vorgeschriebenen Befähigungsnachweis nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu erlassen oder auch für andere Gewerbe vorzuschreiben. In gleicher Weise kann der Bundesrath, insoweit in einzelnen Orten oder Bezirken für die genannten Handwerker andere Benennungen üblich sind oder bestimmte Arbeiter dieser Gewerbe die ausschließliche Beschäftigung besonderer Klassen von Handwerkern bilden, den Nachweis der Befähigung für dieselben besonders anordnen. Auch § 14c wurde nach dem Antrage Kleist-Retzow angenommen. Darnach sind zur Ausstellung des Zeugnisses über die Befähigung, soweit nicht für einzelne Gewerbe besondere Prüfungsbehörden bestehen, unter dem Vorsitze eines obrigkeitlichen Commissars die im Bezirke des Ortes der Gewerbeausübung bestehenden, nach Maßgabe der Bestimmungen der Gewerbeordnung §§ 97 bis 104g gebildeten Innungen berechtigt. § 14d: In Ermangelung solcher Innungen oder, wenn Gewerbetreibende der Innung nicht beitreten wollen, erfolgen die Prüfungen durch Commissionen, welche auf Grund einer vom Bundesrathe zu erlassenden Instruction in den einzelnen Bundesstaaten in entsprechender Anzahl in der Art gebildet werden, daß unter dem Vorsitze eines obrigkeitlichen Commissars die Hälfte der Mitglieder von einer im § 14c bezeichneten die andere Hälfte — und wenn solche Innungen nicht vorhanden sind — alle Mitglieder von den selbstständigen Handwerkern des betreffenden Bezirks gewählt werden. § 14e wurde nach dem Antrag Ackermann dahin angenommen: „Der Nachweis der Befähigung kann auch durch ein Zeugniß einer staatlich anerkannten gewerblichen Unterrichtsanstalt, in welcher zugleich für eine praktische Ausbildung im betreffenden Gewerbe Fürsorge getroffen ist, erbracht werden. Die Bezeichnung der Gewerbe, für welche das Zeugniß der gedachten Anstalten als Befähigungsnachweis gilt, erfolgt durch die Landesregierung." § 14f lautet nach dem Beschluß der Commission: „Die Prüfung ist der Regel nach nur zulässig, wenn der zu Prüfende das 24. Lebensjahr zurückgelegt und drei Jahre als Lehrling und eben so lange als Geselle oder Gehilfe in den betreffenden Handwerken gearbeitet hat." Hierzu hat der Abg. Dieden den Abänderungsantrag gestellt, eine längere Festsetzung der Lehrzeit den einzelnen Handwerkern zu überlassen." Im Interesse der Specialisirung wurde dieser Antrag auch vom Abg. Baumbach (df.) befürwortet, von der Mehrheit aber abgelehnt. Eine längere Discussion rief der Antrag Kleist hervor, zu § 11 folgenden Satz hinzuzufügen: Der Bundesrath bestimmt, unter welchen Verhältnissen eine Prüfung bei einer kürzeren voraufgehenden Arbeitszeit als Lehrling und als Geselle oder als Gehilfe, wie bei einer anderen Ausbildung als in dem betreffenden Handwerke zulässig ist." Dem Abg. Haberland (Centrum) gegenüber, der sich wiederholt auf die Hundertausende von Handwerkern berief, die hinter den Antragstellern stünden, constatirte Abg. Dr. Schneider (df.), daß diese Berufung völlig grundlos sei. Selbst auf dem Berliner Innungstage seien nominell nur 150000 Handwerker vertreten gewesen, nach Abzug der Doppelzählung blieben nur 90000 übrig. Der Westdeutsche Handwerkerbund sei mit 25000 Mitgliedern angemeldet gewesen; wenige Monate später auf dem Innungstage in Köln habe der Secretär Faßhauer die Zahl der Mitglieder auf 8000 angegeben. Der Antrag Kleist-Retzow wurde mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen.

Berlin, 18. Februar. Die Zuckersteuer-Commission des Reichstags nahm heute bei Fortsetzung der zweiten Lesung die Strafbestimmungen nach längerer Debatte in folgender Fassung an: „Fabrikinhaber, welche die angeordneten Anschreibungen nicht oder den gegebenen Vorschriften zuwider oder wider besseres Wissen unrichtig führen, werden mit einer Ordnungsstrafe von 30 bis 300 Mark bestraft." Ferner wurde auf Antrag des Abg. Trimborn die Vorschrift, daß die Inhaber von Zuckerraffinerien u. s. w. binnen vierzehn Tagen von dem Betriebe Anzeige machen müssen, auch auf die Maltose-Syrup-Fabriken ausgedehnt. Die Verpflichtung gewerblicher Betriebe, in denen aus unversteuerten Rüben Säfte und zuckerhaltige Producte gewonnen werden, zur Anzeige wurde ebenfalls auf Antrag des Abg. Trimborn unter Berücksichtigung der rheinischen Krautpressen mit dem Vorbehalt angenommen, daß mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse Ausnahmen von diesen strengen Control-Vorschriften gestattet werden können. Die Bestimmung, daß die Oberbeamten der Steuerverwaltung die der Anzeigepflicht unterworfenen Betriebe zwecks Kenntnißnahme besuchen können, war in der ersten Lesung auf die Zeit von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr beschränkt worden. Die Commission beschloß, den Oberbeamten den Besuch jederzeit zu gestatten. Schließlich kam noch ein Antrag des Abg. Racke (Centrum) zur Debatte, die Geltungsdauer des Gesetzes auf die Zeit vom 1. August d. J. bis dahin 1890 zu beschränken. Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Von einer Schlußabstimmung über das ganze Gesetz wurde vorläufig abgesehen und beschlossen, noch eine dritte Lesung lediglich zur redactionellen Feststellung des Gesetzes vorzunehmen.

Berlin, 18. Febr. Die Ansicht, daß die kirchenpolitische Vorlage vom Papste noch nicht genehmigt sei, gewinnt an Wahrscheinlichkeit, jedenfalls steht fest, daß die Verhandlungen in Rom noch lebhaft weitergeführt werden. Einen Beitrag zur Beurtheilung der Situation liefert vielleicht der heutige Leitartikel der „Norddeutschen", in welchem es heißt: „Die „Vossische Zeitung" lancirt die wunderliche Fiction, daß die erste Annäherung der Regierung an die Curie in der ausdrücklichen Voraussetzung, ja gewissermaßen unter der Bedingung erfolgt sei, dieselbe werde den parlamentarischen Vertretern der deutschen Katholiken verbieten, in Fragen der politischen Gesetzgebung mit den fortschrittlichen Republikanern zu stimmen. Wie denkt sich die „Vossische Zeitung" einen solchen Vertrag? Wir können ihr versichern, daß von Bedingungen nicht die Rede ist. Die Regierung hat seit dem Rücktritt des Ministers Falk und namentlich in den letzten drei Jahren erwogen, was sie ohne Schädigung der Staatsinteressen für die Wünsche der katholischen Unterthanen des Königs thun könne; sie war sich, wie ja auch in den Motiven zu der kirchenpolitischen Vorlage hervorgehoben ist, über ihre Concessionen vollständig klar. Nur durch die rohen Angriffe des Centrums ist sie verhindert worden, das, was sie bringen konnte, schon früher zu bringen. Eine Gegenleistung erwartet die Regierung nicht. Sie hat kein Abkommen mit irgend Jemand erstrebt, dergleichen auch nicht erhofft, zumal sie die Voraussetzung der „Vossischen Zeitung" nicht für richtig hält, daß der Kampf aufhören werde, wenn die letzten Paragraphen der Maigesetzgebung gefallen sind. Er wird auch dann nicht aufhören, wie er denn auch vor den Maigesetzen nicht gefehlt hat. Herr Windthorst hat die Fortsetzung wiederholentlich in drohender Weise angekündigt." Der Werth dieser Auslassungen wird allerdings dadurch stark beeinträchtigt, daß das officiöse Blatt weiterhin behauptet, die Fahnenflucht und der Verrath, den die Fortschrittspartei am Culturkampf begangen, habe die Regierung an der Fortsetzung dieses Kampfes gehindert.

Berlin, 18. Februar. Ein Mitarbeiter der Kreuzzeitung hat den Fürsten von Montenegro interviewt und berichtet darüber: Der Fürst betonte, wie wenig die mißtrauischen Vermuthungen berechtigt seien, welche man mehrfach an seinen Aufenthalt in Petersburg zu knüpfen für gut befunden habe. Seine Beziehungen seien zu allen Mächten, insbesondere auch zu Oesterreich die allerfreundlichsten. Auch sei der Wille der europäischen Mächte, den Frieden aufrechtzuerhalten, ein so entschiedener und allgemeiner, daß für kriegerische Eventualitäten kein Raum sei. Es sei ja nicht zu leugnen, daß der Vertrag zwischen der Pforte und Bulgarien einige Punkte enthalte, an welchen die russische Regierung Anstand nehme, indessen dürfe man sich der sicheren Hoffnung hingeben, daß diese Differenzen auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen ihren Ausgleich finden werden. Den günstigen Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien hielt Se. Hoheit für gesichert. Der Fürst beabsichtigt alsbald von hier über Wien, wo ein längerer Aufenthalt nicht in Aussicht genommen ist, direct nach Cettinje zurückzureisen.

Berlin, 28. Febr. Aus Paris depeschirt man der „Nat.-Ztg.": Mehrere Blätter dementiren die hier verbreitete Nachricht, Freycinet beabsichtige den ehemaligen Botschafter in Madrid, Baron Michels, zum Botschafter in Berlin zu ernennen, falls Baron de Courcel sich wirklich zurückziehen wolle. Ich bemerke dazu, daß von der angeblichen Absicht des Barons de Courcel, seinen Posten aufzugeben, bisher nirgends die Rede war.

Berlin, 18. Febr. Die angekündigte Ernennung des Generals Billot zum französischen Botschafter in Petersburg wird von den Radicalen angegriffen, welche Billot als einen authentischen Orleanisten denunciren.

Berlin, 18. Febr. Ein Petersburger Telegramm des „Berl. Tagebl." meldet: Ein in der Nacht auf den 16. November von den Bulgaren aufgefangener, in deutscher Sprache geschriebener, vom Secretär der österreichischen diplomatischen Agentur in Sofia an König Milan gerichteter Brief soll zufolge der „Moskowski Wjedom." annähernd folgenden Inhalt haben: „Eure Majestät! Bieten Sie heute oder morgen alle Kräfte auf, um in Sofia einzurücken, sonst wird das zu spät und schwierig werden, da die rumelischen Truppen in Eilmärschen den Bulgaren zu Hilfe kommen." Das „Berl. Tagebl." bemerkt dazu: Es ist wunderbar, was die russische Censur plötzlich Alles passiren läßt! Zwischen Petersburg und Wien scheint neuerdings ein scharfer Wind zu wehen. Wenigstens ist es sehr bezeichnend, daß man derartige in Petersburg hervorgesuchte Notizen, deren Spitze nur gegen Oesterreich gerichtet ist, unbeanstandet läßt.

Kassel, 18. Febr. Die Handelskammer beschloß einstimmig Petitionen gegen das Schnapsmonopol und den Wollzoll.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus London telegraphirt: Chamberlain's Rücktritt aus dem Ministerium steht unmittelbar bevor. Er gerieth mit Gladstone in Streit über dessen griechische Politik, da Chamberlain von Gewaltanwendung gegen Griechenland nichts wissen will. Die Ansicht gewinnt an Boden, daß das Cabinet Gladstone sich nicht halten kann. (Vergl. das Wolff'sche Telegramm aus London. D. Red.)

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Berlin, 18. Februar. Der Bundesrath stimmte in der heutigen Plenarsitzung dem Gesetzentwurf über das Branntweinmonopol zu.

Paris, 18. Febr. Der französische Consul Klanea wurde angewiesen, sich jeden Schrittes zu enthalten, der als Ermuthigung der hellenischen Agitationsversuche erscheinen könnte.

London, 18. Febr. Die Bank von England hat den Discont auf 2 pCt. herabgesetzt.

(Wiederholt, weil nur in einem Theil der Auflage.)

London, 18. Februar. Die Annahme des Postens des Geheimsiegelbewahrers seitens Gladstone's wird dahin gedeutet, daß Dilke kein Cabinetsamt angeboten wurde. Der Regierung liegt ein Plan zur Prüfung vor, die beschäftigungslosen Arbeiter bei den Erdarbeiten zur Befestigung der Mündungen der Themse und anderer großer Flüsse zu verwenden. Die „Saint James Gazette" erwähnt das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Chamberlain's, der sowohl bezüglich der Politik des Cabinets in der griechischen Frage, als auch in einigen Punkten des Gladstone'schen Programms mit demselben nicht übereinstimme.

Bukarest, 18. Febr. Infolge Vorstellungen des Königs, welcher an den Patriotismus Bratiano's appellirte und nach den gestern Abend in einer Vereinigung der Majorität des Parlaments abgegebenen Erklärungen des Kammerpräsidenten Lecca (dessen Intervention in den Debatten die Demission Bratiano's herbeigeführt hatte) zog das Cabinet seine Entlassung zurück.

Philippopel, 18. Febr. Der Fürst von Bulgarien sprach bei dem Empfang der Consuln sein Vertrauen zu einer nahen friedlichen Lösung der rumelischen Frage und der Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zu Serbien aus.

Handels-Zeitung.

Breslau, 18 Februar.

⊙ **Vom oberschlesischen Eisenmarkte.** Ueber den Roheisenmarkt ist kaum etwas Neues zu berichten. Nur die eine Thatsache erscheint bemerkenswerth, dass am ersten Februar ein neuer, sehr ermässigter Ausnahmefrachtsatz für Roheisen nach den Bedarfsstätten Niederschlesiens, nämlich den daselbst bestehenden Eisengiessereien, zur Einführung kam. Wie zeitgemäss und nothwendig diese Frachtermässigung gewesen, sieht man darans, dass sich von Beginn dieses Monats an ein sehr lebhafter Versandt speciell Gleiwitzer Roheisens in Giesserei-Qualité, welches bekanntlich das renommirteste für diesen Specialzweck ist, entwickelte und dem Königlichen Hüttenamt hier in wenigen Tagen grössere Quanten Giesserei-Roheisen als in den letzten Monaten zusammen verladen worden war, entzog. Es war bisher nicht möglich gewesen, gegen das englische, per Wasser ungemein billig herangeschaffte, Roheisen daselbst anzukämpfen, bis es endlich dem gegenwärtig so abnorm niedrigen Preisstand im Verein mit billigerer Zufuhr gelang, jenen Hütten für oberschlesisches Giessereiroheisen Convenienz zu bieten. Es wird versucht, diesem Geschäft die Wasserstrasse via Oppeln dienstbar zu machen, um durch einen kleinen Frachtvortheil den fraglichen Bedarf auch weiterhin dem hiesigen Markte zu sichern. Mit der Wasserverfrachtung von Walzwerks-Producten soll binnen Kurzem der Anfang gemacht werden, da man die Zeit bis zur Eröffnung der Schifffahrt mit Beladung diverser Fahrzeuge ausnützen kann. Der Hauptverkehr dürfte sich diesmal nach Oppeln concentriren, da von dort ebenfalls Dampferverkehr eingerichtet wird und die Ueber nahmssätze günstiger lauten. Auch für Drahtfabrikate soll dieser Wasserweg diesmal reichlichere Benützung finden.

—f— **Oberschlesische Kohlenstatistik.** Die Steinkohlenproduction in Oberschlesien ist im Jahre 1885 wiederum gestiegen, wie dies seit zehn Jahren fast regelmässig der Fall war; dagegen sind die Preise auf dem niedrigen Niveau, welches sie seit einer Reihe von Jahren nahezu stabil einnehmen, auch im verflossenen Jahre stehen geblieben. Wohl ist der Consum an Steinkohlen ebenfalls ganz erheblich gestiegen, indessen ist zu constatiren, dass diese Steigerung nicht ganz gleichen Schritt mit derjenigen der Production hielt und es gewinnt den Anschein, dass vielmehr zur Hauptsache die Erweiterung des Absatzgebietes die Erhöhung der Förderung beeinflusste. Diese Erweiterung des Absatzgebietes ist wiederum nur auf Kosten der Preisstellung zu erzielen und das erklärt die Stabilität der Preise trotz des jährlich steigenden Consums. Der Einnahmewerth für verkaufte Kohlen ist in der officiellen Statistik pro 1885 mit 45700474 Mk. angegeben; derselbe betrug im Jahre 1875 nahezu ebensoviel, nämlich 45150789 Mark, während der Kohlenabsatz sich in diesen beiden Jahren auf 230,6 Millionen gegen 152,0 Millionen Centner stellte; es mussten also im verflossenen Jahre rund 78 Millionen Centner mehr aus der Tiefe der Erde geholt werden, als vor 11 Jahren, um die gleiche Geldeinnahme, wie damals, zu erzielen. Zur Erreichung dieses Resultates war naturgemäss im vorigen Jahre eine ganz erhebliche Mehrausgabe an Arbeitslöhnen und Kosten des Betriebes erforderlich, als damals, und um soviel ist der Unternehmergewinn geschmälert. Der Grundsatz, durch eine grössere Förderung die Generalkosten per Tonne zu ermässigen, ist gegenwärtig in Permanenz erklärt und er wird das Leitmotiv der Unternehmer bleiben, so lange sich Förderung und Absatz pari passu bewegen, bezw. solange sich das Absatzgebiet erweitern lässt, und das ist glücklicher Weise solange der Fall, als englische Kohle noch in den deutschen Ostseegebieten und bis tief ins Innere hinein auf deutschen Strömen herangeschleppt wird. Von den preussischen Eisenbahnen ist nach den letzten Erklärungen von massgebender Stelle eine weitere Frachtermässigung nicht zu erwarten und füglich auch nicht zu fordern, wenn anders die Rentabilität dieser Staatsanstalten nicht wesentlich alterirt werden soll; die Möglichkeit, die Kohle unmittelbar an der Fundstätte zu Wasser versenden können, ist das Ziel der oberschlesischen Steinkohlen-Industrie.

Die nachfolgende Aufstellung über Förderung, Absatz und Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre wird nicht ohne Interesse sein:

	Förderung Ctr.	Absatz Ctr.	Preis pro Ctr. Pf.
1876	169 354 856	152 651 615	26,3
1877	162 244 627	147 236 413	23,3
1878	164 056 267	147 889 431	20,7
1879	178 198 055	160 020 801	19,2
1880	200 330 377	178 442 040	20,4
1881	208 077 420	188 554 000	20,1
1882	217 763 440	195 646 340	19,7
1883	235 983 560	214 218 420	19,7
1884	246 843 700	222 038 780	19,8
1885	256 842 560	230 616 320	19,7

Innerhalb des Zeitraums der letzten zehn Jahre ist also die Steinkohlenförderung in Oberschlesien um 87,5 Millionen Ctr. oder 52 pCt., der Absatz um 78 Millionen Ctr. oder 45 pCt. gestiegen, der Durchschnittspreis dagegen um 6,6 Pf. pro Ctr. oder um 25 pCt. zurückgegangen.

* **Die Industrie in Polen.** Den periodischen Berichten der Gesellschaft zur Förderung des Handels und der Industrie über den gegenwärtigen Stand einzelner Productionszweige in Polen entnimmt die „Posener Ztg." Folgendes: Zuckerindustrie. Die in Folge der Ueberproduction entstandene Krisis macht sich noch immer in ihrer ganzen Grösse fühlbar. Im Jahre 1884/85 betrug die Zuckerproduction 22 Millionen Pud, während dieselbe in der diesjährigen Campagne auf 26 bis 28 Millionen Pud geschätzt wird. Da der Consum im Inlande 18 Mill. Pud beträgt, bleibt für den Export ein Quantum von 10 Mill. Pud, wovon trotz der wiederholt bewilligten Exportbonification bisher nur 5 Millionen ausgeführt worden sind. Da die Preise im Auslande derartig gefallen sind, dass an eine weitere Ausfuhr vor der Hand nicht zu denken ist, so ist eine Verminderung der enormen Vorräthe vorläufig nicht zu erhoffen, und demnach ebenso wenig eine schnelle Preisaufbesserung. Die Mehrzahl der Producenten bemüht sich, ihre Verluste durch systematische Sparsamkeit in der Verwaltung und im billigen Rübeneinkauf herabzumindern. Im Laufe des Jahres sind zwei Fabriken abgebrannt. — Mühlengewerbe. Dieser früher blühende Industriezweig befindet sich gegenwärtig nicht in der besten Lage. Mehrere Mühlenbesitzer behaupten, dass die ungleiche Qualität des inländischen Weizens dem Mahlprocesse schädlich sei und die Einführung ausländischen Mehles nothwendig mache. Es wird daher um einen Zoll auf importirtes Mehl petitionirt. Andererseits rathen die Müller, die durch die preussischen Getreidezölle gehemmte Ausfuhr angesichts der ausgezeichneten inländischen Mühlenetablissements durch den Export von fertigen Fabrikaten, wie Zwieback, Macaronen etc. zu ersetzen. — Bierbrauereien. Im Allgemeinen ist eine ständige Erweiterung der grossen Etablissements und langsamer Niedergang der kleinen zu constatiren. Die Qualität der inländischen Gerste lässt zu wünschen übrig; ebenso wird der Gewinn durch die nothwendige Einfuhr ausländischen Hopfens beeinträchtigt. Brauereien befinden sich im Königreich Polen 408 mit einer Production von 8320000 Fass oder 15 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Die weitere Entwickelung des Brauereigewerbes wird durch die hohen Eisenbahntarife, sowie der nichtrationellen Besteuerung gehemmt. — Spiritus-Industrie. Die längst projectirte Gründung einer Spiritus-Bank wird durch ungenügende Action-Subscription verzögert. Die Statuten sind bereits dem Ministerium zur Bestätigung eingereicht. die Ertheilung der Concession soll in Kurzem erfolgen. Im Falle der Einführung des Monopols in Deutschland werden Schritte vorbereitet, um dte Ausfuhr nach Spanien über Odessa zu lenken. Behufs Erleichtung des Exports wird beim Ministerium um Ermässigung der zu erlegenden Caution und der Accise auf 50 pCt. petitionirt.

Ausweise.

Paris, 18. Februar. [Bankausweis.] Baarvorrath Gold Zunahme 14300000, Silber unverändert, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 9400000, Gesammt-Vorschüsse Abn. 3400000, Noten-Umlauf Zun. 2400000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 20000000, Laufende Rechnungen der Privaten Zun. 18100000 Frcs.

London, 18. Februar. [Bankausweis.] Totalreserve 14904000 Notenumlauf 23599000, Baarvorrath 22753000, Portefeuille 20007000, Guthaben der Privaten 24188000, Guthaben des Staatsschatzes 6267000, Notenreserve 13721000 Pfd Sterling.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 18. Februar. **Neueste Handels-Nachrichten.** Der Verwaltungsrath der Danziger Privatbank wird der General-Versammlung die Vertheilung von 10½ pCt. pro 1885 in Vorschlag bringen. — Bei der Generalversammlung der Baierischen Handelsbank wird seitens der Verwaltung die Vertheilung einer Dividende von 6 5/12 pCt. beantragt werden. — Bei der Schweizerischen Creditanstalt stellt sich die Dividende pro 1885 auf 7½ pCt. — Die Besitzer von Obligationen älterer Türkischer Anleihe, welche den Conversionstermin bis 13. Mai 1885 versäumt haben und ihre Stücke noch jetzt zur Convertirung nach Konstantinopel senden, haben dieselben nicht, wie vielfach geschehen, an den türkischen Staatsschatz, sondern an die Banqué Imperial Ottomane, Bureau de Stamboul in Konstantinopel zu richten, welche mit der Ausführung dieser Angelenheit beauftragt ist. — An der Uebernahme von 16000 Stück Lemberg-Czernowitzer-Eisenbahn-Actien von der Länderbank participirt ausser der Deutschen Bank auch die Dresdener Bank hier. — Wie dem „Börsen-Courier" aus London gemeldet wird, beabsichtigen hiesige und Frankfurter Häuser die Actien der Gotthardtbahn an der Londoner Börse einzuführen. — Die Dividende der Deutschen Gummi- und Guttapercha-Waaren-Fabrik, vorm. Volpi & Schlüter wird mit 8 pCt. in Vorschlag gebracht gegen 9 pCt. im Vorjahre. — Dieauslädischen Devisen, welche in der letzten Zeit eine sehr feste Haltung gezeigt haben, waren heute ziemlich stark angeboten und fast durchweg niedriger; so stellte sich kurz London 1½ Pfennig, langes London 1½ Pfennig, Paris 10 Pfennig und kurzes Amsterdam 5 Pfennig niedriger. — Die Constituirung der Commanditgesellschaft Orobio de Castro & Co. in Amsterdam für das Exportgeschäft von und nach Indien ist jetzt erfolgt. Am 15. hat eine Versammlung der Commanditisten unter Vorsitz des Herrn Dr. Salomon hier stattgefunden. Es wurde beschlossen, hier und an zwei indischen Plätzen Filialen zu errichten.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Die Hessische Ludwigsbahn erzielte auf den ungarantirten Linien im Januar im Personenverkehr ein Plus von 3448 Mark. Beim Güterverkehr ist ein Minus von 135812, im Extraordinarium ein Plus von 9819 Mark. Der Monatsausfall beträgt 122515 Mark.

Brüssel, 18. Februar. Die Aufrechthaltung des internationalen Stahl-Syndicats ist für die nächste Zeit gesichert.

Berlin, 18. Febr. **Fondsbörse.** Die heutige Börse eröffnete in sehr fester Tendenz, schwächte sich dann in Folge des Pferdeausfuhr-Verbots aus Bosnien und der Herzegowina ab, wurde zum Schluss indess auf Grund der sehr hohen Londoner und Pariser Notirungen, sowie in Folge der Londoner Bankdiscont-Ermässigung wieder recht fest. Oesterreichische Creditactien schliessen 499 und Disconto-Commanditantheile 201,62. Von Cassabahnen gewannen Spitbank Wrede 1,20 pCt. und Danziger Privatbank 1,60 pCt. Ein lebhaftes Geschäft fand in Dresdener Bankactien statt. Auf dem Bahnenmarkt gelangte ebenfalls eine bessere Tendenz zum Ausdruck, die indessen weniger in Gründen sachlicher Natur, als in Deckungen der Contremine ihren Ursprung hatte. Franzosen behaupteten ihren gestrigen Cours, ebenso Elbethalbahnactien, während Dux-Bodenbacher Eisenbahnactien matt lagen und 1 pCt. nachgaben. Galizische Carl-Ludwigsbahn-Actien eröffneten bei 89½ pCt. und erholten sich auf Deckungskäufe bis 84 pCt. Grosse Umsätze fanden in Mittelmeerbahn-Actien statt, wobei sich der Cours bis 115½ pCt. hob. Gotthardtbahn-Actien eröffneten zwar niedriger, als gestern, zogen im weiteren Verlaufe aber bis 113⅛ pCt. an. Auf dem inländischen Bahnenmarkt konnten die Course in Folge von Deckungskäufen sich etwas erholen, besonders die der östlichen Bahnen. Unter den per Cassa gehandelten Bahnwerthen fanden Oberlausitzer und Dortmund-Gronauer Stamm-Prioritäten bei besseren Coursen gute Beachtung. Ein lebhafter Verkehr entwickelte sich wieder auf dem Rentenmarkt, dessen Festigkeit nur vorübergehend unterbrochen wurde, besonders waren russische Anleihen, Ungarn, sowie auch türkische Loose gesucht. Der Montanmarkt war ohne Bewegung. Von Cassawerthen stellten sich Berzelius 1½ pCt., Rhein-Nassau 1¼ pCt., Bonifacius ½ pCt. und Wilhelmshütte ¾ pCt. höher. Unter den übrigen Industriewerthen stiegen Schwarzkopf 8½ pCt., Görlitz Lüders 2,40 pCt., Löwe 2½ pCt. und Frister Rossmann 1¼ pCt., ferner gewannen Linke Breslan ¾ pCt.

Berlin, 18. Februar. **Productenbörse.** An der Productenbörse herrschte zu Anfang noch eine recht feste Tendenz, da Newyork wie Pest festere Berichte sandten. Es sezten sowohl Weizen wie Roggen ½—¾ Mark über gestrigen Schlusscoursen ein; später fanden indess ziemlich umfangreiche Realisationen statt, so dass die Preise nicht nur die anfängliche Avance, sondern weitere ½—¾ M. verloren. Von Petersburg lagen Roggen-Offerten per August-Abladung zu 107 M. vor, die aber durch den sich flau gestaltenden Markt ohne Beachtung blieben. Hafer war wieder ohne grösseres Geschäft und ohne sonderliche Preisänderung. — Mehl hatte, entspechend dem Körnerhandel, schwankende Preise. — Rüböl war still. — Spiritus setzte fest ein und konnte im Werth anziehen. — Die Betheiligung war aber nicht genügend, um die Avance bis zum Schluss zu erhalten nnd schliesst der Markt wieder matter. Loco war reichlich zugeführt und fand bei Fabrikanten und Reporteuren Unterkommen.

Paris, 18. Febr. **Zuckerbörse.** Rohzucker. 88 pCt. ruhig, loco 33, 75, weisser Zucker, weichend, Nr. 3 per 100 Klgr. 39, 00, per Februar 39, 50, per März-Juni 40, 25, per Mai-August —, —.

London, 18. Februar. **Zuckerbörse.** Havannazucker 14 nom. Rüben-Rohzucker 13⅛. Flau. Centrifugal-Cuba —.

Telegramme des Wolff'schen Bureaus.

Berlin, 18. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Ziemlich fest.

Cours vom	18.	17.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Mainz-Ludwigshaf..	100 —	99 80
Galiz. Carl-Ludw.-B.	84 20	84 —
Gotthard-Bahn.....	113 20	113 70
Warschau-Wien....	242 60	241 20
Lübeck-Büchen ...	160 50	160 50
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau..	67 —	67 30
Ostpreuss. Südbahn	122 40	123 —
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank	86 20	86 10
do. Wechslerbank	98 —	97 60
Deutsche Bank	154 —	154 —
Disc.-Command. ult.	201 60	201 20
Oest. Credit-Anstalt	499 50	498 —
Schles. Bankverein.	102 80	102 50
Industrie-Gesellschaften.		
Brsl. Bierbr. Wiesner	— —	— —
do. Eisnb.-Wagenb.	112 70	112 —
do. verein. Oelfabr.	63 50	63 50
Hofm.Waggonfabrik	111 —	111 —
Oppeln. Portl.-Cemt.	93 70	93 50
Schlesischer Cement	127 60	127 90
Bresl. Pferdebahn..	132 —	128 50
Erdmannsdrf. Spinn.	83 70	83 70
Kramsta Leinen-Ind.	127 70	128 —
Schles. Feuerversich.	— —	1500 —
Bismarckhütte	105 70	106 —
Donnersmarckhütte	30 70	31 —
Dortm. Union St.-Pr.	56 30	56 50
Laurahütte	83 75	84 25
do. 4½% Oblig.	100 70	100 70
Görl.Eis.-Bd.(Lüders)	114 —	111 50
Oberschl. Eisb.-Bed.	32 70	32 50
Schl. Zinkh. St.-Act.	116 20	116 20
do. St.-Pr.-A.	117 50	117 50
Inowrazl. Steinsalz.	36 70	37 —
Vorwärtshütte	— —	— —
Inländische Fonds.		
Deutsche Reichsanl.	105 10	105 10
Preuss. Pr.-Anl. de 55	138 20	138 25
Preuss. 4% cons. Anl.	105 —	104 80
Prss. 3½% cons. Anl.	100 10	100 10

Cours vom	18.	17.
Posener Pfandbriefe	101 90	101 80
Schles. Rentenbriefe	102 90	102 90
Goth. Prm.-Pfbr. S. I	108 60	108 90
do. do. S. II	105 40	105 40
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Breslau-Freib. 4½%	103 50	103 50
Oberschl. 3½% Lit. E	99 40	99 40
do. 4½%	103 50	— —
do. 4½% 1879	105 50	105 60
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —
Mähr.-Schl.-Ctr.-B.	61 70	61 50
Ausländische Fonds.		
Italienische Rente..	98 40	98 20
Oest. 4% Goldrente	91 50	91 40
do. 4⅕% Papierr.	68 30	68 30
do. 4⅕% Silberr.	68 60	68 70
do. 1860er Loose	118 40	118 50
Poln. 5% Pfandbr..	62 50	62 40
do. Liqu.-Pfandb.	56 50	56 60
Rum. 5% Staats-Obl.	95 40	95 40
do. 6% do. do.	105 40	105 25
Russ. 1880er Anleihe	86 70	86 80
do. 1884er do.	99 10	99 25
do. Orient-Anl. II.	61 80	62 20
do. Bod.-Cr.-Pfbr.	95 30	95 70
do. 1883er Goldr.	112 —	111 90
Türk. Consols conv.	14 90	14 70
do. Tabaks-Actien	81 80	81 50
do. Loose........	34 30	33 50
Ung. 4% Goldrente	83 —	83 10
do. Papierrente ..	76 20	76 20
Serbische Rente ...	80 80	80 70
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	161 55	161 55
Russ. Bankn. 100 SR.	200 30	200 40
do. per ult.	200 20	200 20
Wechsel.		
Amsterdam 8 T...	169 35	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	20 40½	— —
do. 1 „ 3 M.	20 35½	— —
Paris 100 Frcs. 8 T.	81 05	— —
Wien 100 Fl. 8 T.	161 40	161 40
do. 100 Fl. 2 M.	160 70	160 70
Warschau 100 SR 8 T.	200 10	200 05

Privat-Discont 1½%.

Berlin, 18. Februar, 3 Uhr 10 Min. [Dringl. Origin.-Depesche der Breslauer Zeitung.] Fester.

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
Oesterr. Credit..ult.	499 —	497 50	Gotthard ....ult.	113 12	113 37
Disc.-Command. ult.	201 75	201 —	Ungar. Goldrente ult.	82 87	82 87
Franzosen......ult.	418 50	418 50	Mainz-Ludwigshaf..	99 75	99 62
Lombarden.....ult.	210 50	212 —	Russ. 1880er Anl. ult.	86 50	86 62
Conv. Türk. Anleihe	14 87	14 62	Italiener ....ult.	98 25	98 —
Lübeck-Büchen.ult.	160 62	160 25	Russ. II. Orient-A. ult.	61 87	62 —
Dortmund-Gronau-Enschede St.-Act. ult.	63 12	62 62	Laurahütte .... ult.	83 87	84 —
Marienb.-Mlawka ult	56 12	56 12	Galizier...... .ult.	83 87	83 75
Ostpr. Südb.-St.-Act.	96 25	95 25	Russ. Banknoten ult.	200 25	200 25
Serben	80 62	80 75	Neueste Russ. Anl.	99 12	99 —

Berlin, 18. Februar. [Schlussbericht.]

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
Weizen. Ermattd.			Rüböl. Fest.		
April-Mai	153 75	154 25	April-Mai	43 80	43 70
Septbr.-October..	164 —	164 50	Septbr.-October..	45 80	45 70
Roggen. Ermattd.					
April-Mai	136 50	136 75	Spiritus. Matter.		
Mai-Juni	137 50	137 50	loco	37 90	37 50
Septbr.-October..	140 50	140 75	April-Mai	39 —	39 —
Hafer.			Juli-August	40 90	40 90
April-Mai	126 50	126 50	August-Septbr. ..	41 50	41 50
Mai-Juni	128 50	128 50			

Stettin, 18. Februar, — Uhr — Min.

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
Weizen. Fest.			Rüböl. Geschäftsl.		
April-Mai	157 50	156 —	April-Mai	43 70	43 70
Mai-Juni	159 —	158 —	Septbr.-October .	45 50	45 50
Roggen. Unveränd.			Spiritus.		
April-Mai	134 —	134 —	loco	36 60	36 30
Mai-Juni	134 50	135 —	April-Mai	38 —	37 60
Petroleum.			Juni-Juli	39 40	38 90
loco	12 20	12 15	Juli-August	40 10	39 60

Wien, 18. Februar. [Schluss-Course.] Schwächer.

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
1860er Loose .	— —	— —	Ungar. Goldrente ..	— —	— —
1864er Loose ..	— —	— —	4% Ungar. Goldrente	103 02	102 97
Credit-Actien ..	300 30	300 30	Papierrente	84 80	84 70
Ungar. do. ...	— —	— —	Silberrente	85 —	84 90
Anglo	— —	— —	London	126 45	126 45
St.-Eis.-A.-Cert.	258 30	261 —	Oesterr. Goldrente .	113 55	113 50
Lomb. Eisenb..	129 25	129 60	Ungar. Papierrente.	94 40	94 27
Galizier	207 25	207 50	Elbthalbahn	162 75	163 75
Napoleonsd'or.	10 03	10 03	Wiener Unionbank.	— —	— —
Marknoten ..	61 90	61 85	Wiener Bankverein.	— —	— —

Paris, 18. Febr. 3% Rente 82, 40. Neueste Anleihe 1872 109, 90. Italiener 97, 95. Staatsbahn 518, 75. Lombarden —, —. Fest.

Paris, 18. Febr., Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
3proc. Rente	82 27	82 17	Türkische Loose...	— —	— —
Amortisirbare	84 57	84 47	Orientanleihe II ...	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872 .	109 95	109 85	Orientanleihe III...	— —	— —
Ital. 5proc. Rente..	97 87	97 80	Goldrente, österr...	92 —	92 —
Oesterr. St.-E.-A. ..	518 75	520 —	do. ungar. 6pCt.	— —	— —
Lomb. Eisb.-Act. .	271 25	272 50	do. ungar. 4pCt.	82½	82½
Türken neue cons..	15 07	14 97	1877er Russen	100 25	100 50

London, 18. Februar. Consols 101, 07. 1873er Russen 98⅞. Wetter: Kalt.

London, 18. Febr., 1 Uhr 35 Min. Consols 101, 05. Russen 98½.

London, 18. Febr., Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platzdiscont 1¼ pCt. — Bankeinzahlung — Pfd Sterl. — Bankauszahlung — Pfd. Sterl. Realisirungen.

Cours vom	18.	17.	Cours vom	18.	17.
Consols..........	100 05	101 05	Silberrente	67⅞	68 —
Preussische Consols	103½	103½	Papierrente........	— —	— —
Ital. 5proc. Rente..	96⅞	97 —	Ungar. Goldr. 4proc.	82 —	81¾
Lombarden........	10⅞	11 —	Oesterr. Goldrente .	91 —	91½
5proc. Russen de 1871	99¼	99½	Berlin	20 55	— —
5proc. Russen de 1872	98½	99 —	Hamburg 3 Monat .	20 55	— —
5proc. Russen de 1873	98½	98⅝	Frankfurt a. M.....	20 55	— —
Silber............	— —	— —	Wien	12 77½	— —
Türk. Anl., convert.	14⅞	14⅞	Paris	25 37½	— —
Unificirte Egypter..	66⅛	66½	Petersburg	23 3/16	— —

Frankfurt a. M., 18. Febr. Italien 100 Lire k. S. 80,95 à 81 à 80 95.

Frankfurt a. M., 18. Februar, Mittags. Credit-Actien 241, 87. Staatsbahn 209, —. Galizier 167, 50. Fest.

Köln, 18. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, —, per März 16, 95, per Mai 17, 20, Roggen loco —, —, per März 13, 40, per Mai 13, 65, Rüböl loco 24, —, per Mai 23, 90. Hafer loco —, —.

Hamburg, 18. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco fest, holsteinischer loco 150—156. — Roggen loco fest, Mecklenburger loco 138—146, Russischer fest, loco 104—108. — Rüböl ruhig, loco 42½. — Spiritus matter, per April-Mai 26¾, per Juli-August 27, —, August-September 28¾, September-October 29½. — Wetter: Frost, klar.

Paris, 18. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Februar 21, 75, per März 21, 60, per März-Juni 22, —, per Mai-August 22, 60. — Mehl ruhig, per Februar 46, 90, per März 47, 30, per März-Juni 47, 75, per Mai-August 48, 75. — Rüböl ruhig, per Februar 55, 50, per März 55, 75, per März-Juni 56, 25. per Mai-August 57, 25. — Spiritus matt, per Februar 47, 50, per März 47, 75, per März-April 48, —, per Mai-Aug. 48, 50 — Wetter: Bedeckt.

Paris, 18. Februar. Rohzucker loco 33,75.

London, 18. Februar. Havannazucker 14½ nominell.

Abendbörsen.

Wien, 18. Februar, 5 Uhr 45 Min. Oesterr. Credit-Actien 300, 30. Ungar. Credit 309, 50. Staatsbahn 258, 30. Lombarden 128, 60. Galizier 207, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 61, 90. Oesterr. Goldrente —, —. 4proc. Ungarische Goldrente 103, 17. Elbthalbahn 162, 75. Abgeschwächt.

Frankfurt a. M., 18. Februar. 6 Uhr 50 Minuten. Creditactien 241, 25. Staatsbahn 208, 50. Lombarden 103, 37. Mainzer —, —. Gotthardt 109, 10. Fest.

Hamburg, 18. Februar, 9 Uhr 10 Min. Creditactien 241, — 1880er Russen 85⅛. Russ. Noten 200, 50. — Tendenz: Still.

Vorträge und Vereine.

* **Den „Mittheilungen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins"** entnehmen wir Folgendes: „Anläßlich der Hochwasser vom September und October des Vorjahres hatte der Deutsche und Oesterreichische Alpenverein, wie im Jahre 1882, eine Hilfsaction eingeleitet, über deren Ergebniß bis Ende 1885 ein Bericht des Centralausschusses vorliegt. Danach waren bis 31. December aus den Kreisen der Vereinsmitglieder bei dem C.-A. eingegangen 10296 Fl. 45 Kr. Außerdem hatten jedoch einzelne Sectionen des Vereins selbstständige Sammlungen eröffnet; so brachte das Comité der Südtiroler Sectionen die Summe von 3523 Fl., die S. Villach 1622 Fl. u. s. w. auf; so daß die Summe der Spenden bis zum Jahresschlusse 16000 Fl. erreichte. Inzwischen sind beim C.-A. noch weitere Beträge eingelaufen. Vertheilt wurden vom C.-A. sofort in Kärnten 3700 Fl., in Krain 600 Fl., in Südtirol 4100 Fl., in Nordtirol 1100 Fl.; zusammen 9500 Fl. Der Rest-Fonds wird zur Unterstützung der Recultivirung von verwüsteten Gründen verwendet. — Dem Bestandsverzeichnisse des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, dieses zur Zeit größten alpinen Vereines in Europa, entnehmen wir, daß derselbe zum Schlusse des Jahres 1885 einen Stand von 15780 Mitgliedern hatte, welche sich in 119 Sectionen vertheilten. Die Zahl der letzteren ist bis heute inzwischen schon auf 125 gestiegen, und zwar sind davon 69 mit rund 9000 Mitgliedern im Deutschen Reiche, 56 mit rund 7000 Mitgliedern in Oesterreich. — Das Budget der Centralleitung weist 95000 M. Einnahmen auf, wovon circa 23000 M. — nicht eingerechnet der von den Sectionen aus ihren eigenen Einnahmen verwendeten Beträge — für Weg- und Hüttenbauten bestimmt waren. Die „Mittheilungen" des Vereines erscheinen jetzt in einer Auflage von 18500 Exemplaren, die „Zeitschrift" 1885 in 16300 Exemplaren. — Der vor Kurzem zur Ausgabe gelangte Band der „Zeitschrift des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins" enthält eine Reihe werthvoller wissenschaftlicher Abhandlungen, von welchen zu nennen sind: Dr. Peter: „Ursprung und Geschichte der Alpenflora", Dr. Oster: „Die Veroneser Klausen und Otto von Wittelsbach", Dr. Geistbeck: „Die südbairischen und nordtirolischen Seen", dann Gletscherstudien von Dr. Richter, Dr. Diener, Dr. von Frey, Bergrath Seeland. Besonders interessant ist die mustergiltige Monographie: „Das Land Berchtesgaden" von Dr. Albrecht Penck und Dr. Ed. Richter, welche den Stoff mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und dabei in vollendeter Darstellung behandelt. Die merkwürdigen culturgeschichtlichen und politisch-rechtlichen Verhältnisse jenes deutschen Gaues werden in weiten Kreisen Interesse erregen. Daneben finden sich eine Anzahl touristischer Aufsätze, sowie eine Biographie des Alpenforschers Adolf Schaubach von Dr. Ortlepp. Reich ausgestattet ist auch der Band mit Kunstbeilagen, darunter drei vorzüglich gelungene Ansichten in Lichtkupferdruck, und das erste Blatt der Karte des Berchtesgadener Gebietes, welches der Deutsche und Oesterr. Alpenverein auf seine Kosten eigens mappiren ließ. Es ist dies wohl der erste Fall, daß ein Verein ein Gebiet vermessen und kartographisch aufnehmen läßt; eine Aufgabe, die bisher nur den Staaten zufiel.

Landwirthschaft.

* **Der landwirthschaftliche Centralverein für Schlesien** wird, wie bereits mitgetheilt, am 1. März c., Vormittags 10 Uhr, im hiesigen Ständehause seine ordentliche Jahressitzung abhalten. Von den zahlreichen zur Berathung gestellten Gegenständen heben wir folgende hervor: Bericht des Vorstandes; Aufnahme neuer Vereine; Wahlen; Rechnungs- und Kassen-Angelegenheiten; Antrag des landwirthschaftlichen Vereins zu Guhrau: „Centralcollegium wolle den Vorstand beauftragen, bei dem Herrn Regierungs-Präsidenten zu Breslau dahin vorstellig zu werden, daß die in der Verordnung der königlichen Regierung vom 12. Juli 1881 enthaltene Bestimmung, wonach die Ursprungs-Atteste für Rindvieh von dem Amtsvorsteher zu bestätigen sind, möge aufgehoben und die Ausfertigung lediglich den Gemeindevorstehern übertragen werden." Antrag des landwirthschaftlichen Kreisvereins Ratibor, betreffend „die Verstaatlichung des Hagelversicherungswesens". Antrag des landwirthschaftlichen Vereins Rybnik: „Centralcollegium wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler um Vorlage eines Gesetzes an die gesetzgebenden Körper zu ersuchen, welches bezweckt: 1) von importirter Wolle, Baumwolle, Jute und Flachs, sowie von allen aus diesen Materien hergestellten importirten Fabrikaten einen Schutzzoll in Höhe von einem Dritttheil ihres Werthes zu erheben und 2) von allen im Inlande aus Wolle, Baumwolle, Flachs und Jute hergestellten, zum Export gelangenden Fabrikaten den Schutzzoll zurückzuvergütigen. Antrag des ökonomisch-patriotischen Vereins zu Oels, betreffend — „Woll-Importzölle (pro Ctr. 30 Mark für Schmutzwolle, 60 Mark für Rückenwäsche und 90 Mark für Fabrikwäsche)", und die von privater Seite eingegangene Petition, betreffend „Bevorzugung der aus inländischer Wolle gefertigten Stoffe seitens der Militärverwaltung." Antrag des landwirthschaftlichen Vereins zu Breslau: „Centralcollegium wolle das Branntwein-Monopol in den Kreis der Erörterung ziehen und eventuell dessen Einführung bei den gesetzgebenden Factoren befürworten." Antrag des land- und forstwirthschaftlichen Vereins Oppeln: „Der Centralverein wolle in Anerkennung des Bedürfnisses die erforderlichen Maßregeln zur Ausbildung von praktischen Wiesenwärtern treffen." Antrag des landwirthschaftlichen Kreisvereins Leobschütz: „Der landwirthschaftliche Centralverein für Schlesien wolle bei dem Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten dahin vorstellig werden, eine allgemeine Verordnung darüber zu erlassen, welche Maßregeln gegenüber der Mäuseplage seitens der betreffenden Grundbesitzer zu ergreifen sind, und welche Maßnahmen die Localbehörden bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften zu treffen haben, bezw. welche Strafe in diesem Falle eintritt." Antrag des landwirthschaftlichen Vereins zu Schweidnitz: „Centralverein wolle bei der königl. Regierung vorstellig werden, daß nicht nur die einzelnen Besitzer zwangsweise, wie es schon in einzelnen Kreisen geschieht, angewiesen werden, bei Zeiten durch Fallenstellen, Mäusegräben und Vergiften den Kampf gegen die Mäuse aufzunehmen, sondern besonders auch, daß die Inhaber von öffentlichen Wegen, Dämmen 2c. veranlaßt werden, gleichfalls die Vertilgung zu bewirken, weil Wege, Dämme 2c. die Hauptaufenthalts- und Nistungsorte dieser Thiere sind und eine Vernichtung derselben auf den Ackerflächen allein nutzlos ist." Antrag des landwirthschaftlichen Kreisvereins Falkenberg: „Der landwirthschaftliche Centralverein für Schlesien wolle bei dem Herrn Minister für Landwirthschaft die geeigneten Maßregeln beantragen, um der vollständigen Entwerthung des aus sanitätspolizeilichen Rücksichten auf den größeren Viehmärkten beschlagnahmten Viehes vorzubeugen und dasselbe durch zu errichtende, unter Staatsaufsicht stehende Anstalten bestmöglichst zu verwerthen." Antrag des landwirthschaftlichen Vereins Haynau: „Der landwirthschaftliche Centralverein wolle darauf hinwirken, daß entweder durch eine staatliche oder durch eine von dem Verbande aller schlesischen landwirthschaftlichen Vereine ins Leben gerufene Versicherung die Landwirthe gegen die ihnen unverschuldet aus der Rindertuberkulose erwachsenden Verluste wirksam geschützt werden."

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 18. Februar.

Die heut abgehaltene Sitzung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Stadtv. Dr. Seuffert, geleitet. Nach einer kurzen unwesentlichen Mittheilung gelangten zunächst einige Etats zur vorläufigen Festsetzung. Der

Etat des Stadt-Leihamtes wird unverändert in Einnahme und Ausgabe mit 47 500 M. (Ueberschuß 9310 M.) festgesetzt, nachdem Stadtv. Geier kurz über denselben referirt hat. Bezüglich des

Etats des Armenhauses empfiehlt der Etats-Ausschuß von den in Titel IV der Ausgabe für Beköstigung ausgeworfenen 63 500 M. 3000 M. und von den in Titel V, Pos. 2 der Ausgabe vorgesehenen 3000 M. zur Anschaffung und Unterhaltung von Lagerstätten 300 M. abzusetzen. Stadtv. Kärger begründet mit kurzen Worten diese Anträge des Etats-Ausschusses, die ohne weitere Discussion von der Versammlung genehmigt werden.

Der Etat der Armenhaus-Abtheilung im Claassen'schen Siechhause, über den Stadtv. Kärger ebenfalls referirt, wird mit einer unwesentlichen Modification mit 15 590 M. Zuschuß zu den 255 M. betragenden Einnahmen festgesetzt.

Der Etat des Arbeitshauses ist vom Magistrat in der Einnahme auf 93 730 M. und in der Ausgabe auf 108 250 M. festgestellt worden, so daß ein Zuschuß von 14 520 M. erforderlich wird. In Titel III der Ausgabe sind 50 000 M. auf Beköstigung angesetzt. Der Etats-Ausschuß empfiehlt, hiervon 5000 M. abzusetzen und mit dieser Modification den Etat vorläufig zu genehmigen. Er beantragt ferner, den Magistrat zu ersuchen, den Wasserverbrauch im Arbeitshause durch Wassermesser zu ermitteln und das verbrauchte Quantum im Etat zu vermerken. Stadtv. Vogt empfiehlt die Anträge des Etats-Ausschusses, welche von der Versammlung ohne Discussion zum Beschluß erhoben werden.

Etat des Grundeigenthums. Bezüglich dieses Etats, der bei der Gesammt-Einnahme von 128 305 M. und einer Ausgabe von 5610 Mark einen Ueberschuß von 122 695 M. nachweist, empfiehlt der Etats-Ausschuß nur:

den Magistrat zu ersuchen, die bezüglich der Aufstellung der Anschlagstafeln getroffenen Abmachungen der Versammlung mitzutheilen.

Die Versammlung genehmigte diesen Antrag, der von dem Referenten, Stadtv. Geier, kurz motivirt und vom Stadtv. John noch besonders befürwortet wird. — Zu diesem Etat ist im Weiteren vom Stadtverordneten Haber I. der Antrag eingegangen, die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Bureaux der Stadtverordnetenversammlung an das Fernsprechnetz angeschlossen werden. Der Antragsteller weist darauf hin, daß bereits eine größere Anzahl Magistratsmitglieder und Stadtverordnete bezüglich ihrer Privatgeschäfte an das Fernsprechnetz angeschlossen seien und daß es für diese eine große Geschäftserleichterung sein würde, wenn auch bezüglich der Bureaux der Stadtverordnetenversammlung der Anschluß an dasselbe herbeigeführt würde.

Der Antrag wird mit großer Majorität genehmigt.

Der Etat des Polizei-Gefängnisses erfordert einen Zuschuß von 22119 Mark. Magistrat will einer Gefangenen-Aufseherin, die bisher 600 Mark an Besoldung erhielt, 720 Mark geben. Der Etats-Ausschuß will das Mehr von 120 Mark streichen, gegen welchen Antrag sich Stadtrath Hübner wendet und bittet, die vom Magistrat beantragten 720 Mark zu bewilligen, was auch nach kurzer Discussion, an der sich die Stadtverordneten Vogt und Kärger und Stadtrath Hübner betheiligen, beschlossen wird. Demnächst gelangt ein

Dringlichkeits-Antrag des Magistrats, betreffend die freihändige Vergebung einer Lieferung von glasirten Ziegeln für den Neubau des Schulhauses in der Sadowastraße an die Firma Bienwald u. Rother in Liegnitz, über den wir bereits ausführlich berichtet haben, zur Verhandlung. Stadtv. Mann empfiehlt als Referent, nachdem die Versammlung die Dringlichkeit des Gegenstandes anerkannt hat, die Genehmigung des Magistrats-Antrages. Die Stadtverordneten Schmidt I und Bock empfehlen die Ueberweisung des Antrages an den Bau-Ausschuß. Stadtbaurath Plüddemann weist darauf hin, daß die Herstellung glasirter Ziegeln mehrere Monate Zeit erfordere, eine Verzögerung der Angelegenheit würde einer Ablehnung der Verwendung glasirter Ziegeln gleichkommen. Die Stadtverordneten Simon, Ehrlich und Müller I. befürworten die sofortige Genehmigung des Magistrats-Antrages. Dieselbe wird von der Versammlung ausgesprochen.

Indem die Versammlung demnächst wieder zu der Etatsberathung zurückkehrt, bemerkt der Vorsitzende, daß zu den zunächst zur Verhandlung stehenden Etats der höheren Lehranstalten ein genereller Antrag des Etats-Ausschusses eingegangen sei. Es empfehle sich, diesen vor den genannten Etats zu erledigen.

Der Etatsausschuß empfiehlt: in die Etats für die Verwaltung der Gymnasien zu St. Elisabet und St. Maria Magdalena, des Johannes-Gymnasiums, sowie der Realgymnasien am Zwinger und zum heiligen Geist sub Tit. VI. resp. Va. und V. der Ausgabe „zur Unterhaltung und Vermehrung der (Lehrer-) Bibliotheken je 100 Mark" abzusetzen.

Ref. Stadtv. Dr. Caro motivirt den Ausschußantrag. Nachdem in einer der letzten Sitzungen der Versammlung die Remunerationen für die Bibliothekare bewilligt worden seien, habe der Etatsausschuß geglaubt, die Absetzung der 100 M. empfehlen zu müssen.

Stadtv. Dr. Elsner findet es auffallend, daß der Etatsausschuß gewissermaßen einen Plenarbeschluß corrigiren wolle.

Stadtv. Milch bestreitet diese Ausführung. Der Ausschuß habe bis nach Beschlußfassung über die Remunerationen die Berathung über die Bibliotheken ausgesetzt und den Beschluß der Absetzung aus dem Grunde gefaßt, weil er der Meinung sei, daß der Umfang der Bibliotheken weit über das Maß hinaus gehe. Den sämmtlichen anderen wissenschaftlichen Lehrkörpern, z. B. der Universität, ständen nur eine gemeinsame Bibliothek zu Gebote. Außerdem besäßen jetzt die Bibliotheken einen großen und ausreichenden Stamm, so daß eine so umfangreiche jährliche Neuanschaffung nicht nöthig erscheine.

Stadtv. Hainauer führt an, daß Breslau im Verhältniß zur Reichshauptstadt bedeutend größere Beträge für die Bibliotheken ausgebe. Redner glaubt zum Beweise dessen einige Zahlen anführen zu sollen, auch deshalb, damit nicht wiederum, wie kürzlich geschehen, einem ehrenwerthen Mitgliede der Versammlung von einem Blatte, das sich mit Schulsachen beschäftige, Sachen unterlegt und imputirt würden, von denen er niemals geglaubt hat, daß sie in einer Schulzeitung Aufnahme finden könnten.

Stadtv. Morgenstern bestätigt die Ausführungen des Stadtv. Milch. Der Ausschuß habe geglaubt, ebenso wie es auch schon in der Versammlung geltend gemacht worden sei, daß man lieber eine kleine Bibliothek unter guter Verwaltung schaffen solle, als eine große unter schlechter. Redner hält sogar die vom Stadtv. Hainauer angeführten Zahlen für zu niedrig. Er seinerseits sei gewiß von dem Verdacht geschützt, den Gymnasien nicht das ihnen Zukommende geben zu wollen, aber er glaube, man könne die Ermäßigung annehmen, ohne den Zwecken dieser Bibliotheken zu schaden.

Stadtv. Dr. Elsner führt aus, daß er mit seinen früheren Aeußerungen doch wohl im Recht gewesen sei.

Stadtschulrath Pfundtner erklärt, daß auch er aus den Verhandlungen des Etatausschusses den Eindruck gewonnen habe, als ob die betreffenden Positionen bereits festgesetzt waren und dann erst nach Genehmigung der Remuneration die Herabsetzung erfolgt sei. Ferner mache er darauf aufmerksam, daß nach dem Antrage des Ausschusses das Elisabethgymnasium nur 400 M. für den Bibliothekar erhalten würde, während den übrigen Gymnasien 500 M. bewilligt würden. Diese Summe wäre entschieden ungenügend. Wenn auf die Größe der Bibliotheken hingewiesen würde, so sei zu bedenken, daß dieselben sehr viel durch Vermächtnisse und Erbschaften aus früherer Zeit vergrößert worden seien.

Stadtv. Dr. Caro vertheidigt die Auffassung des Ausschusses. Den Lehrern ständen zu größeren wissenschaftlichen Arbeiten die königl. und städtische Bibliothek zu Gebote. In der königl. Bibliothek zu Berlin genügten für diejenigen, die sich nur mit Arbeiten weniger bedeutenderen Umfanges beschäftigten, mehrere Schränke von weniger Inhalt, als die Lehrerbibliotheken.

Stadtv. Hainauer empfiehlt über die einzelnen Gymnasien getrennt abzustimmen.

Stadtv. Haber II. vermißt in der Motivirung des Ausschußantrages einen Nachweis derjenigen Zeitschriften u. s. w., die entbehrlich wären und ebenso einen Nachweis der Preise dieser Zeitschriften. Er beantrage daher die Zurückverweisung des Antrages in die Etatscommission.

Nach einem Schlußwort des Referenten Dr. Caro wird aber die Zurückverweisung an den Ausschuß abgelehnt und der Antrag der Commission angenommen.

Demnächst empfiehlt der Vorsitzende, zunächst auch noch über den die Schülerbibliotheken an den höheren Lehranstalten und die Erhebung eines Lesegeldes betreffenden Antrag zu verhandeln. Der Antrag, über den wir in Nr. 115 d. Ztg. ausführlich berichtet haben, wird nach kurzer Befürwortung durch den Referenten, Stadtv. Dr. Caro, ohne Discussion genehmigt.

Hierauf gelangen im Weiteren folgende Etats zur vorläufigen Feststellung:

Etat des Elisabet-Gymnasiums. Die Einnahmen desselben betragen 61 370 M., die dauernden Ausgaben incl. Lehrerbesoldungen und ideelle Zinsen 117 393 M., die einmaligen außerordentlichen Ausgaben 1733 M., so daß ein Zuschuß von 57 756 M., oder excl. der ideellen Zinsen von 50 151 M. nothwendig ist. Der Etats-Ausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme des Etats. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Der Etat des Maria-Magdalenen-Gymnasiums erfordert bei einer Einnahme von 63 710 Mark und einer dauernden Ausgabe von 124 945 M. und einer einmaligen außerordentlichen Ausgabe von 750 M. einen Zuschuß von 61 985 M., excl. der ideellen von Zinsen 51 000 M. Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 750 M. sind zur Ergänzung der Lehrmittel für den physikalischen Unterricht bestimmt. Durch den im Jahre 1882 eingeführten neuen Lehrplan ist nämlich der physikalische Unterricht in den Gymnasien bedeutend erweitert worden. Die Lehrmittel für diesen Unterricht müssen daher ergänzt werden, was vor 1885 aus Mangel an einem zur Aufstellung derselben erforderlichen Raume unterblieben ist, und sollen die hierzu erforderlichen Mittel, auf mehrere Jahre vertheilt, im Extraordinarium des Etats zur Bewilligung gestellt werden.

Der Etats-Ausschuß beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Gesammtkosten hierfür der Versammlung mitzutheilen.

Der Referent, Stadtv. Dr. Caro, der über den Etat referirt, bezeichnet es als auffallend, daß die unteren Klassen des Gymnasiums verhältnißmäßig schwach frequentirt seien. Es sei constatirt worden, daß der jetzige Leiter des Gymnasiums sich gegen die Aufnahme von Schülern in die unteren Klassen ablehnend verhalte.

Stadtschulrath Dr. Pfundtner erwidert, Magistrat habe sich bereits mit dieser Frage beschäftigt. Es habe sich herausgestellt, daß der Leiter der Anstalt von der Ansicht ausgehe, das Gymnasium sei, namentlich in den Oberklassen, überfüllt und es müsse allmälig auf die Normalzahl heruntergebracht werden. Dem habe Magistrat nicht geradezu widersprechen können, er habe aber doch darauf hingewiesen, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt, sowie auch der Bürger, welche ihre Kinder der Anstalt übergeben wollen, doch auch eine gewisse Berücksichtigung verdienen.

Der Etat wird demnächst vorläufig festgesetzt und der Antrag des Etats-Ausschusses angenommen.

Bei sämmtlichen nachfolgenden Etats werden die bezüglichen Vorschüsse des Etats-Ausschusses genehmigt, nachdem die betreffenden Referenten kurz über dieselben referirt haben.

Johannes-Gymnasium. Der Etat ist in der Einnahme auf 55 785 M., in der dauernden Ausgabe auf 100 001 M. angenommen, wozu noch 976 M. an einmaligen außerordentlichen Ausgaben für bauliche Ausführungen kommen, von denen jedoch der Etats-Ausschuß einige ganz abzulehnen, andere herabzusetzen, empfiehlt.

Etat des Realgymnasiums am Zwinger. Derselbe weist eine Einnahme von 49 490 M., eine dauernde Ausgabe von 119 828 M. und also einen Zuschuß von 70 338 M. auf, der sich noch um 1139 M. einmalige außerordentliche Ausgaben erhöht. Außer der Anschaffung von 29,70 lfd. Meter neuer Subsellien (372 M.) sind zur Beschaffung eines Linoleumteppichs in das Amtszimmer des Directors rund 95 M. und zur Herstellung der ausgelaufenen Fußbodendielung durch Ziegelpflaster und Belegung desselben mit Terrazzofliesen im Haupteingangsflur und dem dahinter liegenden Treppenflur rund 692 M. ausgeworfen. Diese letztere Position empfiehlt der Etat-Ausschuß ganz abzulehnen, von den 95 Mark dagegen 55 Mark abzusetzen.

Etat am Realgymnasium zum heiligen Geist. Bezüglich dieses Etats, der eine Einnahme von 46 860 M. und eine dauernde Ausgabe von 107 191 M., eine einmalige außerordentliche Ausgabe von 686 M. nachweist, also einen Zuschuß von 61 107 M. erfordert, empfiehlt der Etat-Ausschuß die unveränderte vorläufige Festsetzung.

Etat der kath. höheren Bürgerschule. Derselbe erfordert einen Zuschuß von 42 820 M., da die Einnahme nur 16 080 M., die dauernden Ausgaben aber 58 030 M. betragen, zu denen noch einmalige außerordentliche Ausgaben von 800 M. kommen. Der Etats-Ausschuß empfiehlt eine Reihe von Absetzungen, darunter 100 M. für die Lehrerbibliothek und 752 Mark zur Belegung des Corridors im Erdgeschoß mit Terazzoplatten. Weiter empfiehlt der Ausschuß, den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen anzustellen, ob es nicht angänglich erscheint, die evang. Schüler der kath. Bürgerschule an dem Religionsunterricht in der evangelischen Bürgerschule Nr. 1 theilnehmen zu lassen, wie das bereits rücksichtlich der jüdischen Schüler angeordnet ist.

Der Etat der Stadtbibliothek erfordert einen Zuschuß von 13755 Mark, da die Einnahmen nur 675 Mark betragen. Derselbe wird, nachdem Stadtv. Weinhold über ihn referirt hat, unverändert vorläufig genehmigt.

Etat der Volksbibliotheken. Derselbe weist eine Einnahme von 170 Mark und eine Ausgabe von 3140 Mark nach. Der Etat-Ausschuß empfiehlt, eine in diesen 3140 Mark enthaltene einmalige Ausgabe von 500 Mark für 1000 Exemplare des Katalogs der Bibliothek Nr. 3 zur Zeit abzusetzen, weil kein Kostenanschlag beigefügt ist.

Eine kurze Discussion entspinnt sich noch bei dem

Etat des Nachtwachtwesens (Einnahme 35 M., Ausgabe 134 955 Mark). Der Referent, Stadtv. Weinhold, empfiehlt, den Etat vorläufig festzusetzen.

Stadtv. Wehlau bezweifelt die Zuverlässigkeit der Nachtwachtbeamten, indem er darauf hinweist, daß sich kürzlich bei einer Gerichtsverhandlung herausgestellt habe, daß ein Nachtwächter als notorischer Trunkenbold bekannt und auch bereits wegen Diebstahls bestraft gewesen sei. Redner hält eine durchgreifende Reorganisation des Nachtwachtwesens für geboten.

Oberbürgermeister Friedensburg weist nach, daß bei der Anstellung von Nachtwächtern mit der größten Vorsicht vorgegangen werde. Es werde stets vor der Anstellung bei dem Polizei-Präsidium angefragt, ob der Mann etwa bereits in Untersuchung gewesen sei oder sonst etwas gegen ihn vorliege. Das sei auch bei dem erwähnten Wächter der Fall gewesen, und die Antwort habe negativ gelautet. Ferner würden meist nur gediente, kräftige Leute zu diesem Amte ausgewählt. Die Verwaltung könne daher keine Schuld treffen, denn daß unter ungefähr 200 Angestellten einmal Einer sich befinde, der zu Klagen Anlaß gebe, sei nicht zu vermeiden. Was die Reorganisation anlange, so habe der Nachtwacht-Inspector Junghans allerdings einen Plan bereits vorgelegt, der aber bedeutende Mehrausgaben nothwendig gemacht hätte. Auch habe das Polizeipräsidium von einer Aenderung des Bestehenden abgerathen, und dabei sich über das Breslauer Nachtwachtwesen anerkennend ausgesprochen.

Stadtv. Geier hält trotzdem die jetzige Einrichtung, namentlich in Bezug auf die Besoldung, für mangelhaft, und befürwortet eine Reorganisation.

Darauf wird der Etat des Nachtwachtwesens vorläufig festgesetzt.

Demnächst tritt die Versammlung in die

Wahl zweier unbesoldeter Stadträthe ein und zwar zunächst in die Ersatzwahl für Herrn Stadtrath Müller. Es werden 74 giltige Stimmzettel abgegeben, so daß die absolute Majorität 38 beträgt. Es erhalten Stadtv. Frey 39, Stadtv. Bock 29, die übrigen Stimmen zersplittern sich. Stadtv. Frey ist also bis zum 20. September 1887 zum unbesoldeten Stadtrath gewählt.

Hierauf erfolgt die Wahl an Stelle des eine Wahl ablehnenden Dr. Promnitz. Es wurden 77 Zettel abgegeben, von welchen 2 unbeschrieben sind; es bleiben daher 75 giltige Stimmzettel und die absolute Majorität beträgt 38 Stimmen. Es erhalten Stadtv. Schäfer 52, Stadtv. Bock 19, die übrigen Stimmen zersplittern sich ebenfalls.

Statdv. Schäfer ist somit bis zum 20. December 1890 zum unbesoldeten Stadtrath gewählt.

Darauf wird die Sitzung gegen 6¼ Uhr geschlossen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

(B. Ztg.) **Beuthen OS.**, 15. Februar. [Schwurgericht. — Zerstörung eines Gebäudes mittelst explodirbarer Stoffe, resp. Anstiftung.] Das Silbermann'sche Hotel in Naklo ist am Abend des 16. December 1883 der Schauplatz einer sehr böswilligen That gewesen. Gegen 10 Uhr vernahmen die im Hotel anwesenden Personen, unter denen sich auch als Gast der Amtsvorsteher Hawranke befand, einen furchtbaren Knall, der durch eine Explosion hervorgerufen schien und durch dessen Heftigkeit die Anwesenden in die größte Bestürzung geriethen. Der im Hausflur sich bald darauf verbreitende Qualm führte zu der Vermuthung, daß im Gebäude selbst eine Explosion stattgefunden, und ein Jeder war sich darüber umsomehr klar, als einige Zeit vorher, ungefähr drei Stunden vor diesem Vorfalle, der Schlepper Anton Henkelmann aus dem Hotel gewaltsam entfernt wurde, wobei er schwere Drohungen ausstieß. Die angestellten Untersuchungen im Hotelgebäude ergaben, daß in der That eine Explosion in demselben stattgefunden und daß die angerichtete Zerstörung eine ziemlich bedeutende gewesen. Es waren eine große Anzahl Fensterscheiben gesprungen, Fensterkreuze gebrochen, Hausthür und Decke arg beschädigt und noch anderer Schaden entstanden. Der durch den Amtsdiener herbeigeholte Gendarm begab sich in die Henkelmann'sche Wohnung; H. lag bereits im Bette und schien zu schlafen. Seine Stiefeln waren aber noch sehr naß, als wenn er dieselben eben erst von den Füßen gezogen. Der Gendarm nahm dieselben mit, um etwaige Fußspuren, die sich um das Gebäude herum bis nach der Stelle, wo die Explosion vor sich gegangen, zeigen sollten, mit den Stiefeln zu vergleichen. In dem vom Regen aufgeweichten Boden wurden auch wirklich Spuren gefunden, in denen die Stiefel genau hineinpaßten. Dieser Umstand in Verbindung mit den von Henkelmann ausgestoßenen Drohungen führten zu dessen Verhaftung noch an demselben Abend. — Am 30. Januar 1884 des Abends erfolgte abermals eine theilweise Zerstörung des Silbermann'schen Hotelgebäudes. Henkelmann befand sich zur Zeit noch in Untersuchungshaft, und es gelang diesmal nicht, bei dem Fehlen jeden Verdachts, den Thäter zu ermitteln. Später wurde Henkelmann in Folge mangelnden Beweises aus der Untersuchungshaft wieder entlassen; erst nach längerer Zeit kam es durch nahe Verwandte desselben heraus, daß die erste Explosion mittelst Dynamit von Anton Henkelmann und die zweite von dessen Schwager Johann Bednarczyk auf Anstiften des Schwiegervaters, Joseph Henkelmann, erfolgt war. Die hierauf eingeleitete Untersuchung richtete sich gegen alle drei Personen, gegen welche die Anklage erhoben wurde. Die Geschworenen erlangten jedoch nur Ueberzeugung von der Schuld des ersten Angeklagten, während sie die Schuldfragen gegen die übrigen Beiden verneinten. Der Schlepper Anton Henkelmann wurde auf Grund dieses Spruches zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurtheilt; Johann Bednarczyk und Joseph Henkelmann wurden freigesprochen.

Literarisches.

Naturgeschichte des Thierreichs für Schule und Familie. 91 fein in Farbendruck ausgeführte Doppelfoliotafeln mit 40 Bogen reichillustrirtem Texte. Verlag von J. F. Schreiber in Eßlingen. Bei dem großen Interesse, welches sich für die Naturwissenschaften nicht nur bei der heranwachsenden Jugend, sondern auch bei Erwachsenen findet, ist die Ausgabe Schreiber der großen Naturgeschichte des Thierreichs um so mehr freudig zu begrüßen, als sich bei derselben mannigfache Vorzüge vereinigen, um sie zu einem der besten unter den wohlfeilen Bilderwerken zu machen. Das Buch zeichnet sich ganz besonders durch die Reichhaltigkeit des Inhalts aus — über 700 Thiere auf 91 Tafeln. — Unbedingtes Lob gebührt der die Naturkörper im Ganzen und im Einzelnen richtig wiedergebenden Zeichnung und dem höchst sorgfältig ausgeführten, ganz vorzüglichen Colorit. Jeder Abtheilung geht eine zwar kurze, aber belehrende Beschreibung der einzelnen Tafeln voran. Dieselbe ist in der vorliegenden achten Auflage mit vielen Holzschnitten geziert. Wir können das Werk wegen seiner Reichhaltigkeit, Genauigkeit und Schönheit der Ausführung für Schule und Haus gleich warm empfehlen. Das Werk erscheint in 36 vierzehntägigen Lieferungen und ist jede Buchhandlung im Stande, die erste Lieferung zur Ansicht vorzulegen.

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich Umlauft in Wien. A. Hartlebens Verlag. Wien. Pest. Leipzig 4. Heft. VIII. Jahrgang. — Das 4. Heft des VIII. Jahrgangs dieser reich illustrirten, alle Zweige der Geographie und Statistik umfassenden Zeitschrift hat folgendenden Inhalt: Wanderungen durch die Magellanstraße. Von Joseph Ritter von Lehnert. (Mit einer Karte und vier Illustr.) Die geographische Kenntniß der Alpen in früherer Zeit. Von M. Knith. Die Samoaner und ihre Sitten. Von Adolf Miesler. (Mit zwei Illustr.) Astronomische und physikalische Geographie. Resultate der Beobachtungen des neuen Sternes im Andromedanebel. Von J. Holetschek. Zur Geographie des kroatischen Mesopotamiens. Von A. Gavazzi. (Mit einer Karte.) Politische Geographie und Statistik. Die städtische Bevölkerung im Deutschen Reiche nach der Volkszählung vom 1. December 1885. Die schwedischen Eisenbahnen. Wollproduction in Australien. Die Durchquerungen von Mittel- und Südafrika. Ueber das Schulwesen in Finnland. Der Colonialbesitz Spaniens. Kleine Mittheilungen aus allen Erdtheilen.

Grundriß der Geschichte der Europäischen Litteraturen von Dr. Albert Schmidt. Leipzig. Verlag von Hermann Hucke. Erstes und zweites Bändchen: italienische und niederländische Litteratur.

Die hervorragendsten Werke aller Literaturen sind heutzutage, Dank der sehr ausgebildeten und weitverbreiteten Uebersetzungskunst, Gemeingut aller Gebildeten geworden. Wir lesen nicht blos — wie etwa vor fünfzig Jahren — Shakespeare in einer dem Original an poetischer Kraft fast gleichkommenden Nachbildung, sondern ebenso die Meisterwerke der Italiener, Franzosen, Spanier, Russen, Dänen, Schweden u. s. w. Es ist daher ein durchaus zeitgemäßes, in gewissem Sinne thatsächlich „einem dringendem Bedürfniß" abhelfendes Unternehmen der genannten Verlagsbuchhandlung, durch einen Cyclus kurzgefaßter, populär gehaltener Litteraturgeschichten den gebildeten Laien in den Stand zu setzen, sich von der geistigen Entwickelung desjenigen Volkes, an dessen poetischen Erzeugnissen er sich erbaut hat, ein Bild zu verschaffen.

Die beiden vorliegenden Bändchen scheinen uns vollkommen ihren Zweck zu erfüllen und lassen auch für die folgenden das Beste erwarten. Bei aller Kürze sind nicht blos die wichtigsten Erscheinungen der italienischen und niederländischen Litteratur in helles Licht gesetzt, sondern auch den Diis minorum gentium ihr gebührender Platz angewiesen. Die Darstellung der literarischen Persönlichkeiten eines Dante, Ariost, van den Vondel und Anderer zeugen von ebenso gründlicher Vertiefung in den behandelten Gegenstand als von vorurtheilsloser und geschmackvoller Kritik. Wenn wir etwas auszusetzen hätten, wäre es nur der Umstand, daß der Litteratur des 19. Jahrhunderts ein verhältnißmäßig gar zu kurzer Raum gegönnt worden ist. Das ist jedoch ein Uebelstand, dem eine zweite Auflage leicht abhelfen kann. Wir prophezeien den auch äußerlich sehr hübsch ausgestatteten Büchern die weiteste Verbreitung. S.

Hackländer's berühmtester Soldaten-Roman: **„Der letzte Bombardier"**, erscheint zum ersten Mal in illustrirter Ausgabe (bei Carl Krabbe in Stuttgart). — „Der letzte Bombardier" ist eine der liebenswürdigsten Schöpfungen Hackländers. Er zeigt sich hier als tief gemüthvoller Humorist, der uns in behaglichem Plauderton ein Menschenleben zeichnet und schildert, herzgewinnend von der ersten Seite an, voll liebenswürdiger Episoden. Der Held ist ein Soldatenkind, das in stiller Waldeinsamkeit aufwächst und seinen ersten Ausflug in die Welt im ehrbaren Gewand eines Schulgehilfen unternimmt. Die Verhältnisse, in die er da tritt, sind köstlich geschildert. Ziemlich schiffbrüchig verläßt er die pädagogische Laufbahn und bedeutungsvollerweise tritt er gleich activ in ein Artilleriemanöver ein. So folgt er denn dem Drang seines Herzens und zieht des Königs Rock an. Schließlich führt ihn die Liebe zu glücklichem Wirken und Leben auf eigene Scholle. Der Fülle von Gestalten und Scenen sind die beiden Künstler Bergen und Haug in ihren Illustrationen in hohem Maße gerecht geworden. Wie eine eigene Poesie über dem Jugend- und Wanderleben des Helden liegt, so giebt uns auch der Zeichner stimmungsvolle Bildchen aus Wald und Feld. Voll Humor sind die Soldatengeschichten dargestellt und prächtig, voll dramatischen Lebens, die Manöverscenen. Illustration und Erzählung sind in gleichem Maße fesselnd und ansprechend.

Quietschvergnügt. Schnoken in schlesischer Mundart von Hermann Bauch. Mit einem Vorwort von Max Heinzel. Breslau, 1886. Verlag von Josef Max u. Comp. Mit Max Heinzel, der der Erstlingsschrift unseres Mitbürgers Hermann Bauch in seinem Vorwort ein Glück auf den Weg! zuruft, wollen auch wir derselben einen recht guten Erfolg wünschen. Derb wie die Sprache ist der Ton der „Verzählsel", dabei aber auch von solchem Humor, daß man oft „verknucht" lachen muß über „de Trichinn", übers „tücksche Honsel", den „Knurpel Fernand" u. a. m. Wer die Sprache der Schläsing versteht, dem wird Bauch's Büchlein sicher ein heiteres Stündchen bereiten. —n—.

Allgemeine Deutsche Wechselordnung mit Commentar in Anmerkungen und der Wechselproceß nach den Reichs-Justizgesetzen. Von H. Rehbein, Reichsgerichtsrath. 3. Auflage. Berlin, Verlag von H. W. Müller. Das nur 173 Seiten umfassende Buch ist zum Gebrauch der Geschäftstreibenden, wie der Juristen bestimmt; es stellt die durch die Rechtsprechung entwickelten Grundsätze kurz und leicht verständlich dar und liefert durch stete Quellenangabe die Möglichkeit, die einzelnen Entscheidungen, deren Quintessenz hier mit außerordentlicher Präcision mitgetheilt ist, vollständig nachzuschlagen.

Das Preußische Gesinderecht, gemeinfaßlich dargestellt, an Beispielen erläutert und durch eine Darstellnng über die neue Verwaltungs- und Gerichtsorganisation ergänzt von H. Posseldt, Amtsgerichtsrath in Berlin. Zweite Auflage, bearbeitet von Amtsrichter Lindenberg. Berlin, Verlag von H. W. Müller. Ein überaus lehrreiches, handliches Büchlein, welches auf 128 Seiten die im Titel bezeichnete, allgemein interessirende Materie vollständig und in volksthümlicher Sprache behandelt.

Vom Standesamte. 18. Februar.

Aufgebote.

Standesamt I. **Richter,** Carl, Zimmermann, k., Sandstr. 6, **Fiedler,** Clara, ev., ebenda. — **Most,** Reinhold, Kaufmann, ev., Breitestraße 46, **Schwarz,** Josefa, k., Matthiasstr. 7. — **Krause,** Georg, Maschinenschlosser, k., Laurentiusstr. 6, **Pawlitzka,** Clara, k., ebenda. — **Abram,** Julius, Particulier, ev., Michaelisstr. 17, **Anders,** Hedwig, k., Lehmdamm 31. — **Gründler,** Philipp, Müller, k., Mühlgasse 5, **Platzner,** Pauline, geb. Schmidt, k., ebenda. — **Gottschlich,** Carl, Kaufm., k., Am Rathhaus 3/6, **Felsmann,** Alwine, ev, Höfchenstr. 9. — **Schumann,** Eugen, Schlosser, ev., Neue Weltg. 36, **Schirdewahn,** Henr., k., Trinitasstr. 12a.

Standesamt II. **Vogt,** Carl, Arb., k., Karuthstr. 11, **Peschke,** Joh., k., Ohlauerstr. 2. — **Jänsch,** Aug., Hilfsheizer, ev., Vorwerksstraße 83, **Schubert,** Luise, k., Hub. Weg 3. — **Otto,** Carl, Kellner, ev., Bahnhofstraße 9, **Schmidt,** Bertha, ev., ebenda. — **Vogel,** Herm., Gutsbes., ev., Baumgarten, **Linde,** Caroline, k., Lehmgrubenstraße 4.

Sterbefälle.

Standesamt I. **Gräffner,** Gustav, Kaufm., 65 J. — **Czisz,** Richard, S. d. Schneiders Josef, 2 M. — **Böhm,** Traugott, ehem. Schuhmachermeister, 67 J. — **Pfennig,** Clara, geb. Bielbauer, Bahnarbeiterfr., 57 J. — **Birke,** Rosina, geb. Nowack, Arbeiterfrau, 60 J. — **Meyler,** Elise, Nähterin, 60 J. — **Schwicht,** Oscar, Arb., 31 J. — **Hellmich,** Emma, geb. Wuttke, Schuhmachermeisterwwe., 38 J. — **Wandel,** Arthur, S. d. Maurers Carl, 7 M. — **Grotzke,** Martha, T. d. Buchdr. Reinhold, 3 M.

Standesamt II. **Höher,** Christ., Kinderpflegerin, 52 J. — **Möschner,** Clara, T. d. Cigarrenarbeiters Robert, 4 Mon. — **Hoffmann,** August, Cigarrenarbeiter, 41 J. — **Hoffmann,** Max, S. d. Locomotivheizers Herm., 5 T. — **Schroller,** Marie, T. d. Realgymnasiallehrers Dr. Franz, 8 St.

Robert Rubin,
Recha Rubin,
geb. **Neumark.**
Neuvermählte.
Sangerhausen i. Sachsen.

Statt besonderer Meldung.
Bertha Neumark,
Marcus Rubin.
Verlobte. [2594]
Krotoschin. Oschatz i. S.

Die Verlobung unserer Tochter **Franziska** mit Herrn **Julius Ury** aus Berlin beehren wir uns hierdurch statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen. [3257]
Breslau, 18. Februar 1886.
Jonas Gutmann und Frau **Bianca,** geb. **Löwenthal.**

Franziska Gutmann,
Julius Ury.
Verlobte.
Breslau. Berlin.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Henriette** mit Herrn **Max Kraft** in **Berlin** beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Beuthen OS., 16. Febr. 1886.
M. Schall und **Frau,**
[1128] geb. **Beuthner.**

Verlobte: [3294]
Betty Mühlendorff,
Emil Kurzweg.
Graudenz. Chemnitz.

Verspätet.
David Böhm,
Flora Böhm,
geb. **Fuchs,**
Vermählte. [2617]
Biskupitz, im Februar 1886.

Paul Lehmann,
Emma Lehmann,
geb. **Seelig.**
Vermählte. [1138]
Berlin, Charlottenstraße 12, I.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut [3258]
Julius Hirschberg und Frau
Jenni, geb. Oliven.
Berlin S., Oranienstrasse 140,
17. Februar 1886.

Heute Vormittag ½11 Uhr endete ein sanfter Tod die langen Leiden unserer guten Gattin und Mutter [1131]
Frau Auguste Stantke,
geb. Linder,
was wir, um stille Theilnahme bittend, hierdurch ergebenst anzeigen.
Oppeln, den 17. Februar 1886.
Reinhold Stantke und Kinder.
Beerdigung: Freitag, Nachmittag 3 Uhr.

(Verspätet.)
Am 15. cr. verschied plötzlich unser geliebter Mann und Vater, der Destillateur und Kaufmann [2620]
Victor Heinemann.
Dies den vielen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung.
Liegnitz, den 18. Februar 1886.
Die Hinterbliebenen.

Während der schweren Krankheit und nach dem Tode unserer theuren Gattin, Mutter und Schwester, der Frau Markscheider **Marie Schmidt,** sind uns durch Wort und That so unendlich viele Beweise hochehrender Theilnahme geworden, dass ich mich darauf beschränken muss, **auf diesem Wege** allseitig herzlich zu danken. [2622]
Gottesberg, den 18. Februar 1886.
E. Schmidt, Markscheider.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt Oppeln.

Neubau der Nebenbahnen Oppeln-Neisse und Schiedlow-Leipe.

Die Anlieferung von
a) 470 m (rund 31 t) gußeiserner Röhren von 30—36 cm Lichtweite und
b) 2078 m glasirter Muffen-Thonröhren von 30—36 cm Lichtweite
soll vergeben werden. — Die betreffenden Ausschreibungs-Verzeichnisse, welche zum Preise von je 1 Mark abgelassen werden, sind nach Ausfüllung versiegelt und portofrei bis zum 11. März d. J., Vormittag 9 Uhr, zu welchem Zeitpunkte ihre Eröffnung erfolgt, dem Unterzeichneten einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. [2616]
Oppeln, im Februar 1886. **Der Abtheilungs-Baumeister.** **Sommerfeldt.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme, welche uns von nah und fern bei der Krankheit und dem Hinscheiden unseres theuren Vaters, Herrn **Jacob Orgler** zu Myslowitz, zu Theil wurden, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank, ebenso Herrn **Dr. Jaffé** für seine trostreiche Grabrede.
Die [3278]
tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Ich ersuche alle diejenigen, welche Bücher von dem verstorbenen Geh. Rath [3256]
Prof. Dr. Huschke
geliehen haben, dieselben möglichst bald mir als Testaments-Vollstrecker zuzustellen.
Prof. Dr. Voltolini,
Fränkelplatz 7.

Frankenstein-Silberberger Chaussee.

Zu der am **Sonnabend, den 20. März cr., Vorm. 10 Uhr,** in **Umlauff's Hotel** hierselbst stattfindenden [2595]

ordentlichen General-Versammlung

werden die Herren Actionäre hierdurch ergebenst eingeladen.

Frankenstein i. Schl., den 18. Februar 1886.

Die Direction.

Weber.

Die zur **Kaufmann Justin Smith'schen Concursmasse** gehörige, in dem **Dorndorf'schen Fabrik-Gebäude, Pöpelwitz Nr. 109,** gelegene [2605]

Engl. Lack- und Firniß-Fabrik

soll mit allen Beständen im Ganzen verkauft werden.

Die Fabrik ist erst im Jahre 1885 neu errichtet, und es sind die zur Herstellung der Fabrikate nothwendigen Maschinen, Kessel, Apparate 2c. nach den neuesten Erfindungen gearbeitet.

Die Besichtigung kann den **19., 20., 22. und 23. d. M.** in den Stunden **von 10 bis 2 Uhr Mittags** an Ort und Stelle erfolgen, die gerichtliche Taxe liegt aus. Die näheren Bedingungen sind bei dem unterzeichneten Verwalter zu erfahren, derselbe nimmt auch die schriftlichen Kaufofferten **bis zum 24. d. M., Abends,** entgegen.

Der Verwalter Wilhelm Friederici,

Claassenstraße Nr. 1.

Rittergutsverpachtung.

Ein in **Pommern** an Chaussee gelegenes **Rittergut** mit **2300 Morgen** Feld und Wiesen, **700 Morgen** Forst, **200 Morgen** Hof, Garten und Wege, sowie großer Brennerei, ist für 12000 Mark per anno sofort zu verpachten. Das lebende und todte Inventar ist vom Pächter käuflich zu übernehmen. [1130]

Auch würde das Besitzthum bei 30—50000 Mark Anzahlung sehr billig verkauft werden. Auf gefl. Anfragen ertheilt nähere Auskunft

Friedrich Riebe, Bankgeschäft in Dresden.

Selterwasser in Flaschen.

Bei Bällen und Gesellschaften

empfehlen Restaurateuren und zu Privat-Festlichkeiten

Moussirende Limonaden

in **Himbeer, Citrone, Vanille** 2c., als **erfrischendstes** Getränk, 25 Flaschen 3 Mk. 50 Pf. frei ins Haus. [2888]

Restaurateuren und Grossisten entsprechenden Rabatt.

Mineralwasser-Fabrik Apotheker Pitsch's Nachf.,

S. Freund & Co., Breslau, Neue Kirchstraße 11.

Plakate gratis.

Frische

Schellfische, Dorsche, Hummern, Austern

empfehlen [2610]

Schindler & Gude,

9 Schweidnitzerstrasse 9.

[3277] Täglich erhalte frische Ostender

Steinbutt (Tarbots), Seezungen (Sols), Winter-Rheinsalm, Weichsel- u. Weser-Lachs, Zander, Hecht, Cabliau, Schellfisch, Dorsch, grüne Heringe, lebende Karpfen, Schleien, Aale und Barse,

und empfiehlt dieselben zu den billigsten Tagespreisen

E. Huhndorf,

Schmiedebrücke 21.

Specialität: Fluß-, Seefische, Hummern u. Austern.

Lager sämmtlicher Delikatessen.

B. K. R.

Nr. 00 feinst echt arabischer

Hodeida Mocca, geröstet à Pfd. 1,90,

„ „ ungeröstet à Pfd. 1,48.

Wir machen auf diesen **exquisit feinen Dessert-Kaffee**

für Diners, Festlichkeiten 2c.

speciell aufmerksam, da eine so **hochedle Qualität** seit Jahren nicht importirt worden ist. [1107]

Breslauer Kaffee-Rösterei,

Otto Stiebler,

Schweidnitzerstraße 44, Eingang Ohle 4.

Telephon-Anschluß Nr. 268.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich von **Sonntag, den 21. d. Mts.,** ab in

Neumarkt in Schlesien,

im Gasthof zur Stadt Breslau,

bairische Zuchtkalben, tragende Kühe, sowie auch **Zugochsen,** zu **billigen Preisen** zum Verkauf stellen werde. Gleichzeitig mache ich bekannt, daß ich schon jetzt Bestellungen für **Simmenthaler Zucht-Kalben** und **Bullen,** sowie auch **bairische junge Stiere entgegen nehme.**

1106 **Jacob Fleischhauer,** **Breslau, Wallstraße 10.**

A. W. Berger & Co., Nachf. (Kohlen en gros).

Berlin, Unter den Linden 43.

Unsere [799]

Kohlenanzünder,

prämiirt auf d. Antwerpener Weltausstellung, zur Ersparung allen Holzes beim Feuermachen, liefern wir in Probekisten p. Bahn: enth. 500 für 5 Mark incl. Kiste ab Berlin geg. Nachnahme. Größ. Quantit. billiger.

A. W. B. & Co. Nachf.

Unter Gehaltsgarantie offeriren zu billigen Preisen: [2420]

Superphosphate aller Art,

Chili-Salpeter, Thomasschlackenmehl, Düngesalze etc.

Mann & Co., Breslau,

Chemische Düngerfabrik, Comptoir: Zwingerstrasse 4.

Buchali & Heckel,

Breslau, Zwingerplatz 1, I. Laden neben der Bodega.

Erstes Special-Geschäft

für Suppen-Einlagen, Mühlenfabrikate, Cerealien und Leguminosen-Mehle, Kindernahrungsmittel, feine Vorkostwaaren, getrocknetes Obst und Gemüse, Artikel für die feine Bäckerei u. sämmtliche Sorten Vogelfutter für in- und ausländische Vögel. [2781]

Ausführliches Waarenverzeichniss gratis und franco.

Bekanntmachung.

Am 20. Mai c. ist zu **Schlottendorf** der Bauergutsbesitzer [6329]

August Herda

ohne letztwillige Verfügung verstorben.

Auf Antrag des Nachlaßpflegers, des Amtsgerichts-Secretärs **Dreyschuch** hierselbst, werden die unbekannten Erben oder Rechtsnachfolger des **August Herda** aufgefordert, ihre Ansprüche und Rechte auf den Nachlaß spätestens im Aufgebotstermine,

den 4. October 1886,

Vormittags 12 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen und Rechten ausgeschlossen und der Nachlaß den sich legitimirenden Erben, in Ermangelung solcher aber dem Königlichen Fiscus ausgeantwortet werden wird und alle nach der Ausschließung sich meldenden Erben die Verfügungen des sich legitimirenden Erben resp. des Fiscus anerkennen müssen und weder Rechnungslegung noch Ersatz der erhobenen Nutzungen, sondern nur Herausgabe des noch Vorhandenen fordern dürfen.

Reichenstein, den 9. Novbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist heute bei der unter Nr. 235 eingetragenen Firma

„Neustädteler Dampfziegelei A. Gruschwitz"

Col. 6 folgender Vermerk eingetragen worden: Der bisherige Inhaber der Firma, Fabrikbesitzer **A. Gruschwitz** in Neusalz, ist aus dem Handelsgeschäft ausgeschieden und ist die Firma auf die offene Handelsgesellschaft **„Neustädteler Dampf-Ziegelei A. Gruschwitz"** übergegangen und unter Nr. 43 des Gesellschafts-Registers eingetragen.

Ferner ist in unserem Gesellschafts-Register heute unter Nr. 43 folgende Eintragung bewirkt: [2597]

Col. 2:

Neustädteler Dampfziegelei A. Gruschwitz.

Col. 3: Neustädtel.

Col. 4: Die Gesellschafter sind:

1) Frau Missionsanstalts-Director **Alma v. Dewitz, geb. Gruschwitz,** in Niesky,
2) Frau Fabrikdirector **Mathilde Bertram,** geb. **Gruschwitz,** in Neusalz a. O.,
3) Frau Fabrikbesitzer **Nanny Garve,** geb. **Gruschwitz,** ebenda,
4) Fabrikdirector **Alfred Gruschwitz,** ebenda,
5) Fabrik-Director **Alexander Gruschwitz** in Grünberg,
6) Frau Dr. **Ottilie Conncler,** geb. **Gruschwitz,** in Eberswalde.

Die Gesellschaft hat am 1. März 1884 begonnen.

Freistadt i. Schl., 12. Febr. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Aufgebot.

Auf dem Grundbuchblatte der Besitzung Nr. 99 Zaborze stehen in Abtheilung III unter Nr. 2:

1000 Thaler mit 5 Procent vom 1. Januar 1866 ab in ganzjährigen Raten verzinsliches Darlehn aus der Schuldverschreibung vom 28ten December 1865 für den Kaufmann **Löbel Adler** zu Pilgramsdorf zufolge Verfügung vom 29. December 1865

eingetragen. Die hierüber gebildete Hypothekenurkunde, bestehend aus dem Hypothekenbuchsauszuge, der Schuldurkunde vom 28. December 1865 und dem Ingrossationsvermerk, ist angeblich verloren gegangen, und hat der eingetragene Eigenthümer des Pfandgrundstücks, Gasthausbesitzer **Michael Adler** zu Zaborze, unter Beibringung der löschungsfähigen Quittungen der Rechtsnachfolger des eingetragenen Hypothekengläubigers das Aufgebot des Hypothekenbriefes zum Zwecke der Löschung der Post beantragt.

Es ergeht deshalb an den unbekannten Inhaber der Urkunde die Aufforderung, seine Rechte spätestens in dem

auf den 28. Mai 1886,

Vormittags 10 Uhr,

Zimmer Nr. 18, anberaumten Termine unter Vorlegung der Urkunde anzumelden, widrigenfalls die letztere für kraftlos erklärt werden wird.

Zabrze, den 12. Februar 1886.

Königliches Amts-Gericht I.

Schütting. [2615]

---

20. Kölner

Dombau-Lotterie

Ziehung am 25. u. 26. Februar cr.

Hauptgeldgewinne:

M. 75000, 30000, 15000,

2 à 6000, 5 à 3000, 12 à 1500 etc.

Kleinster Gewinn **Mk. 60.**

Original-Loose **à Mk. 3,50.**

D. Lewin, **Berlin C.,** Spandauerbr. 16.

Zwangsversteigerung.

Die im Grundbuche von Maltsch a. O. Band I Blatt 8 Artikel Nr. 7 (Stelle), bezw. Blatt 22 Artikel Nr. 21 (Stelle), bezw. Blatt 41 Artikel Nr. 39 (Kretscham), bezw. Band III Blatt Nr. 131 Artikel Nr. 110, bezw. Blatt Nr. 145 Artikel Nr. 108, bezw. Band IV Blatt Nr. 161 Artikel Nr. 136, bezw. Blatt Nr. 165 Artikel Nr. 140, bezw. Band V Blatt Nr. 172 Artikel Nr. 147, bezw. Blatt Nr. 178 Artikel Nr. 153 (Ackerstücke), bezw. im Grundbuche von Camöse Band II Blatt Nr. 85 Artikel Nr. 144, bezw. Band IV Blatt Nr. 96 Artikel Nr. 160, bezw. im Grundbuche von Regnitz Band II Blatt Nr. 65 Artikel Nr. 59 (sämmtlich Wiesenparzellen) auf den Namen des Brauereibesitzers **Wilhelm Töppich** zu Maltsch a. O., bezw. die bisher ohne Grundbuchblatt bestanden habende am Landgraben zu Camöse belegene, unter Art. Nr. 183 Kartenblatt 2 Parzelle Nr. 579 und 584 der Gemarkung Camöse in der Grundsteuermutterrolle, und jetzt in Band VI des Grundbuches von Camöse Blatt Nr. 177 eingetragene Wiesenparzelle (welche dem **Wilhelm Töppich** nach eingereichten ortsgerichtlichen Besitzattesten eigenthümlich zugehört) eingetragenen, zu Maltsch a. O., bezw. Camöse, bezw. Regnitz, Kreis Neumarkt i. Schles., belegenen Grundstücke sollen auf Antrag der verwittweten Brauereibesitzer **Anna Töppich,** geb. **Lenke,** und des Brauermeisters **Hugo Töppich** zu Maltsch a. O. zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Miteigenthümern **(Töppich'sche Erben)**

am 8. März 1886,

Vormittags 10 Uhr,

von dem unterzeichneten Gericht zu **Maltsch a. O. in der Brauerei von Töppich** meistbietend zwangsweise versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit bezw. 51,84 M., bezw. 12,78 M., bezw. 73,17 M., bezw. 8,76 M., bezw. 10,33 M., bezw. 268,56 M., bezw. 25,59 M., bezw. 14,40 M., bezw. 3,12 M., bezw. 44,22 M., bezw. 139,92 M., bezw. 34,08 M., bezw. 2,97 M. Reinertrag und einer Fläche von bezw. 3,7060 Hektar, bezw. 1,0590 H., bezw. 9,5120 H., bezw. 0,4140 H., bezw. 1,6750 H., bezw. 9,0460 H., bezw. 1,1950 H., bezw. 0,5110 H., bezw. 0,8880 H., bezw. 2,3510 H., bezw. 6,5060 H., bezw. 1,2480 H., bezw. 0,0840 H. zur Grundsteuer, mit beziehungsweise 78 M., bezw. 180 M., bezw. 1425 M., bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00, bezw. 00 M. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. — Die Auszüge aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschriften der resp. Grundbuchblätter, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen — sowie die besonderen Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei II, Wochentags während der Geschäftsstunden, eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages wird [624]

am 10. März 1886,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, im Terminszimmer II, verkündet werden.

Neumarkt, den 24. Decbr. 1885.

Königliches Amts-Gericht.

Büchner.

Concurs-Verfahren.

In dem Concursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns [2596]

Johannes Wollny

zu Pitschen, in Firma

„J. L. Wollny",

ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin

auf den 26. Februar 1886,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Pitschen, den 13. Februar 1886.

Szyskowitz,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amtsgerichts.

Einkassirung, ev. gerichtl.

Eintreibung von Forderungen in Oesterreich-Ungarn durch ihren eigenen Rechtsanwalt besorgt **ohne jeden Vorschuß** die autor. Genossenschaft [1038]

Mobiler Credit,

Wien, I., Donnergasse 1.

Ein Fabriketablissement mit Dampfbetrieb (Drechslerbänke, Bandsägen und Hobelmaschinen vorhanden) sucht die Anfertigung eines **Massenartikels als Specialität.** [2478]

Offerten postlagernd H. 100 Hirschberg i. Schl. erbeten.

Ein j. Dame b. um **ein Darlehn v. 30 Mark** g. pünkt. Rückz. Off. unter R. S. 30 hauptpostl.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 318 die zu Beuthen OS. unter der Firma: [2600]

Schierse & Franke

bestehende offene Handelsgesellschaft mit dem Beifügen eingetragen worden:

1) daß dieselbe am 12. Februar 1886 begonnen,
2) daß die Gesellschafter sind: der Kaufmann **Bruno Schierse,** der Kaufmann **Paul Franke** zu Beuthen OS.
und
3) daß jeder der beiden Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist.

Beuthen OS., den 13. Febr. 1886.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs der fiskalischen Friedrichshütte an

1. Eisenfrischschlacken,
2. Dolomitsteinen (Zuschlagskalkstein) [2598]
3. Maurer-Materialien.
4. Holz-Materialien.
5. Geleuchte-, Schmier- und Dichtungs-Materialien 2c.

für die Zeit vom 1. April 1886 bis zum 31. März 1887, soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Offerten hierauf werden portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift **„Angebot auf Eisenfrischschlacken bezw. Dolomitsteine 2c."** bis zum 2. März cr., Vormittags 11 Uhr, bei dem unterzeichneten Hüttenamte entgegengenommen.

Die Lieferungsbedingungen können hier eingesehen, oder in Abschrift gegen Einsendung von je 0,50 Mark Copialien-Gebühren in Briefmarken bezogen werden.

Friedrichshütte, den 15. Febr. 1886.

Königliches Hüttenamt.

Teichmann.

Offene Bürgermeisterstelle.

Die hiesige Bürgermeisterstelle ist vacant und soll alsbald wieder besetzt werden.

Das Einkommen derselben beträgt:

a. 1350 Mark pensionsberechtigtes Gehalt;
b. 270 Mark für die Verwaltung des combinirten Standesamtsbezirks Raudten, welche Einnahme nicht garantirt wird.

Qualificirte Bewerber wollen sich unter Einsendung ihrer Zeugnisse nebst Lebenslauf bei dem Stadtverordneten-Vorsteher, Sanitätsrath **Dr. Leppmann** bis 20. März d. J. melden. [2582]

Raudten, Reg.-Bez. Breslau, am 16. Februar 1886.

Der Magistrat.

J. V.: Mayer.

Bekanntmachung.

Das Diakonat

an der **hiesigen evangelischen Stadt-Kirche,** welches mit einem Jahres-Einkommen von 2400 Mark neben freier Wohnung mit Garten verbunden ist, ist vacant und soll baldigst wieder besetzt werden. Bewerbungen um diese Stelle werden bis zum 1. März cr. erbeten. [956]

Haynau, den 9. Februar 1886.

Der Magistrat.

Gerichtlicher Verkauf.

Das zur Kaufmann **J. W. Trautmann'schen Concursmasse von Breslau** gehörige Waarenlager,

Farbewaaren u. Maler-Utensilien,

sowie die [1136]

Geschäftsutensilien

beabsichtige ich **im Ganzen** zu verkaufen und nehme schriftliche Gebote darauf **bis 22. Februar cr.** entgegen.

Die Besichtigung des Lagers kann **am 19. und 20. Februar Alte Taschenstraße Nr. 29** erfolgen, woselbst auch die Taxe zur Einsicht ausliegt.

Carl Michalock,

Concursverwalter,

Hummerei 57.

Die hiesige **Synagogendiener-Stelle** soll vom 1. Mai d. J. wieder besetzt werden. Bewerber muß geprüfter Schächter, im Schreiben gewandt u. befähigt sein, den Cantor im Vorbeten u. Thora-Vorlesen vertreten zu können. [1134]

Einkommen ca. 1200 Mk. Selbstgeschriebene Meldungen m. Abschriften von Zeugnissen nimmt bis zum 15ten März a. cr. entgegen

Der Vorstand

der Synagogengemeinde

Sohrau OS.

Ein zahlungsfähiger Käufer sucht **ein modern gebautes, nicht zu großes Haus mit Garten,** in guter Lage **Breslaus.**

Gefällige Offerten werden erbeten unter H. M. 59 Briefkasten der Bresl. Zeitung. [5591]

Brauerei [3298]

in Stadt zu verk. Ein Haus wird in Tausch genommen. Meld. unter A. 69 Exped. der Bresl. Ztg.

Fabriksrealität,

10 Minuten von der Bahn entfernt, in einer industriereichen Stadt Schlesiens, ist wegen Aufgabe des Geschäfts preiswerth zu verkaufen. [2606]

Dieselbe eignet sich zu jedem industriellen Unternehmen, besteht aus einem massiven Wohnhaus mit 10 Zimmern, Fabrikgebäude, Kesselhaus und Remisen; 15pferdekr. Dampfmaschine und noch stärkerem Kessel, beides ganz neu. Nähere Auskunft ertheilt der Besitzer.

Offerten unter B. 65 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Mein in **bester Gegend** gelegenes [1129]

Papier-, Galanterie- u. Lederwaaren-Geschäft,

welches **während 25 Jahren** mit **nachweislich gutem Erfolge** betrieben, bin ich gewillt, anderer Unternehmungen wegen unter **sehr günstigen Bedingungen** zu verkaufen.

J. Wolff,

Stettin, Schulzenstraße.

Ein kl. **Spezereigeschäft** ist Verhältnisse halber sof. **verkäuflich.** Näh. C. D. postlag. Liegnitz. [2915]

Eine **Restauration** wird **z. pachten** gesucht. Offerten erbittet A. B. postlagernd Liegnitz. [2916]

Ein l. **Coupé-Wag.** b. z. v. Vincenzstraße 23 bei Herrn **Reichelt.**

Stahlspähne,

bestes **Reinigungsmittel** für **Parquetböden,**

Parquetboden-Wichse

von **Barbarino & Kilp,** München, anerkannt beste, bei [1195]

Umbach & Kahl,

Taschenstraße 20.

Zu hab. in Colonialw.-Gesch. u. Conditoreien.

Staats-Medaille.

CACAO-PURO

rein u. leicht lösliches entöltes

Cacao-Pulver.

Ausgezeichnet durch höchste Löslichkeit, vortrefflichen Geschmack, grosse Nährkraft, leichte Verdaulichkeit, schnellste Zubereitung.

Preis 3 M. per 1/2 Kilo, in Blechdosen à 1/2-1/4 u. 1/8 Kilo.

OSWALD PÜSCHEL BRESLAU.

Fabrik-Detail-Verkauf Neue Graupenstr. 12.

---

27 Pfg.

das Pfund fein. weiß. Farin,

31 Pfg.

das Pfund harten Zucker,

Perl-Caffee gebr. d. Pfd.	1 M.	-	Pf.
Perl-Caffee I. gebr. d. Pfd.	1	10	"
Campinas-Caff. geb. d. Pf.	—	80	"
Domingo-Caffee geb. d. Pf.	—	90	"
Melange-Caffee geb. d. Pf.	1		"
Java-Caffee gebr. d. Pfd.	1	20	"
Wien. Melang. gebr. d. Pfd.	1	50	"

Rohe Caffees von 65 Pfg. ab.

Bruch-Cichorie d. Pfd.	— M.	12	Pf.
Franck-Caffee d. Pfd.	—	30	"
Feigen-Caffee d. Pfd.	—	80	"
Pflaumen d. Pfd.	—	16	"
Pflaumenmus d. Pfd.	—	30	"
Bohnen u. Erbsen d. Pfd.	—	10	"
Graupe u. Reis d. Pfd.	—	14	"
Weizen-Mehl d. Pfd.	—	12	"

48 Pfg.

das Pfund bestes Schweinefett.

39 Pfg.

10 Pfund Soda. [2589]

Oranienb. Seife 2 Pfd.	— M.	45	Pf.
Electra (Waschpulv.) d. Pf.	—	20	"
Stearinkerzen d. Pack	—	36	"
Beste Flachhölzer d. Pack	—	08	"
Schwedische Hölzer d. Pck.	—	10	"

Oswald Blumensaat,

Neuschestr. 12, Ecke Weißgerberg.

Frische Seezungen

per Pfd. 80 Pf., [3279]

Schellfisch, Dorsch,

Kopf-Salat, Blumenkohl,

Allerfeinste Tafel-Butter,

regelmässig frisch ankommend,

empfiehlt **Carl Sowa,**

Neue Schweidnitzerstrasse 5.

1000 Ctr. Eßkartoffeln

werden gesucht von **G. Sontag, Siemianowitz** bei Laurahütte OS.

Schöne vorzügl. **Speisekartoffeln** offerirt **Dominium Klein-Lauden** (Post Strehlen i. Schl.) per Sack à 1 1/2 Ctr. mit Mk. 2,00 frei Breslau. [2877]

Bestellg. w. **Kais. Wilhelmstr 64** im Comptoir entgegengenommen.

Eichen-Spiegelrinde.

Auf d. Herrsch. **Mroczen,** 1 M. v. B.-St. Kempen (Posen), ist auf einer Fläche von 80—160 Meter die Spiegelrinde v. ca. 18jährigem Stockausschlage z. Selbstschälen z. verk.

Hochfeine, süsse

Messina-Apfelsinen,

30 bis 60 Stück für 3 Mark,
empfiehlt [2557]
von neuen Zufuhren

Hermann Straka,
Ring, Riemerzeile 10.

Thee Micksch.

Directer Import vorzügl. Marken, à 2, 3, 4—6 Mk. pr. Pfd. [2258]
Specialität: **Familienthee** à 4 M. **Staubthee** à 1,60 u. 2 Mk. **Theereste** à 3 Mk.
Schweidnitzerstr. 13/14, zu den 4 Chinesen, Ohlauerstr. 32 und Neuschestr. 14.

B. K. R.

Breslauer Kaffee-Rösterei
mit Dampfbetrieb.

Combinirtes Röst- und **Kühl-verfahren** hier **einzig** in seiner Art.

Empfiehlt ihre beliebtesten Sorten

feiner Röst-Kaffees

Nr.		M.
5	**Wiener Mischung**	**1,45.**
6	**Carlsbader** =	**1,40,**
	à la Café Pupp, Carlsbad.	
22	**Familien-Kaffee**	**1,26.**
23	**dto.**	**1,14.**
24	**Volks-Kaffee**	**0,78.**

Ferner größte Auswahl von **gerösteten u. rohen Kaffees,** sowie auch **Thee, Zucker,** Cacaos und Chocoladen zu **wirklichen Engros-Preisen.**

Der beste Beweis, eines wie großen Erfolges sich unsere vorstehenden Specialitäten erfreuen, ist der, daß unsere Kaffee-Benennungen vielfach wortgetreu nachgedruckt werden, und das geehrte Publikum wird daher gebeten, genau auf unsere Firma zu achten, wenn es sich vor Täuschungen schützen will. Ausführliches Waarenverzeichniß **gratis und franco.** [1081]

Breslauer Kaffee-Rösterei
(O. Stiebler),
Centrale:
Schweidnitzerstr. 44,
Eingang Ohle-Passage.
Filiale I:
Neue Schweidnitzerstr. 6
(Angerkretscham).

Erstes Special-Geschäft für
Kaffee, Zucker, Thee.
Telephon-Anschluß 268.

Wein-Offert.

Aus den **fürstlich Löwenstein-Wertheim - Freudenbergschen Hofkellereien** sind gegenwärtig nachstehende [985]

rein gehaltene, vorzügliche Franken-Weine

(Eigenbau) dem Verkauf ausgesetzt:

Weinsorten:

	M (Preis pr. Hektol. ohne Faß)	M (Preis pr. Fl. incl. Packung in Kiste)
1874er Callmuth ...	130	1,50
1875er Callmuth ...	120	1,40
1876er Callmuth ..	200	2,20
1882er Callmuth ...	110	1,30
1882er Callmuth Auslese	130	1,50
1883er Callmuth ..	120	—
1883er Callmuth Auslese	140	—
1883er Altenberger .	100	—
1883er Haslocher Felsengraben .. .	60	0,80
1883er Kreuzwerth. Ramberg	60	0,80
1883er Kreuzwerth. Wetterburg	60	0,80

Unter **20** Liter im Gebinde oder **12** Flaschen wird nicht abgegeben. Versandtfässer sind in jeder Größe zu haben und werden billigst berechnet. Versandt nur gegen portofreie Einsendung oder Nachnahme des Betrages. Musterflaschen stehen zu Diensten. [985]

Fürstl. Löwenstein-Wertheim-Freudenbergsche Kellerei-Verwaltung.
Lutz in Kreuzwertheim a. M.

Bester und billigster

Caffee,

roh u. frisch mit Dampfbetrieb geröstet, überraschend schön im Geschmack, d. Pfd. 55, 60, 65, 70, 75, 80—140 Pf. Jeder versuche, trinke und staune. Getreide-Kaffe das Pfd. 13 Pf. Kaffee-Surrogate, Thee, Chocolade, Cacaopulver zu billigsten Preisen. [1163]

Weiß. Farin d. Pfd.		**28 Pf.**
Feinst. ☐-Zucker d. Pfd.		33 Pf.
Garantirt reine Oranienburger Kern-Seife	d. Pfd.	23 Pf.
Glycerin-Abfallseife	=	43 =
Beste Kaltwasserseife	=	38 =
Grüne Schmierseife	=	15 =
Best. Stück-Stärke	=	20 =
Birnen u. Pflaumen	=	10 =
Schönste Kocherbsen	=	9 =
Schönste Kochbohnen	=	10 =
Prima Stearinkerzen	Pck.	37 =
Alter Getreidekorn d. Liter		50 =

Auf meine Firma bitte zu achten.

C. G. Müller,
Ecke Kätzelohle u. Gr. Baumbr.
Filialen: Klosterstraße 1a und Brüderstraße 14.

Harzer Kanarienvögel,

Hohlroller und Klingelroller, Tag- und Nachtschläger, à Stück 6, 8 und 10 M., Kanarienweibchen à Stück 1 M., empf. unt. Garantie lebender Ankunft [2619]

Theodor Weise,
Lehrer in **Trenen,** Sachsen.

Sprungfähige Bullen

rein Holländer Race, roth u. schwarzbunt, stehen zum Verkauf auf dem

1085 **Dom. Schmolz** bei Breslau.

Belgische Deckhengste

Vier Stück Ardenner-Hengste, 5jährig, [2599]
2 Rappen,
1 Brauner, } bester Qualität,
1 Fuchs,
stehen Rittergut **Langwitz** bei Berlin (von Berlin in 12 Minuten mit Anhalter Bahn) zu verkaufen.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Für einen mir ebenso vortheilhaft wie genau bekannten Studiosus der Theologie **suche** ich in Breslau eine **Hauslehrerstelle.** [3284]

Dr. Paech, Director des Gymnasiums zu St. Elisabet.

Ein Hauslehrer,

Cand. d. Theol. od. Phil., wird für 2 Knaben von 9 und 11 Jahren zum 1. März cr. gesucht. Gehalt jährlich 600 Mk. [1137]

Prossen bei Budsin, Pr. Posen.
Finck.

Für mein Photographisches Institut suche ich zur **Leitung** des **geschäftlichen Zweiges** als

Repräsentantin

eine kaufmännisch erfahrene jüdische Dame im Alter von 24 bis 30 Jahren. [3288]

N. Raschkow jr.

Ein j. Mädch. a. gut. Fam. sucht Eng. in ein. Gesch., am liebsten als **Cassirerin.** Gefl. Offert. unt. B. T. 61 an d. Exp. der Bresl. Ztg.

---

1 **jung. Mädch.,** Cassirerin, w. auch im Verk. thätig z. s. w. u. im Besitz sehr gut. Zeugn. ist, sucht v. 1. März oder 1. April Stellung. Offerten sub H. 908 an **Rudolf Mosse,** Breslau. [1126

Für m. Putz-, Weiß- und Modewaaren-Geschäft suche bei freier Station und hohem Salair eine **tüchtige Verkäuferin,** mos., welche schon längere Zeit als solche thätig gewesen und mit der Branche genau vertraut ist. Kenntniß der polnischen Sprache erwünscht. [2593]

J. Dresdner,
Lissa i. Posen.

Eine tüchtige [3280]

Verkäuferin oder Verkäufer,

durchaus erfahren in Seidenband u. Weißwaaren, suche ich zu engag.

Wilhelm Prager.

Eine tücht. Verkäuferin wird für ein hiesiges Putz- u. Weißwaaren-Geschäft gesucht. Offerten erb. unter L. U. 68 Briefk. d. Bresl. Ztg.

Gebild. Fräuleins zur Ausbild., als Stütze d. Hausfr., m. Schneid. u. m. Handarb. vertr., wenig. Gehalt als Familienanschluß erwünscht, empfiehlt Institut für bess. Dienstpersonal von **P. Lindner,** Breslau, Weidenstr. 17.

Ein anständ. Mädchen aus guter Familie, bereits in einem größ. Restaurant z. Vertret. u. Stütze der Hausfrau thätig gew., vertr. mit der Küche, Anrichtung u. Expedit., sucht ähnliche Stellung in einem größeren Etablissement, Conditorei 2c. für bald oder 1. April. [2835]

Gefällige Offerten erbeten unter S. V. postlag. Schüttlau, Kr. Guhrau.

Für ein anständiges Haus wird **eine jüdische Dame** in gesetztem Alter, mit bescheidenen Ansprüchen, als Stütze der erwachsenen Tochter zum sofortigen Antritt gesucht. [2607]

Offerten unter L. R. 66 nimmt die Expedition der Bresl. Ztg. entgegen.

Ein jüdisches Mädchen, der polnischen Sprache mächtig, **welche** die Pflege der Kinder versteht, **in allen** Zweigen der Wirthschaft erfahren ist und Maschinennähen kann, wird per 1. April c. gesucht. [2512]

S. Heilborn, Cosel OS.

---

1 anständ. Mädchen

wünscht sich in einem Geschäft auszubilden, gleichviel welcher Branche. Näh. d. Frau **Heinrich,** Rathhaus 27.

In die Provinz Posen wird aufs Land zum 1. April **ein erstes Stubenmädchen** gesucht. [2609]

Dasselbe muß mit der Wäsche **genau** Bescheid wissen, sowie **Schneidern** u. alle weiblichen Handarbeiten verstehen.

Nur Bewerberinnen mit guten Zeugnissen wollen sich mit Angabe der Gehaltsansprüche melden unter Chiffre M. T. 67 Exped. d. Bresl. Ztg.

Landwirthschafterinn., d. i. fein. Küche erf., Köchinn., Jungf., Stubenm., Kdfr. s. Fr. **P. Weigert,** Paradiesstr. 1.

Eine junge anständ. Bedienungs-Schleußerin, welche schon in Restaurants thätig war, kann sich melden **Ohlauerstr. 18,** im Laden.

Ein j. Kaufm. (Christ) Sohn achtb. Elt., welcher die dopplt. Buchf. erl., sich jedoch in ders. weiter vervollkomm. will, s. Stellung event. a. Volontair in einem hies. größ. Hause. Offerten A. G. 21 Exped. der Bresl. Ztg.

Ich suche per 1. April für mein **Putz- und Weißwaaren-Engros-Geschäft** einen [1135]

2ten Buchhalter und Correspondenten

mit schöner Handschrift. Junge Leute, möglichst mit meiner Branche **vertraut,** wollen sich unter Beifügung ihrer Zeugnißabschriften und Photographie melden.

V. Kronheim,
Glogau i. Schlesien.

Zuverlässiger Buchhalter und Correspondent, Stenograph, in gesetztem Alter, flinker Arbeiter, mit langjährig. besten Zeugnissen, wünscht sich zu verändern. Stellung in einer Fabrik oder Engros-Geschäft bevorzugt. Gefl. Off. sub B. S. 63 an die Exp. der Bresl. Ztg. [3295]

Für ein **Kohlengeschäft** in Oberschlesien **wird** ein **Reisender gesucht,** der auch zuverlässiger **Buchhalter** sein muß. [1127]

Gefällige Offerten werden sub Chiffre A. 901 an **Rudolf Mosse** in **Breslau** erbeten.

Für mein hiesiges Manufactur- und Wäschegeschäft kann sich p. 1sten April **ein tüchtiger Verkäufer u. Decorateur** melden. Vorstellung von 1—2 Uhr Mittags, **Gartenstraße 33,** 3 Stiegen, rechts.

Ein [1101]

tüchtiger, gewandter Verkäufer u. Decorateur,

sowie **ein Lehrling** finden per **1. April** bei mir Stellung. Kenntniß der polnischen Sprache erforderlich.

A. Bielschowsky,
Pleß,
Leinen, Modewaaren und Confection.

Für mein Tuch-, Manufactur- u. Herrengarderoben-Geschäft suche ich per 1. April d. J. einen

tüchtigen Verkäufer,

welcher auch der polnischen Sprache mächtig sein muß. [2558]

Isidor Gruber,
Ober-Glogau.

Für mein Tuch-, Modewaaren- und Herren-Confections-Geschäft suche ich per 1. April c. **einen tüchtigen Verkäufer** und **einen Lehrling.**

Beide müssen der polnischen Sprache vollkommen mächtig sein. [2525]

Josef M. Hamburger,
Kattowitz OS.

Für mein Colonial- und Eisenwaaren-Geschäft suche ich zum Antritt per 1. April cr. einen tüchtigen, der polnischen Sprache mächtigen **Commis.** Bevorzugt werden, die mit der Eisenbranche und Buchführung vertraut sind. [2618]

S. Cohn,
Sohrau OS.

Für mein Colonialwaaren- und Destillations-Geschäft suche ich per 1. April **einen jungen Commis,** der deutsch und polnisch spricht und beide Branchen gründlich versteht.

Abschrift von Zeugnissen nebst Gehaltsansprüchen ohne Retourmarken an **Moritz Czapski,**
[2477] **Koschmin.**

Ein Commis (Specerist), flotter Expedient, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, per 1. April cr. in einem Colonialwaaren-Geschäft dauernde Stellung. [3206]

Gefl. Offert. sub J. C. 50 an die Exped. der Bresl. Zeitung erbeten.

Für mein Colonialwaaren- und Destillations-Geschäft suche per 15ten März oder 1. April cr. einen der polnischen Sprache mächtigen tüchtigen **Commis.** [2579]

A. Rosenbaum's Ww.,
Kempen, Prov. Posen.

Ein Commis und **ein Lehrling,** event. **ein Volontair,** beide polnisch sprechend, finden am 1. April d. J. unter günstigen Bedingungen in meinem Geschäft Stellung.

Siegmund Lewin,
Eisenwaaren-Handlung,
Magazin für Küchen- u. Hausgeräthe,
Cosel OS. [2509]

Ein gut empfohlener **Commis,** Specerist, flotter Verkäufer, findet per 1. April cr. Stellung bei [2592]

C. Ploschke,
Namslau.

Ein j. Mann, der mehrere Jahre in einer Destillation mit Ausschank thätig war, sucht, um sich zu vervollkommnen, unter bescheidenen Ansprüchen Stellung in einem gleichartigen Geschäft. Gef. Off. unter A. D. 64 an die Exp. d. Bresl. Ztg.

Für mein Schnittwaaren-Geschäft suche per 1. April c. oder früher **einen erfahrenen, tüchtigen jungen Mann.** [3368]

S. Charig,
Hirschberg i. Schl.

Fürs Speditionsgeschäft

gesucht **ein junger Mann,** der womöglich in dieser Branche jetzt erst seine Lehrzeit absolvirt hat, zum Antritt per 1. April cr., event. schon per 1. März cr. Off. m. Zeugnißabschr. u. Angabe d. Gehaltsanspr. unt. C. F. 60 an die Expedition der Bresl. Ztg.

Ein junger Mann, seit 7 Jahren in der Leinen-, Modewaaren- u. Damen-Confections-Branche thätig, der gegenwärtig in einem bedeutenden Modewaaren- u. Damen-Confections-Geschäft als erster Verkäufer servirt, sucht, gestützt auf la-Referenzen, per 1. April anderweitig Engagement. Offerten erbeten sub Chiffre M. K. 308 postl. Waldenburg i. Schl. [3269

Per 1. April cr., event. zum 15. März suche ich für mein Colonial-, Eisen- und Schnittwaaren-Geschäft **einen tüchtigen jungen Mann.**

E. Simenauer.
[2535] **Roßdzin OS.**

Für ein Specerei- und Schnittwaaren-Geschäft, verbunden mit Ausschank, auf einem Dorfe Oberschlesiens, wird zum baldigen Antritt **ein junger Mann** gesucht, der seine Lehrzeit erst kürzlich beendet hat.

Offerten mit Abschriften von Zeugnissen und näheren Angaben sub S. S. 54 an die Exped. der Bresl. Ztg. erbeten. [2559]

Ein jung. Mann, gel. Eisenhändler, gegenw. in ungek. Stellung, sucht, gestützt auf gute Empf., per April ev. auch früher anderw. Engag. Gefl. Off. unt. A. Z. 98 postlag. Gleiwitz erb.

Ein in der Buchführung und Correspondenz gewandter [1092]

junger Mann

mit guter Handschrift, der im Colonialwaarengeschäft thätig war, findet für den 1. April c. Engagement.

H. Wachsner, Ratibor.

Für einen jungen Mann, der $1\frac{1}{2}$ Jahr in einem größeren Holzgeschäft thätig war, wird Stellung gesucht. Gefl. Offert. unter Chiffre **S. 152** an **Rudolf Mosse** (Wolff'sche Buchhandlung) **Beuthen OS.** erb.

Ein selbstthätiger, tüchtiger

Destillateur

sucht, auf gute Zeugnisse gestützt, per 1. April cr. dauernde **Stellung.**

Gefl. Offerten unter **G. 907** an **Rudolf Mosse, Breslau,** erbeten. [1133]

Ein prakt. Destillateur,

welcher **schon gereist** oder welcher sich für **die Reise qualificirt** und der polnischen Sprache mächtig ist, findet per 1. April cr. Stellung.

Zeugnißabschriften und Gehaltsansprüche sind einzusenden. [2608]

Max Bloch,
Rawitsch.

Die Stelle des Destillateurs ist per 1. April c. zu besetzen. Den Bewerbungen ist die Abschrift der Zeugnisse und Angabe der Ansprüche beizufügen. Retourmarken verbeten. [2488]

A. Bruck, Neisse.

Für mein Specerei- u. Manufacturwaaren-Geschäft suche per 1. April **einen Commis,** der polnisch spricht.

W. Hausmann,
[2481] **Königshütte.**

Baufach.

Ein Bautechniker, **durchaus tüchtig** im Technischen, Geschäftlichen und Buchführung, auch m. **Schneidemühlenbetr.** vertr., sucht Stellung.

Gefällige Offerten unt. M. N. 44 an die Exped. d. Bresl. Ztg. [2921]

Stiefeleisen-Fabriken!

Ein tüchtiger **Schleifermeister,** der bereits eine neue Schleiferei im Rheinland eingerichtet hat und sich noch in Stellung befindet, sucht anderweitig Engagement. [3207]

Gefl. Off. unter „Stiefeleisen 52" an die Exped. d. Bresl. Zeitung.

Ein j. Mann, 23 Jahre alt, mit schöner Handschr., der polnischen Sprache mächtig, sucht Stellung in ein. **Kanzlei, Rechnungsbureau** 2c.

Off. bitte unt. W. 62 an die Exp. d. Bresl. Zeitg. zu richten. [3271]

Ein anst. j. M., gest. a. g. Zeugn., s. Stelle a. **Haushält., Portier** oder **Comptoirdiener.** Offerten **W. Paetzold,** Kurzegasse 64, II. Et.

Einen Lehrling

sucht [2601]

Albert Fuchs.

Für mein Manufacturw.-Geschäft suche ich per bald oder 1. April einen **Lehrling,** der poln. Sprache mächtig. Bevorzugt werden solche, welche schon Kenntniß von der Branche haben. [3281]

J. S. Aschner,
Kattowitz.

Ein Lehrling,

mos. Confession, mit guter elementarer Schulbildung, der polnischen Sprache mächtig, wird f. ein **Eisen-Engros- und Detail-Geschäft** in Oberschlesien per sofort oder per 1. März a. cr. **gesucht.** Sonnabends geschlossen. Selbstgeschriebene Offerten an **Rudolf Mosse, Breslau,** unter **F. 906.** [1132]

---

2 Lehrlinge

gesucht zum baldigen Antritt für ein feines Colonialwaaren-Geschäft. Bedingung: gute Schulbildung und Erziehung. Meldungen unter Chiffre **H. 2844** an **Haasenstein und Vogler, Breslau.** [1103]

---

1 Apotheker-Lehrling

christlicher Confession wird gesucht. Kostentschädigung beansprucht. Näheres durch [3219]

Paul Joh. Wolff
(vorm. Karl Grundmann successores)
Breslau.

Der Wirthschaftsbeamtenposten auf Dom. Schirakowitz ist besetzt. [2590]

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Zimmerstr. 12 f. d. hochel. 1. u. 2. Et., je 1 Saal, 6 Zimm., 4 Cab., Badec., Küche, Entree, Dienerst. u. Gartenb., b. zu vm. Näh. b. **Kalisch,** Am Oberschl. Bahnhof 4.

Ohlauerstraße 53
3. Stock, 3 Zimm. 2c., v. April z. vm.

Klosterstraße 1b
zu vm. 1 gr. Z., 2fenstr., als Bureau.

Wegzugshalber ist Vorwerksstraße Nr. 10 (Königl. Aichamt) die halbe dritte Etage, bestehend aus 5 Zimmern nebst Beigelaß zum Preise von 700 M. vom 1. April d. J. ab zu vermiethen. [2589]

Kl. Groschengasse 38|39

2. u. 3. Stock sind 3 freundliche, schön eingerichtete Mittelwohn. sofort oder 1. April zu verm. [3275]
Näh. beim Hausmeister daselbst.

Schweidnitzerstraße 36,

im Neubau, Eing. „Löwenbräu"
4. Et. zwei freundliche, elegant eingerichtete Wohn. von 3 Zimmern, Küche u. Beigelaß, per 1. April zu verm. Näh. beim Hausmeister das.

Ohlauerstadtgraben 20

zwei Wohnungen à 500 Mark im 2. Stock des Gartenhauses ab 1sten April cr. zu vermiethen. [3282]

Vermiethung.

Ein schönes, adeliges

Herrschafts-Schloß

mit schönem Park,

im nordöstlichen Böhmen, an der Oe. N. W. B., in Mitte eines reinlichen Kirchdorfes, 3 Meilen von der preuß.-schles. Grenze, herrlicher, gesunder Gegend, in unmittelbarer Nähe zweier frequenter und beliebter Badeorte, an anschließenden Fichtenwaldungen gelegen, möblirt, aus 4 Gastzimmern, drei Dienstbotenzimmern, 1 Badecabinet, 2 Küchen, 7 großen Wohnzimmern mit Saal bestehend, mit gänzlicher Benutzung der Jagd von zwei Domainen, Stallung für 6 Pferde, wird wegen Domicilverlegung des Besitzers unter günstigen Bedingungen an eine feine Familie auf mehrere Jahre vermiethet und kann vom Monate Juli l. J. an schon bezogen werden.

Bezügl. Anfragen wollen gerichtet werden unter Chiffre C. F. 8484 an **Rudolf Mosse, Prag.** [786]

Die 3. Etage, Albrechtsstr. 6, „Palmbaum",

bestehend aus 1 Salon, 5 Zimmern, Badecabinet 2c., ist für 1300 Mark per 1. April zu vermiethen. Näheres Bahnhofstr. 7, I. Etage. [3262]

Das Eckgewölbe, Albrechtsstr. 6, „Palmbaum",

ist für 3000 Mark pro anno sofort zu verm.; event. kann dasselbe später mit der I. Etage verbunden werden. Näheres Bahnhofstraße 7, 1. Etage. [3263]

Telegraphische Witterungsberichte vom 18. Februar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter.	Bemerkungen.
Mullaghmore..	769	3	ONO 4	wolkig.	
Aberdeen....	772	2	O 4	Schnee.	
Christiansund.	772	2	S 2	wolkig.	
Kopenhagen..	770	—3	NO 3	bedeckt.	
Stockholm....	773	—4	still	Schnee.	
Haparanda....	775	—12	S 2	bedeckt.	
Petersburg....	—	—	—	—	
Moskau	783	—17	O 0	bedeckt.	
Cork, Queenst.	766	4	NO 3	Dunst.	
Brest.........	761	5	NO 4	dunstig.	
Helder	766	—2	ONO 3	wolkig.	
Sylt	769	—3	ONO 3	bedeckt.	
Hamburg.....	768	—6	O 3	h. bedeckt.	
Swinemünde..	768	—8	OSO 1	dunstig.	
Neufahrwasser	770	—3	SSO 2	Dunst.	
Memel	773	—7	OSO 3	heiter.	Nachts fein. Schnee.
Paris	—	—	—	—	
Münster	765	—2	NO 3	Dunst.	
Karlsruhe ...	763	—1	NO 3	wolkenlos.	Reif.
Wiesbaden ...	764	1	NO 2	bedeckt.	
München	763	—3	NO 3	neblig.	
Chemnitz.....	764	—3	still	neblig.	
Berlin	767	—5	NO 2	bedeckt.	
Wien	766	—1	SO 1	bedeckt.	
Breslau	766	—1	SO 2	bedeckt.	
Isle d'Aix....	—	—	—	—	
Nizza	—	—	—	—	
Triest	763	5	ONO 1	wolkenlos.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm. 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Bei wenig veränderter Wetterlage hat der Luftdruck allenthalben zugenommen, am meisten über dem Nordseegebiete. Ueber Centraleuropa dauert das ruhige, vielfach neblige und kalte Wetter ohne messbare Niederschläge überall fort; nur an der Küste ist Aufklärung eingetreten. Im Osten, insbesondere im Nordosten, hat der Frost zugenommen, im Westen dagegen ist die Temperatur meist gestiegen.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.